

Von den bisherigen 24 ministeriellen Deputierten sind im ersten Wahlgang nur Lodron, ferner die Sozialisten Sembat, Dejeante, Baillat durchgedrungen. Drei bisbezogene nationalisistische Deputierte kommen in für sie gefährliche Stichwahl, und zwar der Leiter des „Clair“, Alphonse Humbert, der 5088 Stimmen bekam, während ein anderer Nationalist im Kreise 1108 und die republikanischen Konkurrenten 9000 Stimmen auf sich vereinigten. Ferner Paul Bernard und Paulin Rey.

Von Ministeriellen sind bei der Stichwahl in Paris gefährdet: Brisson mit 5362, dessen Gegner 7700 auf sich vereinigen, der Socialist Viviani (4225 Stimmen), der mit einem Nationalisten konkurrieren muß, der 4092 Stimmen erhielt. Ferner muß der Socialist Allemane in der Stichwahl mit einem Nationalisten den bisherigen Sitz zu behaupten suchen.

Von den Wahlen in der Provinz haben wir die folgenden hervor: Drumont unterlag in Algier, ebenso der Monarchist Paul de Cassagnac. De Pressens, der Führer der Dreifusbebewegung, kommt in Lyon in aussichtsreiche Stichwahl. In Bordeaux erhielt der Republikaner Chaumet 5088 Stimmen, während der bisherige nationalisistische Deputierte Giché nur 2757 Stimmen bekam.

In Lyon (1. Wahlkreis) wurde Marineminister Lanessan gewählt mit 4496 Stimmen gegen Rossat (Nationalist), der 3936 Stimmen erhielt.

In Foix (Departement Ariège) wurde der Minister des Innern De Cassis gewählt.

In Lille wurde der bisherige Deputierte Motte (antiministerieller Radikaler) mit 11 660 Stimmen gegen Guedes (Socialist), welcher 8728 Stimmen erhielt, wiedergewählt.

In St. Omer (Departement Pas-de-Calais) wurde Ribot (antiministerieller Republikaner) mit 9157 Stimmen wiedergewählt.

In Remiremont (Departement Vosges) wurde der bisherige Deputierte Meline (antiministerieller Republikaner) mit 9114 Stimmen gegen Flayelle (Nationalist), der 8686 Stimmen erhielt, wiedergewählt. — In Belleu (Departement Ain) wurde der Arbeitsminister Baudin (radikaler Socialist) wiedergewählt.

Im Departement Sarthe wurde Minister Caillaux mit 13 547 Stimmen gewählt gegen Lenart, der 11 514 Stimmen erhielt.

Im Departement Alpes (Basses) erhielt Joseph Reinach 4251 Stimmen; Fruchier (antiministerieller Republikaner) 3164 Stimmen. Es ist Stichwahl erforderlich. Gewählt wurden ferner: de Mun (antiministerieller Konservativer); Léon Bourgeois (ministerieller Radikaler), Aloy (Ministerieller).

Stimmen der Presse. Die reaktionären Blätter „Echo de Paris“, „Gaulois“, „Autorité“, „Petit Journal“, „Soleil“, „Intransigeant“ und „Voix Nationale“ meinen, das Ministerium habe eine in die Augen springende Niederlage erlitten, welche besonders charakterisiert werde durch den Mißerfolg Ribots und Brissons; diese Blätter meinen, daß die Majorität in der Kammer eine Abänderung im Vergleich zu der bisherigen erfahren werde. „Éclaire“, „Rappel“, „Radical“, „Lanterne“ und „Petite République“ stellen den Gegensatz zwischen dem Ausfall der Wahlen in Paris und in der Provinz fest; sie sagen, während in Paris der Cäsarismus zum Siege gelangt sei, bleibe die Provinz entschlossen republikanisch oder werde es. Der Nationalismus sei dort niedergeschmettert. Das Endergebnis werde mit einem Gewinn von im ganzen 60 Sitzen zu Gunsten der Republikaner abschließen.

Das Gesamtergebnis.

Vom Montagabend meldet der Telegraph: Nach der von der „Agence Havas“ aufgestellten Wahlstatistik ist das Gesamtergebnis zur Deputiertenkammer das folgende: **Gewählt sind: 47 Konservative, 42 Nationalisten, 81 antiministerielle Republikaner, 81 ministerielle Republikaner, 88 Radikale, 49 socialisistische Radikale, 24 Sozialisten.** Die Gewinne und Verluste der Parteien stellen sich wie folgt: Republikaner 13 Mandate gewonnen, 12 verloren; Radikale 12 bezw. 13, Sozialisten 2 bezw. 4, socialisistische Radikale 5 bezw. 5, antiministerielle Republikaner 19 bezw. 23, Nationalisten 14 bezw. 7, Konservative 3 bezw. 3. Nach der Statistik des Ministeriums des Innern sind **248 Ministerielle und 163 Antiministerielle gewählt.**

Politische Uebersicht.

Verlu, den 28. April.

Die Zollbiäten.

Im Reichstage stand am Montag die erste Lesung der Diätenvorlage für die Zolltarifkommission. Mitglieder auf der Tagesordnung. Trotz der Mahnung des Präsidenten Grafen Ballestrem vom Sonnabend, die Parteien möchten für die Heranziehung der nötigen „Kräfte“ sorgen, war das Haus nicht allzu gut besucht; besonders das Centrum und die Rechte wiesen erhebliche Lücken auf, und einer Anwesenheit seiner Beschlussfähigkeit wäre das Haus kaum gewachsen gewesen.

Graf Bülow möchte die Empfindung gehabt haben, daß eine parlamentarische Kritik seiner persönlichen Taten und Meinungen in der Diätenfrage für ihn wenig freundlich ausfallen müsse. Er hatte daher seinen Stellvertreter, den Staatssekretär Grafen Posadowsky, mit der Vertretung des Gesandtschafts beauftragt, und dieser leitete die Verhandlungen mit einer breit ausgelegten Verlegenheitsrede ein, deren Beweisraft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer lebhaften Pathetik stand. Das der Staatssekretär vorbrachte, wurde gegen den Willen des Sprechers selbst ein Plaidoyer für die Bewilligung allgemeiner Diäten an die Reichstags-Mitglieder. Für die politische Angemessenheit einer Accordlösung der Zollkommission aber wußte Graf Posadowsky so wenig Stichhaltiges vorzubringen, daß er es für das Beste hielt, die eigne Urheberschaft an der Vorlage zu verleugnen und sie den Centrumsmitgliedern der Kommission in die Schuhe zu schieben.

Es war den Gegnern der wucherfördernden Pauschal-Liebesgabe ein Leichtes, die Argumente des Staatssekretärs zu zerpfücken. Singer war es, der sich als erster dieser Aufgabe in wirkungsvoller Weise annahm. Er brachte ein reichhaltiges Material aus der parlamentarischen Geschichte her, um nachzuweisen, daß kein einziger Vorgang als Präcedenzfall für die Bewilligung dieser Sommerlösung an Kommissionenmitglieder geltend gemacht werden könnte. Singer sprach wohl auch manchem Herren der zollfreundlichen Mehrheit aus dem Herzen, wenn er die Vorlage als eine der Würde des Reichstags nicht entsprechende Zuzimmung bezeichnete. Auch darin konnte ihn niemand widerlegen, daß die Annahme dieser Abschlagszahlung die größte Erschwerung für die Forderung der allgemeinen Diätenbewilligung sein müsse. Unser Genosse beantragte die Verweisung der Vorlage an die Budget-

Kommission und stellte in Aussicht, daß wir dort über die Kleinlichkeit dieser unwürdigen Liebesgabe hinaus unsren principielle Standpunkt in der Diätenfrage zum Ausdruck bringen werden. Als dann Singer ankündigte, daß die Kommissionsbiäten, falls sie bewilligt werden, der socialdemokratischen Parteikasse zuzuführen und als Agitationsgelder gegen den Wucherzoll verwandt werden sollen, da sah man in den Reihen der Rechten und des Centrums viel verblüffte und unbehagliche Gesichter.

Diese Verlegenheitsstimmung der Pauschalreue gab denn auch allen ihren erzwungenen Zustimmungserklärungen das Gepräge. Mühsam quälte sich Herr v. Ledebow ab, die Kommissionsbiätenfreundschaft und die allgemeine Diätenindignität seiner Partei in Einklang zu bringen, und nicht weniger mühsam Herr Bassermann mit der Argumentation, daß die Bewilligung dieser Ausnahmehäuten der Erfüllung des Reichstags-Wunsches nach allgemeinen Tagelgehältern nicht vorgehe. Am meisten erkünstelt aber war der Versuch des Centrums-Abgeordneten Freiherrn v. Hertling, die schwankende und unzuverlässige Taktik seiner Partei auch in dieser Frage einigermaßen passabel erscheinen zu lassen. Bei dieser Arbeit war es nicht zu vermeiden, daß der Centrumsredner die Stellungnahme der eignen offiziellen Parteikorrespondenz vollständig verleugnen mußte. Daß es der agrarischen Mehrheit nur darum zu thun ist, die Wucherzölle der Tarifvorlage möglichst bald mit Anwendung aller beliebigen Mittel unter Dach und Fach zu bringen, das gefanden die Pölnner von der Rechten und im Centrum im schönen Vereine offen zu.

Die Taktik der Centrumpartei ebenso wie die staatsrechtliche Weisheit des Grafen Posadowsky wurde dann vom Abg. Richter nicht übel ironisiert. Auch das meiste, was Richter über die Reformbedürftigkeit wahrer parlamentarischer Geschäftsführung anführte, was durchaus begründet, und den Hinweis auf die bekannte Stellung des Reichskanzlers, der sich mehreren Parteiführern gegenüber privatim für allgemeine Diäten ausgesprochen hat und jetzt die fortwurstelnde Hinausschiebung der ganzen Frage verantwortlich zeichnet, hatte Graf Bülow wohl verdient.

Nachdem noch die Freikonservativen und Elsäßer sich für die Vorlage, die Antisemiten und Abg. Schrader von der freisinnigen Vereinigung dagegen erklärt hatten, zog Bebel in längerer Ausführungen das thatsächliche Facit der durch die Verhandlungen geschaffenen Sachlage. Er wies klar nach, daß die Vorlage ohne vorherige Verfassungsänderung sich als Verfassungsbruch charakterisiert und kritisierte scharf die Würdelosigkeit des Parlaments, das sich in seiner Unfähigkeit, ganze Forderungen durchzudrücken, überall mit auf ein Minimum herabgedrückten Ansprüchen begnügt. Am Schluß seiner Rede gab Bebel der Regierung und der Zollmehrheit zu verstehen, daß für die Plenarberatungen des Zolltarifs dies kleine Mittel nicht genügen werde und daß dann auch der Minderheit geschäftsmäßige Nachmittels zur Verfügung ständen, die anzuwenden, die Mehrheit sie herausfordern zu wollen scheint.

Der Entwurf wurde dem Antrage Singers entsprechend an die Budgetkommission verwiesen.

Mit der zweiten Lesung der Vorlage über den fliegenden Gerichtsstand kam man nicht mehr weit. Aus den langen juristischen Ausführungen des Herrn Rintelen ist nur zu entnehmen, daß das Centrum der Ausnahmestellung der Privatklagen in seiner Mehrheit zustimmen wird.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt. —

Eine Demonstration gegen den Dreibund.

st. Wien, 27. April. Während sich die Czechen in der Bekämpfung des Dreibundes nie genug thun konnten — bekannt ist das höhnische Wort ihres Specialisten für auswärtige Angelegenheiten, des Abgeordneten Kramarsch, der Dreibund sei ein „abgespieltes Lugusklavier“ —, waren die Polen stets feste Stützen der Dreibunds-Politik überhaupt und des freundschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reich insbesondere. Einerseits aus Rücksichten für den Hof, aber nicht minder auch aus dem ererbten Gegensatz zu Rußland. Wohl hatten die Ausweisungen polnischer Arbeiter aus dem Reich und die Schwierigkeiten bei der Vieheinfuhr in den Delegationen zu lebhaften Beschwerden geführt, aber dennoch galten die Delegierten des Polenclubs immer als zuverlässige Anhänger der Dreibundspolitik. Das scheint sich nun gründlich geändert zu haben, wenigstens wird von einer Demonstration berichtet, die eine Wendung in der Politik des Polenclubs anknüpft. Zum Präsidenten der am 6. Mai zusammentretenden österreichischen Delegation war nämlich Herr v. Jaworski, der polnische Führer, ausersehen gewesen. Die „Wahl“ des Präsidenten dieser eigentümlichen Körperschaft geschieht nämlich so, daß ihn die Regierung ausführt, bestimmt und den Delegierten suggeriert. Herr v. Jaworski läßt nun erklären, er könne die Wahl nicht annehmen. Als Präsident hat er nämlich bei der Eröffnung der Delegation und bei dem Empfang der Delegierten durch den Kaiser politische Reden zu halten, in denen üblicherweise des Dreibundes feierlich gedacht werden muß. Bei dem Verhältnisse der polnischen Nation zu Preußen sei es ihm aber unmöglich, des Deutschen Reiches freundschaftlich zu gedenken. — Die Segnerschaft des alten Schläggenhauplings ist zwar nicht sehr gefährlich; als ein Symptom der Stimmungen in Oesterreich, wo das Reich bei gewissen Parteien die glänzendste Bewunderung, bei den andern dramendend Hof findet, verdient sie verzeichnet zu werden.

Deutsches Reich.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Montag nur eine kurze Sitzung ab, in der es die Sekundärbahnvorlage, den Kommissionsbeschluß entsprechend, fast debattelos in zweiter Lesung annahm.

Am Dienstag steht das Provinzialabstimmungs-gesetz, das bekanntlich vom Herrenhause abgeändert ist, sowie die Novelle zum Handelstammergesetz auf der Tagesordnung. —

Der Fall Kaufmann.

Als wir zuerst auf Grund zuverlässiger Informationen den Fall Kaufmann behandelten, rief die „Freisinnige Zeitung“ nach dem Herrenhause. Die andre liberale Presse stimmte das gleiche Lied an. Die „Dresdener Zeitung“ schrieb von einer „Räubergeschichte, wie sie blödsinniger und zugleich niederträchtiger nicht gedacht werden kann“, von „finsterverbranntem Zeug“ und dergleichen. Ein andres Blatt zeterle über den „schmutzigen Schmähartikel“, der selbst in der socialdemokratischen Presse verurteilt werde.

Jetzt nachdem Kaufmann selbst unsre Darstellung bestätigt hat, läßt die liberale Presse die Mäste fallen. Drohend ärrt das „Berliner Tageblatt“, weil dieser Stadtrat Kaufmann immer noch zu leben wage, daß er seinen „Verzicht“ nicht anerkennen will:

„Was ist denn nun überhaupt das Schriftstück, in welchem Herr Dr. Kaufmann seine Verzichtleistung dem Stadtverordneten-

vorsteher angezeigt hat? Und um die Ungewißheit ins Äußerste treiben zu lassen, spricht Herr Stadtrat Kaufmann von der Möglichkeit, daß seine „spätere Entscheidung“ anders ausfallen könne. Von welcher späteren Entscheidung redet denn aber Herr Stadtrat Kaufmann? Soll etwa seine Verzichtleistung nun plötzlich als nicht abgegeben gelten? Schalt sich Herr Stadtrat Kaufmann auch hierüber seine entgeltliche Entscheidung vor? Man muß ja beinahe annehmen, als ob Herr Stadtrat Kaufmann jetzt noch nicht mit sich im Reinen sei, ob überhaupt eine Verzichtleistung seinerseits vorliege oder nicht? Kurz, je mehr man sich in den Gedankenkreis dieser Unterredung hineinversetzt, um so weniger Klarheit gewinnt man aus dem Verlaufe derselben. Die Bürgerschaft Berlins hat aber ein wohlberechtigtes Interesse daran, über diese Frage möglichst rasch Klarheit zu gewinnen; die Bürgerschaft Berlins darf es für sich beanspruchen, daß ihr eine bündige Antwort auf diese Frage betreffend die Gültigkeit der Verzichtleistung des Stadtrats Kaufmann schon jetzt und nicht erst im Herbst zu teil werde.“

Das „Berliner Tageblatt“ kann die Zeit nicht abwarten. Es fehlt nur die Forderung, daß es verlangt, wenn der widerspenstige Stadtrat Kaufmann den „Verzicht“ nicht anerkenne, so müsse er schleunigst wieder in die Irrenzelle zurückgeschickt werden.

Die „Germania“ redet von der „peinlichen“ Diskussion und deutet dunkel geheimnisvoll an, daß ja die unterrichteten Kreise schweigen müssen und daß man sie doch durch die öffentliche Hege nicht zwingen solle, dieses rücksichtslos zu schweigen zum Vorteile anderer in der Notwehr rücksichtslos zu brechen. Ja, wer hat denn die Angelegenheit in latloselster und gemeinster Weise zuerst in die Öffentlichkeit gebracht? Etwa wir? Es sind liberale Blätter gewesen, welche den wichtigen „Verzicht“ Kaufmanns publizierten und ihn gierig ausbeuteten. Dantals hätte man diskret schweigen sollen. Jetzt ist Reden Pflicht.

Es ist auch gänzlich belanglos, wenn die „Volks-Zeitung“ jetzt authentisch erklärt, daß der Satz in dem Interview-Verzicht: „Allerdings rieten mir meine Freunde“ nicht richtig sei und auf einem Mißverständnis beruhe. Kaufmann habe dem Interviewer nicht erklärt, daß das Verzichtsschreiben auf Anraten seiner Freunde verfaßt worden ist.

So haben wir den Satz gar nicht aufgefaßt und so brauchte er nicht aufgefaßt zu werden. Der Rat, zu verzichten, den ihm die guten Freunde gaben, liegt vor dem gesundheitslichen Zusammenbruch Kaufmanns. Wie der Verzicht selbst zu Stande kam, ist bisher nicht aufgeklärt. Wenn die „Freisinnige Zeitung“ jetzt triumphiert, daß mit dieser Berichtigung der „Volks-Zeitung“ alles widerlegt sei, so beweist sie selbst das Gegenteil, denn sie erzählt:

„Ohne jene Zwischenfälle würde der Verzicht Kaufmanns auf die Bürgermeistereiwahl in der korrektesten Form nach den zwischen Kaufmann und seinen politischen Freunden vor seiner Erkrankung getroffenen Verabredungen jetzt vorliegen. Dem Kaufmann hat niemals in entscheidenden den socialdemokratischen Standpunkt gebilligt, einer Neuwahl, auch wenn jede Aussicht auf Bestätigung verschwunden, noch Hindernisse zu bereiten.“

Hier wird also jener Rat der „Freunde“ in der bündigsten Form bestätigt, allerdings in der seit Beginn beliebten Weise, daß man den „freisinnigen“ Wunsch als eine Meinung Kaufmanns hinstellt.

In dieser Auslassung der „Freisinnigen Zeitung“ wird die Mäste ebenso fallen gelassen, wie in dem brutalen Artikel des „Berliner Tageblatt“. Wir sehen den Freisinn, wie er seinen „Freund“ Kaufmann unablässig bestärkt hat, freiwillig auf die Kandidatur zu verzichten, damit es der Partei möglich würde, auch fortan in der Heldenstellung des unbeugbaren Männerstolzes zu erscheinen und doch gleichzeitig den Konflikt mit der Krone los zu werden. Wir haben jetzt das Gesandnis der Schuldigen und wir blicken klar hinter die Coullissen freisinniger Unentwegtheit, dessen Opfer Kaufmann ward.

Uebrigens nennt die „Berliner Zeitung“ den Sanitätsrat Nibel als den Arzt, der die unbegründete Ueberführung Kaufmanns in die Maison de santé veranlaßt hat. —

Agrarische Freihandelswünsche.

Wiederholt haben die Blätter der agrarischen Zollfrage, voran die „Kreuz-Zeitung“ und das Bundes-Intelligenzblatt der Landwirte, erklärt, daß sie sich, wenn sie auf die Durchföhrung ihrer Zollforderungen verzichten müßten, zu einer Revision ihrer Stellung zu den Freihandelsmagazinen veranlaßt fühlen könnten. Besonders drohten sie, nicht nur gegen die im Zolltarif-Entwurf angelegten Erhöhungen der Eisenzölle, sondern für den gänzlichen Wegfall letzterer eintreten zu wollen. Diese auf die Anglichkeit der Leiter des Centralverbandes deutscher Industrieller spekulierende Taktik findet jetzt, da sich trotz ihrer Profitebegierlichkeit die Centralverbänder nicht für die geforderten Minimalzoll-Festsetzungen zu begeistern vermögen, ihre Fortsetzung. Herrn Klappers klappernde „Agrarcorrespondenz“ und, ihren Spuren folgend, die „Deutsche Tageszeitung“ brachten in letzter Woche eine längere Artikelserie über die Herabsetzung der Industriezölle, die sich vornehmlich mit der Kohlen- und Eisenindustrie beschäftigte. Neues enthalten diese Artikel gerade nicht; ihre wichtigsten Angaben sind der Schrift Dr. Th. Vogelsteins entlehnt, die bereits im „Vorwärts“ (Zeitartikel der Nummer 69) besprochen worden ist; um so wichtiger sind aber die Folgerungen, zu denen das agrarische Bundesblatt gelangt. Nicht nur wird der Wegfall der Prohibitiv-Verpflichtungen verlangt, die dem Kohlenhyndikat seine schädliche Preispolitik erleichtern, sondern auch als Repressivmaßregel ein Kohlen- und Coals-Ausfuhrzoll in der Höhe von etwa 20–30 Proz. des Wertes empfohlen. Das Blatt meint:

„Man kann hier durch Ausfuhrzölle eingreifen. Wenn auch das System der Ausfuhrzölle zur Zeit im deutschen Zolltarif nicht eingeschlossen ist, so steht dem doch gar nichts im Wege, daß man es in den vorliegenden Tarifentwurf nunmehr einfügt. Sieht man von den extremsten, zur öffentlichen Kenntnis gelangten Fällen ab, in denen die Differenzierung des in- und ausländischen Preises bis auf 50 Proz. gestiegen ist, so wird man vielleicht sagen können, daß die regelmäßig geübte Differenzierung sich zwischen 20 und 30 Proz. bewegen mag, also auf etwa 3 R. pro Tonne Steinkohlen und 5 R. pro Tonne Coals zu veranschlagen sein wird. In dieser Höhe würden also die Ausfuhrzölle einzusetzen sein.“

Wir betrachten diesen Zoll nur als notwendige Repressivmaßregel gegen das wucherische Gebaren der Kohlen- und Coalsyndikate. Man kann daher konzedieren, daß dieser Ausfuhrzoll aufgehoben werden darf, sobald eine wirksame funktionierende Kontrolle der Auslandsverkäufe der Syndikate eingerichtet ist und die Eisenbahn-Frachttarife für Einfuhr, Ausfuhr und binnenländische Konturreise völlig gleichgestellt worden sind, so daß die ausländische Konturreise in die Lage versetzt wird, die überschäumenden Gelüste der heimischen Syndikate mehr als bisher einzudämmen. Und in Bezug auf die Eisenzölle heißt es im dritten der Artikel:

„Angesichts aller hier mitgeteilten Thatsachen und angesichts der notorisch imiglichen Beschuldigungen, die gerade in der Arbeiterfrage zwischen der Steigerung des industriellen Uebergewichts und der Notlage der Landwirtschaft bestehen, kommen wir zu dem Resultat: daß es keineswegs genügen kann, wenn bei der Eisenindustrie nur die neuen, im vorliegenden Tarifentwurf vorgeschlagenen Zoll-Erhöhen abgelehnt werden, vielmehr muß der gegenwärtig bestehende Tarif herabgesetzt werden.“

Nur in „mäßigen Grenzen gehaltene“ Zölle auf Ganzfabrikate der Eisenindustrie, so meint die „Deutsche Tageszeitung“, hätten allenfalls eine Verzichtigung, nicht aber Zölle auf Roh- und Halbstoffe.

Mit Ausnahme der Forderung von Ausfuhrzöllen auf Kohlen und Coals sind wir diesmal ganz mit dem Oertelischen Blatt einverstanden, und würden es durchaus nicht bedauern, wenn sich in der Zolltarif-Kommission, die sich ja bald mit dem Kohlen- und Holztarif zu beschäftigen haben wird, die agrarische Mehrheit unter Führung des Freiherrn v. Wangenheim nicht auf bloße Ablehnung der vorgeschlagenen Eisenzollerhöhungen beschränkt, sondern gleichzeitig mit derselben Forderung, mit der sie die Erhöhung der Getreide- und Viehzölle betrieben hat, für Herabsetzung der Eisenzölle eintreten wollte. An der Unterstützung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder wird es ihr bei dem Beginn nicht fehlen. Wenn der Zolltarif in der Kommission eine derartige Gestalt erhält, daß er schließlich nur noch aus lächerlich hohen Agrarzöllen besteht, um so besser.

Eigentlich zwingt die einfache Konsequenz die agrarischen Kommissionsmitglieder zu solcher Herabsetzung. Denn sind tatsächlich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ausführt, schon die jetzigen Eisenzölle nicht mehr nötig, dienen sie nur zur Aufrechterhaltung der Kartellwirtschaft, zur Begünstigung des Auslandes auf Kosten der deutschen Konsumenten, dann fordert sowohl das Interesse der Landwirtschaft als das Gesamtwohl des Volkes, das angeblich doch den Herren noch höher steht, als ihr eigener Vorteil, den Wegfall der Eisenzölle. Leider ist es nur um ihre Besorgnis der Agrarier ebenso mitleidig bestellt, wie um ihre Besorgnis für das sogenannte Volkwohl. Gegen einige Zugeständnisse werden sie schließlich doch zur Ueberzeugung kommen, daß Eisenzollerhöhungen nötig sind; schlägt doch in aller Eufan das gleiche profitlich-entartete Fetthier.

Konsumvereine und der erste Mai. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt die folgende Notiz aus dem „Wochenbericht“ der Groß-einkaufs-Gesellschaft Hamburg auf.

Wir erachten es für selbstverständlich, daß die Verwaltungen der Konsumvereine einem Urlaubsbesuch der Lagerhalter und Angestellten, den 1. Mai frei zu geben, nicht stattgeben können, da ihnen dann zweifellos von diesen Aufsichtsbehörden Schwierigkeiten gemacht werden. Feiern dagegen die Angestellten und Arbeiter trotzdem und obwohl ihnen die Erlaubnis verweigert worden ist, so werden sie sich damit vertraut machen müssen, daß sie auch für die Folgen aufzukommen haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, das sei ein Standpunkt, den die sozialdemokratische Presse als „Unternehmer-Hochmut“ zu bezeichnen pflegt. Das ist Unfug. Die Erklärung bedeutet lediglich die Deklaration der festen Absicht der Konsumvereine, den gesetzlichen Bestimmungen und der behördlichen Praxis Rechnung zu tragen.

Centrumarbeiter boykottiert von den Centrumsbauern. Aus München wird uns geschrieben:

Die christlichen Gewerkschaften, die in Bayern noch immer, wenigstens offiziell, die Prototypenpolitik der ultramontanen Agrarier unterstützen, ernten dafür schon jetzt von den Bauern Teufelsdank. In dem Markte Köfching bei Ingolstadt befindet sich eine Sektion des christlichen Verbandes der nichtgewerblichen Arbeiter, die sich aber keineswegs dem Dasein zu erfreuen hat. Die organisierten Centrumsarbeiter werden von den Centrumsbauern und Bauern föhlerter behandelt, als wenn sie für Sozialdemokraten wären. Natürlich nahm sich auch der Herr Pfarrer der Sache an und er soll neulich mit Bezug auf die christlichen Agitatoren aus Ingolstadt von der Kanzel herab ermahnt haben, man solle „den fremden Hehern“ keinen Glauben schenken, denn diese hätten noch nichts Gutes gebracht! Die auf hohe Getreidezölle lässeren Bauern sind praktische Leute; sie zogen aus den Worten ihres geistlichen Hirten sofort die äußersten materiellen Konsequenzen. In Köfching besteht ein Raiffeisen-Verein, dessen Vorstand der Bürgermeister ist. Dieser erleuchtete Würdenträger verstand nun dieser Tage, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft das Raiffeisen-Verein nicht mehr erhalten sollen!

Es läßt sich denken, wie solche Maßregeln auf die christlichen Arbeiter wirken. Mit dem ihnen feindlichen Diener des Herrn geben sie vorläufig noch verhältnismäßig mild um und eruchen ihn nur ziemlich energisch, seine Hand aus dem Spiele zu lassen. Desto derber reden sie aber mit dem Herrn Bürgermeister.

Diese und ähnliche Vorgänge verdrängen die bürgerliche Centrumspresse in Bayern natürlich nach wie vor ihren Lesern, um das schöne Bild holder Eintracht zwischen katholischen Arbeitern, Bauern und Bauern nicht zu zerstören.

Polizei und Kunst. Aus Halle a. S., 25. April. Uns wird berichtet: Am Donnerstagabend ging an unfrem Stadttheater zum erstenmale „Die Hoffnung auf Segen“ in Szene. Das erschütternde Drama von Heermann wurde von dem Halle'schen Premerenpublikum mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Etlliche Ordnungshilfen suchten einen Theaterstul zu organisieren und Herr Direktor Richards packte einem jungen Herrn, anscheinend Student, der im Parterre seine Nachbarn zu Rücken aufgefördert hatte, an den Krage und beförderte ihn an die frische Luft. Am andern Tage wurde von der bürgerlichen Presse von Unschärflichkeit geklärt und das Stück als ein Tendenzdrama gelästert.

Zum Sonnabend war nun die zweite Aufführung angesetzt; Direktor Richards hatte aber die Rechnung ohne die Polizei gemacht. Unser Stadtoberhaupt, das schon wiederholt im Stadterordneten-Kollegium sehr hübsche Proben seines Kunstverständnisses zum Besten gegeben, hat aber die zweite Aufführung untersagt und der Direktor hat leider nachgegeben. Auf dem Theaterzettel war angekündigt, das Drama könne „wegen der Erkennung“ einer Schauspielerin nicht aufgeführt werden. Somit wäre „die Hoffnung auf Segen“ von der Polizei vereitelt und der Staat wieder einmal gerettet.

Ausland.

Großer Wahlerfolg in der Schweiz.

Aus Zürich wird uns gemeldet: Bei den Züricher Kantonsratswahlen errangen wir einen großen Sieg; 41 Sozialdemokraten wurden gewählt; in Auser-Fluh wurden alle 27 Sitze gewonnen. — Der Regierungspräsident Genosse Ernst wurde mit 48 379 Stimmen wiedergewählt, er erhielt die bis jetzt höchste Stimmenzahl. Auch der Demokrat Dr. Stöbel wurde wiedergewählt. In Basel erhielt Genosse Wullschläger als Regierungsratskandidat 4552 Stimmen, so daß er in Stichwahl kommt.

Der gestrige Sonntag war in den Kantonen Zürich, Bern und Basel ein wichtiger Tag, da an demselben die Kantonsbehörden auf eine neue Amtsperiode von drei Jahren bestellt wurden; er war aber insbesondere ein wichtiger Tag für unsere Partei, da es für sie nicht bloß galt, den bisherigen Einfluss in den Behörden zu behaupten, sondern ihn noch weiter möglich zu vergrößern.

Im Kanton Zürich handelte es sich für uns zunächst darum, unsere Position in der Regierung zu behaupten. Erreichte dies war aber auch dieselbe infolge der Tüchtigkeit und der treuen Pflichterfüllung seitens unseres Vertreters, des Genossen Ernst, derart befestigt, daß weder die Liberalen noch die Demokraten daran zu rütteln vermochten. Beide Parteien nahmen ihn daher mit auf ihre Listen. Etwas andres war es bezüglich des Verhältnisses der beiden bürgerlichen Parteien zu einander. Da bestanden nämlich die Liberalen den demokratischen Regierungsrat Dr. Stöbel, der seit 27 Jahren der Regierung angehört. Hinter allerlei kleinlichen und faulen Vorwänden verbargen sie den wahren Grund ihres Hasses gegen diesen bewährten demokratischen Politiker. Er war ihnen als Direktor des Justiz- und Polizeidepartements zu liberal und weitherzig. Der unsondere Plan ist aber nicht gelungen. Für die Kantonsratswahlen hatten sich unsere Genossen recht eifrig geregt. In der Stadt Zürich war ihnen von den bürgerlichen Parteien eine Ver-

ständigungsliste vorgelegt worden, wonach von den 72 Sitzen die sozialdemokratische Partei nur 20 erhalten und dabei überdies noch in zwei Kreisen ohne jede Vertretung bleiben sollte, da unsere Partei auf mindestens 24 Sitze berechtigten Anspruch hatte, lehnte sie den beantragten Kompromiß ab und ging sie selbständig vor mit einer Kampfliste. Der Erfolg dieses Vorgehens, die Eroberung von 41 Mandaten, ist ein über Erwarten großartiger, für die Gegner geradezu vernichtender.

In Basel erstreckte sich der Kampf auch auf die Regierungs- und Grobstratswahlen. In der Regierung war bisher unsere Partei nicht vertreten, nun beanspruchte sie einen Sitz, für den sie den Genossen Wullschläger als Kandidaten aufstellte. Wullschläger hat sich entschieden und lange und mit gutem Grund dagegen gewehrt, schließlich aber dem wiederholten Drängen der Partei nachgegeben und seine Kandidatur aufstellen lassen. Wir begreifen unsere Genossen in Basel recht gut, sie wollen ihren Einfluss und ihre Machtstellung am politischen Leben stärken, sie wollen mit den anderen Parteien gleichberechtigt sein in der Leitung des Staates und sie verlangen daher mit Recht auch eine Vertretung in der Regierung. Daß sie ihren tüchtigsten Führer in dieselbe entsenden wollen, ist ebenfalls begreiflich, aber, so sehr wir den Genossen Erfolg und Sieg wünschen, würden wir doch die Wahl des Genossen Wullschläger in die Regierung bedauern. Denn wird er in der Stichwahl gewählt, so ist er als unser Parteiführer in fast gestellt und der Verlust größer als der Gewinn. Man hätte in Basel nicht den Genossen Wullschläger, sondern einen andern tüchtigen Genossen als Kandidaten für die Regierungsratswahl aufstellen sollen. Was die für Wullschläger abgegebene Stimmenzahl anbetrifft, so ist es um so erfreulicher, als auf die Unterstützung seitens der bürgerlichen Parteien nicht zu rechnen war, die sich vielmehr dahin verständigten, daß sie auf ihre Listen 5 Freisinnige und 2 Konservative nahmen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Aufnahme der Brüsseler Interkonvention im Abgeordnetenhaus. Der Brüsseler Vertrag ist zwar noch nicht vorgelegt, im Parlamente ist er aber schon verhandelt worden. Das geschah Freitag in sehr ausgiebiger Weise bei der Verhandlung über die indirekten Steuern. Im großen und ganzen hat sich gegen die Notwendigkeit der Abmachungen kein ernstlicher Widerspruch erhoben — wenn es auch die Agrarier natürlich an den üblichen Remunerationen nicht fehlen ließen. Als eine zweifelhafte Wirkung der Aufhebung der Prämien bezeichnete Finanzminister Böhm-Bawerk die Steigerung des Weltmarktpreises. Seiner Ansicht nach wird die Entwicklung folgendermaßen vor sich gehen:

Ich sagte der Minister, glaube an die Nichtigkeit eines Tages, auf dessen Nichtigkeit ja eigentlich das ganze alte System der Exportprämien und auch die ganze heutige englische Zuckerpolitik beruht. Ich glaube nämlich an die Wahrheit des Tages, das kein Angebot in der ganzen Welt andauernd fortgesetzt wird, wenn die Erzeugungsstellen den Anbietenden nicht gelohnt werden. Darin lag ja die preisstimmende Wirkung der bisherigen Exportprämien, daß nämlich im Auslande der Zucker feilgeboten werden konnte um einen Betrag, der um den Satz der Exportprämien tiefer stand als die Produktionskosten des eigenen Landes. Wenn nun diese direkten und indirekten Vorteile aufgehoben werden, so wird — davon habe ich die feste Ueberzeugung — die Wirkung die sein, daß sich der Weltmarktpreis erhöhen müssen um so viel, daß der benötigte Import — ich sage der benötigte Import — wieder bereitgestellt werden können. Wohl wird der Kolonialzucker in der bevorstehenden Entwicklung eine Gegenpost bilden, aber eine Gegenpost, die noch weit langamer wirken wird als die Aufhebung der Exportprämien. Ich möchte hier drei Perioden unterscheiden: eine erste Periode, in welcher die Preisbildung noch nicht unter der restifizierenden Wirkung des Zollgesetzes, sondern noch unter dem momentanen Einflusse von Angebot und Nachfrage auf Grund des aufgespeicherten Vorrats steht, der aus der vergangenen Ueberproduktion herkommt. Dann wird eine zweite Periode kommen, in welcher die Wirkungen dieser Ueberproduktions-Sünden der Vergangenheit schon absorbiert sind, sich die vergrößerten Kosten der nicht mehr prämierten Erzeugungsländer geltend machen werden und der Rohzucker in seiner Entwicklung, die ja auch nur gradlinig stattfinden wird, noch nicht so weit vorgeschritten sein wird. Die dritte Periode endlich wird diejenige sein, in welcher die niemals stabilen, sondern immer in einer gewissen Entwicklung befindlichen Bedingungen der Erzeugungstechnik den Markt und die Marktlage beherrschen werden.

Diese dritte Entwicklungsperiode ist aber eine solche, die mit der Brüsseler Konvention nichts zu thun hat und gegen die es keine Menschenmacht giebt.

Man kann die Krise in der Zuckerindustrie als eine Folge der Ueberproduktion erkennen oder als Folge der Interkonvention; daß die Aufhebung der Exportprämien das Uebel nicht verschärft, liegt auf der Hand. Deshalb findet die Konvention im Abgeordnetenhaus, wo es noch fast lauter Agrarier giebt, keinen beachtenswerten Widerspruch und ihre glatte Annahme, politisch ruhige Zeiten vorausgesetzt, unterliegt keinem Zweifel.

Belgien.

Angewähltes Militärkomplot. Aus Brüssel wird gemeldet: Zwei Grenadiere sind ins Gefängnis gesteckt worden, während den übrigen der Besuch einer Wirtshaus in der Nähe der Kaserne verboten wurde. Die beiden Verhaftungen und das Verbot des Besuchs der Wirtshaus sollen mit einem Komplot zusammenhängen, welches mehrere Grenadiere gegen den Prinzen Albert organisiert hatten. Prinz Albert soll in großer Gefahr geblieben haben für den Fall, daß er sich bei den Unruhen an die Spitze der Grenadiere gestellt hätte, um gegen das Volk zu marschieren.

Italien.

Turati, der nunmehr dreimal hintereinander in Mailand gewählt ist, hat auch die dritte Wahl nicht definitiv angenommen. Er will die Annahme von dem Satum der Mailänder sozialistischen Föderation, die seiner Kandidatur die des Anarchisten Calcagno entgegengelegt hatte, abhängig machen.

Schritt des Kriegsministers. In der Deputiertenkammer teilte am Montag Ministerpräsident Zanardelli mit, daß der König das Entlassungs-Gesetz des Kriegsministers General di San Martino angenommen und den Marineminister Morin mit der einstweiligen Verwaltung des Kriegsministeriums betraut habe.

Die „Tribuna“ meldet, der Kriegsminister General Graf Pongia di San Martino sei wegen der Opposition, die seine militärischen Projekte in der Kommission der Deputiertenkammer finden, von seinem Posten zurückgetreten, gerichtlich verurteilt, daß der kommandierende General des IX. Armeekorps (Rom), Generalleutnant Vespoli, an seine Stelle trete.

England.

London, 26. April. Am gegen den Municipal-socialismus agitieren zu können, wurde im Laufe der letzten Woche eine Liga für wirtschaftliche Freiheit gegründet. Unter den Gründern befinden sich zahlreiche Parlamentarier und Industrielle, leider auch Lord Avebury (der frühere Sir John Lubbock).

In Woolwich (Osten Londons) wird nächstens eine parlamentarische Wahl stattfinden. Der bisherige konservative Vertreter Oberst Hughes legte sein Mandat nieder, um dem Vice-Admiral und Flottenkommandeur Sir Charles Beresford Platz zu machen. Dieser hat sich pensionieren lassen, um im Parlamente gegen die Admiralität Stellung nehmen zu können.

Schweden.

Wahlrecht, Kundgebungen. In Stockholm fanden am Sonntag Kundgebungen für das allgemeine Stimmrecht statt. An denen sich 30-40 000 Personen beteiligten. Auch in den meisten schwedischen Städten wurden ähnliche Kundgebungen veranstaltet. Die Ruhe ist nirgends gestört worden.

Rußland.

Ein politischer Gefangener, Transport passierte am 27. Dezember 1901 (alt. St.) Wiercholenok. Die Partie bestand aus 11 Personen, ausschließlich Juden. Es ist die jetzt übliche Praxis, daß nach Sibirien nur Juden und Polen verschickt werden, die russischen Gefangenen gehen ins nördliche Rußland. In der genannten Partie waren 1. Kaplan (Student der Hjewer Universität) — auf 5 Jahre nach Wladiwostok; 2. Wilentz (Hjewer Student) — auf 5 Jahre nach Wladiwostok; 3. und 4. Gebrüder Rabinowitsch (Arbeiter aus Wilna); 5. Sara Bruck (Arbeiterin aus Wladiwostok); 6. Lewin (Arbeiter aus Wladiwostok); 7. Helfant (aus Wladiwostok); 8. Krejl (aus Wladiwostok); 9. Dolecki (Schneider aus Wladiwostok); davon 3-7 auf 4 Jahre nach Wiercholenok, 8-9 auf 4 Jahre nach dem Kreis Wiercholenok; 10.-11. Berlin (Hjewer Student) und Frau, Rosa Jalkind (aus Hjewer) — ohne Urteil. Die Verbannung geschieht nicht mehr durch Anordnung des Zaren. Man hat einen kürzeren Weg gewählt, das „ochrannyj porjadok“. Da gibt es fast gar keine Untersuchung, die Staatsanwaltschaft hat gar nichts mit der Sache zu thun und der Minister des Innern fällt das Urteil mit Willkür. So war Nr. 9 im Mai 1901 verhaftet, Nr. 1 und 2 im Februar 1901. Hinter der Schließung soll der berühmte Zubatow, der Organisator der „legalen“ Arbeiterbewegung stehen. Alle auf diesem Weg verbannten erhalten zu ihrem Lebensunterhalt von der Regierung nur 3 Rubel (60 M.) monatlich, sowohl die Verheirateten, als auch die Junggeheulen. Man behandelt sie als „Personen mit anstößigem Betragen“ — eine Bezeichnung, die man früher für Verbeugene usw. angewandt hat. Früher erhielten die Verbannten 9 Rubel 50 Kopfen, die Verheirateten 10 Rubel monatlich, im Norden noch mehr.

Amerika.

Die Früchte der Bräutigamsreise.

Ein Blatt meldet: Die New Yorker Sensationspresse kündigt eine neue Bedrohung der Monroe Doktrin durch Deutschland an. Ein deutsches Syndikat habe mit dem autokratisch veranlagten Präsidenten Sam von Haiti einen geheimen Subventionsvertrag abgeschlossen, der dem Syndikat gegen Gewährung von 300 000 Dollars das Monopol zur Anlage von Kohlenstationen auf der ganzen Insel einräume. Die strategische Bedeutung der Häfen von Haiti wird kartographisch beleuchtet.

Das Blatt behauptet gleichzeitig, daß nach seinen Informationen an authentischer deutscher Stelle nicht das geringste über einen solchen Geheimvertrag bekannt sei. Ob das Syndikat nach dem Beispiel Krupps Munitionsfabrik auf eigenes Risiko betreibt?

Die Nachsichtigkeit der Amerikaner auf den Philippinen. In den Berwickungen auf der Philippineninsel Mindanao meldet die „Morning Post“ aus Washington unter dem 23. April:

„Eine Anzahl amerikanischer Soldaten, die von ihrer Garnison zu weit ins Innere gegangen waren, wurden vor einiger Zeit von Eingebornen ermordet, und General Chaffee sandte auf Befehl des Kriegsministeriums eine Strafexpedition nach Mindanao, die lediglich dazu diente, weitere Unruhen hervorzurufen. Infolgedessen predigen einige Hauptlinge den „Heiligen Krieg“ gegen die Eindringlinge. Ein Kabinetsrat, der gegen die Angelegenheit beipflichtet, kam zu dem Beschlusse, daß es besser sein werde, den Mindanaos gegenüber sich der Diplomatie statt der Gewalt zu bedienen. Der Präsident hat daher General Chaffee den Befehl erteilt, die Angelegenheit nach eigenem Gutdünken beizulegen. Da General Chaffee der Ueberzeugung ist, daß es ihm an Truppen fehlt, um die Operationen in Mindanao erfolgreich durchzuführen, so kommt dieser Auftrag einem Befehl zur Einstellung des Feldzugs gleich. Es wird dadurch vorläufig der Versuch, eine Regierung der Weihen auf dem südlichen Teile des Philippinen-Archipels einzurichten, aufgegeben.“

Partei-Nachrichten.

Das Parteiarchiv!

Das Parteiarchiv ist, wie bekannt, seit vorigem Herbst der öffentlichen Benutzung für wissenschaftliche Arbeiten zugänglich und wird fleißig in Anspruch genommen. Es ist aber notwendig, daß das Archiv möglichst vollkommen wird und stetig auf der Höhe bleibt, d. h. eine Anstalt wird, in der die gesamte deutsche Arbeiterbewegung betreffende Literatur vorhanden ist und denen zugänglich gemacht werden kann, die sich mit Studien über diese Bewegung beschäftigen.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist es notwendig, daß das Unternehmen von allen Beteiligten systematisch unterstützt wird, daß die Verleger sozialistischer Schriften, die Vorstände der Landes- und Provinzial-Organisationen, die Gewerkschaften und Arbeitersekretariate, kurz alle Stellen, die sich mit Veröffentlichungen im Interesse der Arbeiterbewegung befassen, diese unentgeltlich an das Archiv gelangen lassen.

Und zwar sollte dieses nicht nur mit den von jetzt ab erscheinenden, sondern auch mit den bereits erschienenen Veröffentlichungen geschehen. Es sind im Archiv noch erhebliche Lücken auszufüllen.

Auch nach anderer Richtung hin kann für das Archiv noch viel geschehen. Mancher Parteigenosse dürfte aus früheren Jahrzehnten — namentlich aus den sechziger und siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und aus den Zeiten des Sozialistengesetzes — noch im Besitze von Veröffentlichungen sein, die er gerne dem Archiv zur Verfügung stellt, um der Allgemeinheit einen Dienst zu erwirken. Solche Zusendungen sind hoch willkommen. Gelangt auch das Archiv vielleicht auf diese Weise in den mehrfachen Besitz mancher Veröffentlichungen, so ist dieses kein Fehler. Ferner sind auch Wahlflugblätter und Briefe von Personen, die in der Bewegung eine Rolle spielen, willkommenen Erwerbungen.

Es braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, wie außerordentlich nützlich ein möglichst vollkommen ausgestattetes Archiv ist, in dem vereinigt wird, was sonst nirgends zu finden ist. Eine große Zahl der im Laufe der Jahrzehnte erfolgten Veröffentlichungen dürfte in wenigen Jahren überhaupt nicht mehr aufzutreiben sein, weil dieselben auf buchhändlerischem Wege nicht vertrieben wurden, wie auch vielfach heute noch wichtige Veröffentlichungen erfolgen, die dem Buchhandel nicht zugänglich gemacht werden. Alle diese Schriften sind der Zukunft so gut wie verloren, wenn nicht die Partei in ihrem Archiv eine Stätte schafft, an welcher der Forscher alle mit der Bewegung im Zusammenhang stehenden Veröffentlichungen vorfindet.

Die Sendungen sind zu richten: An das Partei-Archiv per Adr. Öffentliche Bibliothek und Volkshochschule, Berlin SW., Alexandrinenstr. 26. Die Arbeiterpresse wird dringend um Veröffentlichung der vorstehenden Aufforderung gebeten.

Das übliche Verbot der Massenparadegänge ist in Dresden und den beiden Dresdener Amtshauptmannschaften wieder erlassen worden. Es gilt für den 1. Mai und den Sonntag vorher. Die dortigen Polizeibehörden erwarten sich doch Schreiberlei, wenn sie dieses Verbot ein für allemal für jeden 1. Mai erlassen.

Totenliste der Partei. Vier verunglückte Genossen begruben die Arbeiter Düsseldorf am Freitagnachmittag. Die Zimmerer Dreher, Golner, Wolf und Maus waren auf der Wasser- rutschbahn der dortigen Ausstellung im überladenen Kasten ins Wasser gefallen und dabei gemeinsam ertrunken. In imposantem Zuge wurden die Leichen der vier Unglücklichen von den Partei- genossen und den Gewerkschaften zur letzten Ruhe geleitet. Am Grabe durften die Vertreter der verschiedenen Korporationen den Toten Abschiedsworte nachrufen. Im Gewerkschaftshause wurde eine Gedächtnisfeier abgehalten.

Gewerkschaftliches.

Die Barbier- und die Mafseier!

Der Vorstand des Verbandes der Barbier- und Friseurgehilfen richtet an die Arbeiterklasse Deutschlands die dringende Bitte, von einem Besuch der Barbierstuben am Tage des 1. Mai möglichst abzuweichen. Denn die Gehilfen, welche die Freigabe unseres Feiertags fordern, werden sonst auf die stärkere Frequenz der Barbiergeschäfte am 1. Mai durch die feiernde Arbeiterklasse verwiesen. Die Genossen mögen es also vermeiden, die Barbier- und Friseurgehilfen bei der Mafseier zu verhindern, im Gegenteil dahin wirken, durch Fernbleiben vollständiger Arbeitstrübe der Barbier- geschäfte in den Arbeitervierteln zu erzielen. Die Parteipresse wird um Verbreitung dieses Wunsches gebeten.

Berlin und Umgegend.

Die Tischlermeister haben, da ihnen der Schutz der Polizei nicht ganz ausreichend für ihren Arbeitsnachweis erscheint, einen ganz besonderen Reiz empfunden, um der lästigen Beobachtung seitens der Gesellen zu entgehen. Gestern morgen liehen die Herren abscheinend mit Zustimmung der Polizei einen großen Möbelwagen vor die Gastwirtschaft, Alexanderstraße, gegenüber dem Jannings- Nachweis fahren. Die Pferde wurden ausgespannt und der Wagen unter Aufsicht eines Dienstmanns gestellt.

Der Zweck dieses Manövers war, den Mitgliedern des Holz- arbeiter-Verbandes, die von dem Restaurant aus den Arbeitsnachweis beobachteten, den Ausblick zu nehmen und somit die Kontrolle zu hindern. Obgleich nun in jener Gegend ziemlich starker Verkehr herrscht, durfte der Wagen trotz Protestes stundenlang ruhig stehen bleiben. Erst auf Intervention verschiedener Anwohner jener Gegend fuhr der Wagen um 1/4 Uhr nachmittags ab. Der Wagen soll nach der vom Besitzer erhaltenen Auskunft für die ganze Woche gemietet sein. Während die Mitglieder des Verbandes, wenn sie sich behufs Beobachtung auf der Straße aufhalten, weggejagt eventuell fisiert werden und jeder kleine Handwagen eines Strohhändlers nur ganz kurze Zeit anhalten darf, kann der Verkehr durch ein Ungeheuer von Möbelwagen den ganzen Tag gehemmt werden. Zudem wird der Wirt, dessen Zimmer durch den Wagen verdunkelt wird, geschädigt.

Die Herren Innungsmesser werden noch manches Kunststückchen erfinden müssen, ehe sie im Verein mit der Polizei die ungeliebten Gäste los werden.

Achtung, Vergolder! Die Differenzen bei der Firma Oskar Scholz, Rotunstr. 5, sind beigelegt. Die Arbeiter haben einen Erfolg zu verzeichnen.

Deutsches Reich.

Die Kieler Baumunternehmer begründen in ihrer Innungs- versammlung das Vermittlungsschreiben des Professors Titius mit Hohn gelächert und Füßgegetrampelt. Die Aus- sperrung dauert also fort. — Wie die von auswärtig eintreffenden Leute, die sich zur Annahme von Arbeit nach Kiel veranlassen liehen, mitteilen, wird denselben bei der Anwerbung erzählt, der Streik sei längst beendet. Es befanden sich in Kiel 12000 Mann in Arbeit, die aber der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht genügen. — Trotz des Erfolgs, den die Behörden für die Arbeitgeber erwideln, sind diese doch nicht mit der Tätig- keit derselben zufrieden. So sagte der Zimmermeister Busch auf dem Bahnhof einem Vertreter der Behörde: „Deute mittag hätten Sie Ihre Schuldigkeit thun sollen, wie heute abend, dann wäre es besser gegangen. 40 Mann hätte ich von der russischen Grenze, mit 10 komme ich hier an und von denen haben sie mir noch die Hälfte weggenommen. — Wenn die Behörden also die Sache der Unternehmer zu der übrigen machen, dann thun sie noch Anstcht dieser Herren „ihre Schuldigkeit“; wenn sie sich dabei zurück- haltend benehmen, werden sie freischweg gerüffelt.“

Mafseier und Unternehmer. Der Verband der Holz- industriellen in Leipzig hat beschlossen, sämtliche Arbeiter, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, auf 14 Tage auszusperrn. Die Leute, welche nach dieser Zeit die Arbeit nicht wieder aufnehmen, sollen dauernd ausgeschlossen werden. — Von der Aussperrung würden 1500 Arbeiter betroffen werden.

Ausland.

Zur Aussperrung der Textilarbeiter in Enschede. Ge- samtllich waren 160 Dedeweder bei der Firma van Heel u. Co. in Enschede wegen Lohnunterschieden in Streit getreten. Daraufhin sind 2150 Arbeiter ausgeperrt worden, weil dieselben keinen Druck auf die im Streit stehenden Kollegen in dem Sinne ausgeübt hatten, daß diese zur Arbeit zurückkehrten. In der Mehrzahl handelte es sich hier um unorganisierte Arbeiter, die organisierten gehörten zum größten Teil der christlichen Organisation an. Nachdem die Aussperrung nun schon mehrere Monate gedauert und noch kein Ende abzusehen ist, hat dieser Tage in Enschede eine internationale Konferenz der christlichen Textilarbeiter stattgefunden, welche sich mit dem Stand der Dinge beschäftigte. An der Konferenz haben Vertreter aus Belgien, Holland und Deutschland teilgenommen, und wurde nach langer Beratung folgende Resolution angenommen: „Die internationale Kommission bedauert zwar die lange Dauer der Differenzen bei der Firma van Heel u. Co., sie hat jedoch nach Kenntnisnahme und genauer Prüfung der heutigen Sachlage zur Zeit keine Veranlassung gefunden, in den Streikplan der Organisationen einzugreifen oder dem Komitee Vorschläge zu empfehlen.“

Es wurde festgelegt, daß etwa 2500 Arbeiter zu unterstützen sind, wozu man wöchentlich ca. 7000 Gulden = 11 200 M. nötig hat. Bisher sind ca. 80 000 Gulden ausgezahlt, welche zum über- großen Teil in Holland zusammengebracht worden sind. Auf Monate hinaus würden die nötigen Summen eingehen, da momentan keine weiteren Anstände in Holland zu verzeichnen seien. Trotz aller Be- mühungen sei es der Firma van Heel u. Co. nicht gelungen, eine genügende Anzahl von Streikbrechern („Onderkruipers“) werden die- selben in Holland genannt, heranzuziehen, nur 36 Arbeiter wären bis jetzt in der Fabrik tätig. Ganz genau wie in Deutschland genießen diese „nützlichen“ Elemente auch in Holland den Schutz der Behörden, sie sind in einem Säuppen gegenüber der Fabrik einquartiert, und bilden Militär und Gendarmenre Spalier, wenn sie von oder nach der Fabrik gehen.

In Anbetracht der „gefährlichen“ Situation sind nämlich außer den 50 händigen Polizeibeamten noch 250 Soldaten mit Gendarmen in Enschede stationiert, und ist das Vororthaus der Fabrik zu einem Wachtlokal umgewandelt worden. Bemerkenswert ist noch, daß die Firma den Streikbrechern außer freier Verpflegung noch einen Lohn von circa 20 M. wöchentlich zahlt, eine Summe, welche die Arbeiter früher in 2 Wochen nicht verdienten. Die Unternehmer und die von denselben abhängigen Behörden sind doch überall gleich.

Der „Allgemeine Niederländische Zimmererverband“ hielt am 18. und 19. April seinen Kongreß zu Zutphen ab. Der Verband hat zur Zeit in 28 holländischen Abteilungen 1415 Mitglieder. Aus einer kürzlich aufgenommenen Statistik geht hervor, daß die durch- schnittliche Arbeitszeit täglich 10—12 Stunden beträgt, der durch- schnittliche Stundenlohn 16 Cent. Einen großen Raum in den Ver-

handlungen nahm die Diskussion über das „Nationale Arbeiter- sekretariat“ ein. Der von drei holländischen Abteilungen beantragte Wiederanschluß an jene Körperschaft wurde mit 25 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Aussperrung der dänischen Hafnarbeiter und See- rente. Ein Kreis einflussreicher, an dem ruhigen Gang von Handel und Schifffahrt interessierter Männer richtete vor einigen Tagen sowohl an die Gewerkschaften als auch an die Reedereivereinigung die Anfrage, ob sie eventuell gewillt wären, die Differenzen durch eine Ver- mittlungs-Kommission oder durch ein Schiedsgericht, möglicher- weise unter Mitwirkung eines Mitglieds der königlichen Familie, entscheiden zu lassen. Die Vertreter der Gewerkschaften stimmten dem Vorschlage zu. Der Prinz Waldemar erklärte sich bereit, wenn beide Parteien den Wunsch äußerten, das Amt eines Vermittlers oder Schieds- manns zu übernehmen. Die Reederei aber stellten sich dem Vor- schlage kühl gegenüber und wollten nichts von einer gemeinsamen Aufforderung der Arbeitgeber und Arbeiter an den Prinzen wissen, trotzdem sie sonst immer geneigt waren, ihre Lokalität dem Hofe gegenüber hervorzuheben. Der Ausschuh des Gesamtverbandes der Gewerkschaften machte nun noch einen letzten Versuch und erklärte in einem Schreiben an die Reedereivereinigung, daß er mit jenem Vorschlage einverstanden sei. Die Antwort hierauf blieb aus und als sich der Sekretär des Gesamtverbandes an die Reedereivereinigung wandte, erklärte man rüdweg, daß eine Antwort über- haupt nicht erfolgen werde. — Somit hat die Organisation der Reederei mit beispiellosem Hochmut alle Ver- mittlung abgelehnt.

Die angekündigte Aussperrung wird rücksichtslos durchgeführt. Die Seelente, deren Heuer abgelaufen ist, werden vor die Frage ge- stellt, ob sie aus ihrer Organisation austreten wollen oder ob sie entlassen werden wollen. So weit bis jetzt Meldungen vorliegen, wählen alle die Entlassung.

Der Gesamtverband der Gewerkschaften hat am Sonnabend in seiner Generalversammlung den Ausschuh beauftragt, der „Arbeits- gebervereinigung“ mitzuteilen, daß zwecks baldiger Beendigung des Konfliktes eventuell aller Transport von und nach den Schiffen der Reedereivereinigung unterbrochen werden soll. — Der Ausschuh erhielt von der Generalversammlung die Vollmacht, alle Schritte zu unternehmen, die ihm notwendig erscheinen, um einen Abbruch des Konflikts zu erzwingen. — Somit haben also die Vertreter der Arbeiterklasse Dänemarks den geschäftsführenden Ausschuh der Ge- werkschaften autorisiert, den Kampf event. auf alle Seemanns- und Hafnarbeit auszudehnen, um dadurch die Reederei zum Entgegenkommen zu zwingen und zu dem gleichen Zweck werden also eventuell die Kutscher in den Streit treten.

Die schwedischen Hafnarbeiter in Helsing- borg und in Malmö weigern sich, die dort angekommenen dänischen Dampfer mit Kohlen zu versehen.

Den Fischexporteuren in Esbjerg sind für mehrere hundert Kronen Fische verdorben infolge der durch die Aussperrung verursachten Verzögerung der Verschiffung nach England. — Die Tätigkeit in der Exportfischerei in Horsens ist fast völlig unterbrochen, da dort keine Gelegenheit mehr vorhanden ist, um die Waren nach England zu senden. Man schickt nun das Vieh nach Esbjerg, wo die Arbeiter der dortigen Exportfischerei auch die Verdorbenheit des Fleisches in die englischen Schiffe befahren. Der Direktor von „Det forende Dampskibsselskab“ hat 15 Comptoiristen entlassen, weil sie sich weigerten, die Arbeiten der Hafnarbeiter auszuführen.

Der Krojigt-Prozeß.

Gumbinnen, 28. April. Bei Beginn der heutigen Sitzung kam der Vorsitzende Oberstleutnant v. Rohden auf den Zwischenfall in der letzten Sitzung zurück, der durch die Verlesung eines der Verteidigung aus Berlin zugegangenen Briefes veranlaßt war, und erklärte: Am vergangenen Sonnabend hat der Verteidiger Rechtsanwalt Horn einen Brief von einem Unteroffizier der Landwehr Hermann Bartel aus Berlin befohlen, in dem gegen die Offiziere des hiesigen Dragoner-Regiments die ungeheuer- lichen Anschuldigungen erhoben werden. Wenn der Vertreter der Anklage vorschlug, den Brief zu den Akten zu legen, so hat es dies selbstverständlich nur gethan, weil er der Ansicht war, daß der Brief zur Entscheidung des Richters nicht das geringste beitragen kann. Herr Rechtsanwalt Horn hat mit Recht betont, daß der Gerichtshof verpflichtet sei, in erster Reihe die Ehre der Offiziere zu schützen, wenn es auch jedem Gebildeten klar ist, daß die Anschuldigungen jeder Begründung entbehren. Das hiesige Dragoner-Regiment hat sofort die energigsten Schritte unternommen, um Aufklärung in die Sache zu bringen. Da die Angelegenheit am Sonnabend in öffentlicher Verhandlung mit- geteilt worden ist, so halte ich mich für verpflichtet, dieses auch hier öffentlich bekannt zu geben.

Es wird danach Frau Ederi in eindringlicher Weise und unter Hinweis auf die „Strafe Gottes“ und auf die Strafen, die auf Meineid stehen, aufgefordert, die volle Wahrheit zu sagen. Die Zeugin wiederholt ihre Aussagen, daß sie am Nordtage zwischen 4 und 5 Uhr am Nachmittag in der Dragonerstraße einen Schuß gehört habe, der in der Reitbahn oder auf dem Kasernenhofe gefallen sein müsse. Gleich darauf habe sie zwei Männer in Zivilkleidung aus dem Kasernenhofe in die Lazarettstraße eiligst laufen sehen; was für eine Kopfbedeckung die Männer hatten, wisse sie nicht. Auf wiederholtes Befragen des Verhandlungsführers bleibt die Zeugin dabei, daß es an einem Montage gewesen sei, als sie ihre Wahrnehmungen gemacht habe. An demselben Abend habe ihr ihr Mann, als er nach Hause kam, erzählt, daß der Rittmeister erschossen worden sei. Sie erinnere sich auch daher so genau, weil am 23. Januar in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ihre Tochter in Berlin gestorben sei. Auf den Vorhalt des Verhandlungsführers, daß sie bei ihrer Vernehmung am Freitag gesagt habe, es sei am Sonn- abend gewesen, bemerkt die Zeugin, sie habe dies verwechselt. Verteidiger Rechtsanwalt Durckhardt und der Vertreter der Anklage beantragen, daß von der Vereidigung der Zeugin, weil sie ungläubwürdig sei, Abstand zu nehmen sei. Verteidiger Rechts- anwalt Horn bemerkt, er sei doch der Meinung, daß die Aussagen der Zeugin von Erheblichkeit seien und deshalb die Ver- eidigung werde erfolgen müssen. Der Ehegatte der Zeugin, Proviant- amts-Arbeiter Ederi, ersucht, seine Frau nicht zu vereidigen, da sie doch nicht mehr genau alles wisse. Dieser beauftragt darauf auf Befragen, er wisse genau, daß er, als er am Abend nach Hause kam, seiner Frau erzählt habe, der Rittmeister sei erschossen worden; darauf habe ihm seine Frau erzählt, was sie am Nachmittag desselben Tages in der Dragonerstraße beobachtet habe; sein 10jähriger Sohn habe die Erzählung seiner Frau bestätigt. Auf Befragen des Ver- handlungsführers, weshalb sie ihre Wahrnehmungen nicht früher mitgeteilt habe, bemerkt Frau Ederi, sie hätte dies vergessen. Sie lese keine Zeitung und habe weder gehört, daß Marten und Hidel des Nordes angeklagt waren, noch daß Marten zum Tode verurteilt worden war, erst vor 14 Tagen habe ihr das ihr Mann erzählt. Der Gerichtshof beschließt schließlich, beide Eheleute zu vereidigen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde vom praktischen Arzt Dr. Wiffeling bezeugt, daß die alte Frau Schlemminger, die den Wierwachtmeister Buntus der That verdächtige, ganz schwach- sinnig sei. Zwei Zeugen bezeugen, daß der Fahnenamied Krieg zur Zeit des Nordes in der Kammer war. Krieg giebt auf Be- fragen an, er sei magenleidend und werde leicht umwohl.

Der Zeuge Skopel soll alsdann vereidigt werden. — Ver- teidiger Durckhardt weist darauf hin, daß derselbe sich vielfach in Eidersprüche verwickelt und erklärt habe, er habe eigentlich gar nichts gesehen. Er werde den Herren schon etwas vorführen, er habe sich nun einmal hingeredet und müsse sich nun wieder herausreden. Er habe auch die Möglichkeit zugegeben, daß es Zivilpersonen gewesen seien. In der ersten Verhandlung vor dem Kriegsgericht sei der Zeuge einstimmig für ungläubwürdig erkannt und deshalb die

Nichtvereidigung vom Kriegsgericht beschloffen worden. Als er in der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht vernommen wurde, habe er nicht gewußt, daß der Kriminalkommissar v. Wädman ihm den Rat gegeben habe, er solle sich nicht ausfragen lassen. Diesmal habe er es als möglich angegeben, aber gesagt, er könne sich nicht erinnern. Er, Durckhardt, halte Skopel, Skopel sei ein Zeuge, dem man das Bewußtsein von der Heiligkeit des Eides nicht zu- trauen könne. Im Falle der Nichtvereidigung des Skopel sei aller- dings dem Gerichtshof der Weg bereits vorgezeichnet; aber er sei der Meinung, es könne unmöglich ein Zeuge, der sich derartig wider- spröchen habe, vereidigt und auf dieses Zeugnis hin ein Urteil auf- gebaut werden, auf das die ganze Nation mit Spannung sehe. Ver- teidiger Horn widerspricht der Vereidigung aus rechtlichen Gründen. Skopel sei der erste gewesen, welcher der That verdächtig wurde. Erst als Kriminalkommissar v. Wädman nach Gumbinnen gekommen sei, änderte sich die Sache. Skopel sei aus der Haft entlassen und Hidel verhaftet worden. Wäre die erste Aussage der Krümpfer-Rutcher richtig, wonach Skopel nicht mehr in dem Stall war, als der Schuß fiel, dann wäre er der That ver- dächlich. Der Vertreter der Anklage Meier ersucht, den Zeugen Skopel zu vereidigen, da derselbe in seiner Aussage von Anfang an sich konsequent geblieben. Außerdem habe Skopel keinen Beweggrund gehabt, den Rittmeister zu er- schießen. Wenn Skopel nichtwahrer Person nicht gesagt habe, so habe er einfach unter dem Eindruck des Nates gestanden, den ihm Kriminalkommissar v. Wädman gegeben habe. Der Gerichtshof beschloß nach einer Beratung von kaum fünf Minuten, Skopel zu vereidigen, da ein gesetzlicher Grund zur Nichtvereidigung nicht vorliege. Der Zeuge Skopel wird hierauf vereidigt und die Verhandlung bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen.

Nachmittags wird nochmals der frühere Wachtmeister Budyesh vernommen. Dieser bekundet, als der tödliche Schuß fiel, seien er und Wachtmeister Schulz sowie die Unteroffiziere Wiener, Ehrenheim, Eisenberg, Stiebert und Fehler in der Reit- bahn gewesen. Es wird alsdann in sehr eingehender Weise der frühere Unteroffizier Domning vernommen. Dieser ist eine Zeilung wegen Verdachts der Begünstigung des Hidel ver- haftet und vor dem Kriegsgericht angeklagt gewesen, aber auf An- trag des Staatsanwalts freigesprochen worden. Der Zeuge bekundet auf Befragen des Verhandlungsführers, Hidel sei am Nordtage gegen 4 1/2 Uhr nachmittags zu ihm in den Stall gekommen und etwa 10 Minuten dort geblieben; genau könne er die Zeit nicht angeben. Wenige Minuten, nachdem sich Hidel entfernt, habe der Ge- freite Wankisa die Nachricht in den Stall gebracht, der Rittmeister habe sich erschossen. Der Vertreter der Anklage bemerkt, der Zeuge habe zu Protokoll gegeben, Hidel habe ihm gesagt, wie lange er wohl im Stall bei ihm war. Darauf habe der Zeuge erwidert, eine Minute bis drei Minuten. Hidel habe entgegnet, es muß bedeutend länger gewesen sein. Der Verhandlungsführer hält dem Zeugen diese Aussage vor. Der Zeuge erklärt jedoch wiederholt, daß er so etwas nicht gesagt. Auf Befragen des Vertreters der Anklage giebt der Zeuge zu, daß Hidel zu ihm gesagt habe: „Es ist gut, daß ich im Stall gewesen war, sonst hätte ich auch in Verdacht kommen können.“ Auf Befragen des Verteidigers Rechts- anwalt Horn bekundet der Zeuge noch, er habe niemals gegen den Feldwebel Tollstahn, sondern gegen den Kriminalkommissar von Wädman eine Anzeige wegen Verleumdung der Verleumdung zum Meineid machen wollen. Letzterer habe zu ihm gesagt: „Nehmen Sie sich in acht, daß es Ihnen nicht so geht, wie Hidel. Sie stehen auch bereits mit einem Fuhe im Grabe. Das beste ist, Sie sagen, Sie hätten Hidel nicht im Stalle ge- gesehen.“ Danach wird nochmals Feldwebel Tollstahn ver- nommen. Dieser bekundet, den Worten wie ein Stück Vieh behandelt zu haben. Er erzählt alsdann, daß er dem Hidel das Wachsen der Pflanzen gezeigt habe und daß Hidel dabei mit seinen — des Zeugen — Kindern gesprochen habe. Kriminal- kommissar v. Wädman bemerkt auf Befragen, er habe Domning nicht mit Verhaftung gedroht, wohl aber ihm gesagt: „Das beste ist schon, Sie sagen, Sie erinnern sich nicht, Hidel im Stall gesehen zu haben, denn Sie scheinen es wirklich nicht zu wissen.“ Verhandlungsführer: Haben Sie auch gesagt, Sie stehen bereits mit einem Fuhe im Grabe? von Wädman: „Das ist möglich, daß ich vielleicht gesagt habe, im Sorge, das ist nicht ganz korrekt, es ist aber ein polizeitechnischer Ausdruck.“ Wädman bemerkt weiter, er habe sich später erinnert, daß er nicht zu Domning gesagt habe, Sie stehen da wie ein Ochs, sondern in der zweiten Verhandlung vor dem Ober- kriegsgericht habe er gesagt: Domning habe wie ein Ochsge- aufgestanden. Nach kurzer weiterer Bemerkung wird die Verhandlung auf Dienstagvormittag 9 Uhr vertagt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zu den Wahlen in Frankreich.

Paris, 28. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Wahlen haben keine wesentliche Änderung gebracht. Die ministerielle Mehrheit ist vielleicht etwas verstärkt. Der Erfolg des Ministeriums beschränkt sich auf die Provinz. In Paris hatten die Nationalisten Erfolg.

Einem glänzenden Sieg errang Vaillant. Judesamt sind gewählt:

22 Sozialisten, darunter 7 Blanquisten, 15 Jaurèsisten. Erstere verlieren 1 Mandat, letztere behaupten 12, gewinnen 3 und verlieren 4 Mandate. Etwa 20 günstige sozialistische Stichwahlen stehen in Aussicht. Neugewählt Jaurès, Briand, Gerault-Richard, während Guesde unter- legen ist trotz gestiegener Stimmen. Guesdisten und Blanquisten haben 325 000 Stimmen aufgebracht.

Paris, 28. April. (B. Z. V.) Der „Temps“ stellt folgende Wahlsübersicht auf: Von 411 definitiv Gewählten sind 22 Sozialisten, 130 Radikale und sozialistische Radikale, 28 ministerielle Republikaner, 114 oppositionelle Republikaner, 26 Radikale, 33 Nationalisten, 38 Royalisten und Bonapartisten und 172 Stichwahlen. Der der Regierung nahe stehende „Le Français“ sucht nachzuweisen, daß das Ministerium in der nächsten Kammer über eine um 32 Stimmen stärkere Mehrheit verfügen werde als in der früheren. — Auf der Insel Guadeloupe wurden der Radikale Gerwill-Rönge und der Chefdeputierter der sozialistischen „Petite République“ Gerault Richard gewählt. —

Abgeordnetenhaus.

Wien, 28. April. (B. Z. V.) Reichsratler Wengler gab einen Ueberblick über die im Laufe der Debatte bezüglich der Brüsseler Judenkonvention geäußerten Ansichten und meinte dann, ein endgültiges Urteil über die Brüsseler Konvention sei freilich noch nicht möglich, auf keinen Fall sei es aber angezeigt, sie ganz zu verwerfen. Die Regierung müsse durch eine Enquete der an der heimischen Judenproduktion beteiligten Stände mit Unter- stützung von Kaufleuten jener Länder, nach denen die Ausfuhr gehe, die Unterlagen verschaffen für die Beurteilung der Frage, ob es vor- teilhaft sei, der Konvention beizutreten oder nicht.

Zum Ausbruch der dänischen Seelente.

Kopenhagen, 28. April. (B. Z. V.) Die vereinigten Fährvereine beschlossen in einer heute abgehaltenen Versammlung, daß die Seelente und Hafnarbeiter in allen dänischen Häfen am 30. April die Arbeit auf den Schiffen des Vereins der Dampfschiffs-Reedereien nieder- legen und daß die Kutscher, welche mit dem Transport von Wagen von und zu solchen Schiffen beschäftigt sind, am 12. Mai die Arbeit einstellen sollen, um dadurch eine Uebereinkunft mit den Reedern herbeizuführen.

Petersburg, 28. April. (B. Z. V.) Da die Erzeugung gegen Vohjedonow unter den Studenten und in Arbeiterkreisen im Wochens begriffen ist, ist derselbe ins Ausland, angeblich nach Wien abgereist.

Reichstag.

176. Sitzung vom Montag, den 28. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Zunächst wird der Gesetzentwurf betreffend den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal in erster und zweiter Beratung ohne erhebliche Debatte erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Zolltarif-Gesetzes (Diätenvorlage).

Danach soll den Mitgliedern der Zolltarif-Kommission für die Teilnahme an den Sitzungen der Kommission, welche während der Unterbrechung der Plenarsitzungen des Reichstags stattfinden, ein Betrag von je 2400 M. aus der Reichskasse gewährt werden. Die hierzu im Gesamtbetrage von 67 200 M. erforderlichen Mittel sind bei dem Etat des Reichstags außerordentlich zu veranschlagen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Anregung zu diesem Gesetzentwurf ist, ebenso wie die Anregung zu dem ähnlichen Gesetzentwurf des Jahres 1874, aus der Mitte des hohen Hauses, bezüglich aus der Mitte der Kommission hervorgegangen, und die verbündeten Regierungen haben geglaubt, daß es billig sei, dieser Anregung zu entsprechen. Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, daß in diesem Gesetzentwurf eine Änderung der Verfassung liege, weil nach der Reichsverfassung die Mitglieder des Reichstags keine Entschädigung für ihre Tätigkeit erhalten sollen. Das ist in gewisser Beziehung richtig, aber man darf doch nicht vergessen, daß es nur eine zeitweise Änderung der Verfassung ist. (Mruhe und Lachen.) Gewiß, meine Herren, es ist eine Ausnahmemaßregel, geboten durch die Verhältnisse, und nicht die erste Ausnahmemaßregel. Man ist schon zweimal denselben Weg gegangen. Auch das Gesetz vom Jahre 1874 ist auf eine Anregung aus dem hohen Hause hin erlassen worden, und zwar auf Grund eines Antrages der verstorbenen Abgeordneten Dr. Laaser.

Es ist vielleicht in unserer kurzlebigen Zeit interessant, an das zu erinnern, was der damals politisch außerordentlich hochgeachtete Abgeordnete Laaser sagte. Er erklärte damals, daß nach dem zwar nicht geschriebenen, aber allgemein anerkannten verfassungsmäßigen Rechte der Reichstag nicht berechtigt sei, eine in der einen Session begonnene Beratung in der folgenden Session fortzusetzen oder während einer Vertagung eine Kommission mit der Vorbereitung seiner eigenen Geschäfte zu betrauen. Es müsse vielmehr, um dieses Hindernis zu beseitigen, ein besonderes Gesetz erlassen werden, wenn der gewöhnliche Weg der Beratung nicht zum Ziele führen würde. Diese Ausführungen des Abg. Laaser sind deshalb besonders interessant, weil behauptet worden ist, daß das Gesetz von 1874 und ebenso das Ausnahmengesetz von 1876 etwas ganz anderes bedeutete, als die jetzige Vorlage, denn damals sei durch die Gesetzgebung nach dem Schlusse des Reichstags fortgesetzt eine besondere Organisation eigentümlicher staatsrechtlicher Art geschaffen worden, während diesmal anzunehmen sei, daß der Reichstag nicht geschlossen, sondern vertagt werden würde und eine Kommission ja jederzeit während der Vertagung weiter berufen könnte. Der in staatsrechtlichen Dingen außerordentlich bewanderte Abg. Laaser war nach seinen damaligen Anschauungen der Ansicht, daß auch während der Vertagung des Reichstags eine Kommission die Geschäfte des Reichstags nicht besorgen könnte. Nun wird man zugestehen, daß es für die Mitglieder der Kommission, die noch monatelang, während der Vertagung vertagt oder geschlossen ist, hier arbeiten sollen, sachlich vollkommen unannehmlich ist, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen ist. Das entscheidende liegt auf einem ganz andern Gebiete.

Ich habe hier eine Zusammenstellung über die Anzahl der Tage, während welcher der Reichstag seit 1870 versammelt war. Die Bestimmung der Reichsverfassung, daß die Mitglieder des Reichstags für ihre Tätigkeit keine Entschädigungen erhalten sollen, ging offenbar von der Ansicht aus, daß die Tätigkeit der einzelnen Mitglieder des Reichstags während einer Session sich nicht auf etwa 800 Tage im Jahre erstrecken würde. Tatsächlich würde aber für die Mitglieder dieses hohen Hauses, die in der Kommission sitzen und vielleicht noch 2, 3 Monate oder länger während der Vertagung in derselben zu arbeiten haben, eine Gesamtleistung von etwa 300 Arbeitstagen herauskommen. Man ging bei dem Erlass dieser Verfassungsbestimmung offenbar davon aus, daß es jedem Abgeordneten möglich sein würde, neben seinen parlamentarischen auch noch Berufsgeschäfte zu erledigen.

Wenn aber Mitglieder des hohen Hauses eine so außerordentlich lange Zeit hier in Berlin festgehalten werden, die, abgesehen von den Ferien, seit Ende November vielleicht bis Ende Juli und noch länger dauern kann, so muß man zugeben: das ist ein außerordentlicher Fall, der eine außerordentliche Beurteilung und eine außerordentliche Maßregel erfordert. Es mag in anderen Ländern möglich sein, daß man auch auf so lange Zeit die Mitglieder eines Parlaments zusammenhalten kann, aber wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, haben die meisten Parlamentarier neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit doch noch ernste bürgerliche Geschäfte, die ihre Anwesenheit erfordern, und Deutschland ist auch noch nicht ein so reiches Land, um von einem Mitglied dieses hohen Hauses fordern zu können, daß es eine so ausnahmeweise lange Zeit — und darum handelt es sich — seinen Aufenthalt in Berlin nimmt. Die verbündeten Regierungen betrachten diesen Fall als unpraktisch für die Verhältnisse des Reichstags, als Ausnahmefall, wie die Fälle von 1874 und 1876, sind aber auf Grund der von mir dargestellten Verhältnisse allerdings der Ansicht, daß hier aus Gründen der Billigkeit eine Ausnahme geschaffen werden muß. Ich habe auch in der Presse die Bemerkungen gelesen, man könnte vielleicht die Kommission durch Diäten zusammenhalten, — aber wie lange würden die verbündeten Regierungen die Arbeit aushalten? In dieser Beziehung bitte ich Sie, sich zu beruhigen. Für die verbündeten Regierungen gilt der kategorische Imperativ der Pflicht, und diese Pflicht werden wir erfüllen. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.):

Nachdem der Reichstag wiederholt volle Diäten für seine Mitglieder gefordert hat, kann ich die gegenwärtige Vorlage nur als eine beleidigende Zumutung an den Reichstag bezeichnen. (Lachen des Präsidiums.)

Präsident Graf Balkefrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen eine Vorlage der verbündeten Regierungen nicht für eine beleidigende Zumutung an den Reichstag erklären. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Singer (fortfahrend):

Um dem Wunsche des Herrn Präsidenten zu genügen, will ich sagen, daß diese Vorlage nach meiner Meinung eine geradezu unbegreifliche ist. (Sehr richtig! links.) Die Rede des Herrn Staatssekretärs möchte ich bezeichnen als ein Plaidoyer für die Notwendigkeit von Diäten überhaupt, daß er aber nachgewiesen hat, daß diese Vorlage berechtigt und begründet ist, kann ich in keiner Weise zugeben. Freilich, wenn man die Politik wie es ja anscheinend die Mehrheit dieses Hauses beabsichtigt, vom Standpunkt des Wortes: kleine Geschenke erhalten die Freundschaft macht, kann man vielleicht auch die Annahme einer solchen Vorlage kommen. Das ist aber eine Politik, die nach meiner Meinung der Würde des Reichstags kaum entsprechen würde. Schon bei Gelegenheit der

Aufhebung des Verbindungsverbots von politischen Vereinen habe ich gegenüber dem Fürsten Hohenlohe diesen Standpunkt vertreten. Ich kann nicht zugeben, daß etwa diese Kommissionsdiäten den Anfang für allgemeine Diäten bilden können, im Gegenteil, die Annahme dieser Vorlage bedeutet einen Verzicht auf allgemeine Diäten. Wenn richtig ist, was der Staatssekretär und die Herren von der Majorität sagen, daß ohne Diäten für die Kommission der Zolltarif in der Kommission nicht fertiggestellt werden könne, dann drängt sich unwillkürlich die Frage auf: wie soll das in der 2. und 3. Beratung der Vorlage im Plenum werden? Glauben Sie denn, daß sich da die Verhältnisse anders gestalten werden, daß die Gegner der Vorlage auf eine gründliche Beratung in 2. und 3. Lesung verzichten werden? Die Hoffnung also, daß die Mitglieder der Kommission gegen Bezahlung die Vorlage im Sommer soweit fördern werden, daß sie im Herbst erledigt werden kann, erscheint unbegründet und die Herren haben die Rechnung ohne diejenige gemacht, die es für ihre Aufgabe halten, alles aufzubieten, um das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern. Ueber die Stellung meiner Partei zu Diäten überhaupt brauche ich mich nicht auszusprechen. Wir verlangen allgemeine Diäten, weil wir wünschen, daß denjenigen Leuten aus dem Volke, deren wirtschaftliche Lage es ihnen nicht erlaubt, hier in Berlin auf ihre Kosten lange Zeit sich aufzuhalten, die aber von ihrer Partei für geeignet erachtet werden, im Parlament zu sein, nicht die Möglichkeit dazu genommen werde. Meine Partei leidet ja unter der Diätenlosigkeit keinen Mangel an Vertretern. Wir stehen also der Sache mit großer Gemütsruhe gegenüber. So sehr wir aber prinzipiell für allgemeine Diäten sind, so sehr widerstreben wir diesem Vorgehen, die Arbeiten der Zolltarif-Kommission durch Liebesgaben für die Mitglieder der Kommission zu fördern. Das Zustandekommen einer Vorlage, die dem Volke die notwendigsten Lebensmittel verteuern will, und die man als das volkfeindlichste Gesetz, das es gibt, bezeichnen muß, auf diese Weise zu fördern, fällt uns natürlich gar nicht ein. Das überlassen wir dem Centrum, den Konservativen und wenn die Nationalliberalen mitmachen wollen, dann nur so besser.

Die folge Rede, die Herr v. Leveyow hielt, als das letzte Mal der Antrag Gröber und Genossen auf Bewilligung von Anwesenheitsgeldern auf der Tagesordnung stand, steht im Zusammenhang mit dem Widerspruch zu der Haltung der konservativen Presse gegenüber dieser Vorlage. Damals erklärte Herr v. Leveyow, wenn Diäten gezahlt werden, so begiebt sich damit der Reichstag auf das niedrigste Niveau, auf das demokratische Niveau. Ich weiß nicht, ob die jetzige Haltung der konservativen Presse nach Ansicht des Herrn v. Leveyow orisokratisch ist, indem sie alle meine Diäten zwar verwirft, aber einen Handvoll Geld für die Zolltarif-Vorlage sich nicht entgehen läßt. Ich konstatiere, daß die Abneigung gegen Diäten seitens der Konservativen ein Ende findet, wenn es sich darum handelt, ein Gesetz zu fördern, das die große Masse der Arbeiterklasse schwer belastet. Wenn die Konservativen, um ein solches Gesetz zu fördern, auch das Ausnahmemitel von Kommissionsdiäten gebrauchen, so ist das die vernichtendste Verurteilung der konservativen Politik überhaupt. Es wird im Volk verstanden werden, daß Parteien, die sonst sich dagegen aussprechen, daß die Volkvertreter für die dem Volke gegebene Zeit entschädigt werden, bereit sind, Entschädigung zu zahlen für eine Zeit, in der die Zolltarifvorlage gemacht werden soll, die man im Volke als Brot- und Fleischwucher bezeichnet. Das Centrum, welches ja auch der Vorlage zustimmen will, bringt seine Mitglieder in der Kommission in eine etwas seltsame Stellung. Allgemeine Diäten für den Reichstag werden nicht gezahlt, Entschädigungsgelder für diese Arbeiten werden aber den Kollegen in der Kommission zugewendet. So traurig es ist, daß eine solche Vorlage von der Regierung gemacht werden kann, für noch trauriger muß ich es halten, daß, wie der Herr Staatssekretär sagen konnte, die Vorlage vom Centrum der Regierung suggeriert worden ist. Der Bundesrat konnte kaum etwas Besseres thun, als die Verantwortung für diese Vorlage von sich auf die Centrapartei abzuwälzen. Es mag allerdings aus der Mitte der Kommission die Anregung zu dieser Vorlage gegeben worden sein, aber — das will ich bei dieser Gelegenheit konstatieren — ein Kommissionsbeschluss ist nicht erfolgt. Gegen einen solchen Widerspruch würden meine politischen Freunde auch energischen Widerstand erhoben haben. Die Herren thun verunndert, wenn ich sage, man müde den Kollegen in der Kommission eine subalterne Stellung zu. Ich bin aber fest überzeugt, innerlich fühlen Sie, meine Herren, alle die Unwürdigkeit einer solchen Zumutung. (Mruhe rechts.)

Der Staatssekretär hat behauptet, man könne sich auf frühere Vorgänge von 1874 nachzuweisen gewagt. Das trifft aber nicht zu. Für das Zustandekommen jener Zustimmung trat die ganze Volkvertretung einmütig ein. Um jene Gesetze zu verlegen mit der Zolltarif-Vorlage muß man schon Mitglied des Bundes der Landwirte sein (Heiterkeit links), der ja auch behauptet, mit dem Zolltarif ideale Zwecke zu verfolgen. Während war damals der Reichstag geschlossen, das parlamentarische Mandat hatte ein Ende und die Mitglieder der Kommission wurden in besonderer Weise mit allen Privilegien der Reichstags-Mitglieder beehrt. Damals handelte es sich darum, eine gesetzliche Arbeit von einer zur anderen Session fortzuführen. Die Regierung verfährt mit der Gleichstellung dieses gesetzgeberischen Vorgangs mit dem heutigen durch aus jehematisch, wie ja auch die Ueberschrift der jetzigen Vorlage: „Entwurf eines Gesetzes betr. die geschäftliche Behandlung des Zolltarifs“ beweist. Die Vorlage ist aber in Wirklichkeit nur ein Gesetzentwurf zur finanziellen Unterfütterung derer, die die Zolltarif-Vorlage machen sollen. (Mruhe und Lachen rechts und im Centrum: Sie kriegen ja auch etwas ab!) Die geschäftliche Behandlung ist hier weiter nichts als die Feststellung der Tatsache, daß man die Sache als ein Geschäft behandelt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich kann es auch nicht als überzeugend ansehen, daß wir jetzt, weil vor 28 Jahren einmal ein derartiger Vorgang erfolgt ist, ebenso verfahren müßten. Welch eine Fülle von Arbeit ist auch sonst außerhalb der Arbeitszeit des Reichstags von Kommissionen geleistet worden, ohne daß ein Mensch daran gedacht hätte, den Kommissionsmitgliedern besondere Diäten anzubieten. Diese Art, die Reichstagsmitglieder in zwei Klassen zu teilen, in solche, die in der Kommission etwas länger zu arbeiten haben und die anderen Mitglieder, scheint mir zu einer Degradierung des Reichstags zu führen, gegen die wir den ernstesten Widerstand erheben müssen. Die Gewerbe-Ordnungs-Kommission hat 1896 außerhalb der Tagung des Plenums monatelang gefessen. Einer ihrer fleißigsten Mitglieder war der jetzige preussische Handelsminister Müller, der sich damals wohl sehr dagegen verwahrt hätte, wenn man ihm für seine Kommissionsarbeit eine solche Vergütung anbieten wollte. Als preussischer Handelsminister erachtet er es aber für durchaus angemessen, dem Reichstag eine solche Vorlage zu machen. Auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch hat lange Zeit gearbeitet, während der Reichstag nicht beisammen war. Der Vorsitzende dieser Kommission Abg. Dr. Spahn hat damals gewiß nicht daran gedacht, für die Erfüllung des idealen Jurses, den die Kommission hatte, irgend welche Vergütung zu verlangen. Heute steht Dr. Spahn an der Spitze derer, die diese Zumutung gleichgültig hinnehmen und am Ende der Regierung noch gar dafür danken.

Und allen diesen Gründen sind wir gegen die Vorlage, wir wollen die Gewährung eines parlamentarischen Accordlohnens nicht mitmachen. Wir halten die Einführung allgemeiner Diäten für notwendig, und wir glauben der Erreichung dieses Zieles viel

besser zu dienen, wenn wir diese Vorlage rundweg ablehnen, als wenn wir ihr zustimmen. Wir sind überzeugt, daß die Annahme dieser Vorlage die Erfüllung der eigentlichen prinzipiellen Forderung von Reichstagsdiäten auf lange Zeit hinausschiebt. Nach meiner Meinung will die Regierung auch die Diäten nicht gewähren als Entschädigung für den großen zu leistenden Arbeitsaufwand, sondern vielmehr deshalb, weil diese Arbeit gerade dem Zolltarif gilt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn es sich um andere Gesetze handelte, wäre es der Regierung garnicht eingefallen, einem solchen Wunsche aus dem Hause Rechnung zu tragen. (Zustimmung links.) Die Regierung verhält sich im Allgemeinen gegenüber Wünschen aus dem Hause so steril und so unnahbar, daß wir wirklich nicht glauben können, das einzige Motiv für ihre Vorgehen sei die Absicht, den aus der Kommission geduzerten Wünschen entgegenzukommen. Zur Förderung der Zolltarif-Vorlage ist der Regierung aber jedes Mittel recht.

Ich bedaure, daß die Majorität des Hauses sich gegenüber dieser Zumutung der Regierung nicht ablehnend verhält. Die Majorität dieses Hauses, die für die Gewährung allgemeiner Diäten eintritt, sollte sich doch für das Einsingerricht der Kommissionsdiäten nicht das Erstgeburtsrecht allgemeiner Diäten für die Reichstagsmitglieder ablaufen lassen.

Ich hatte erst daran gedacht, die Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Kommission zu beantragen. Da indessen die Absicht besteht, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen, so will ich auch dagegen nichts einwenden und beantrage also die Ueberweisung an die Budgetkommission. Man könnte ja auch auf den Gedanken kommen, daß die Vorlage an die Zolltarif-Kommission zu verweisen sei (Große Heiterkeit), aber das scheint mir nach einem alten Sprichwort, das ich nicht nennen will, doch nicht angeht. Die Budgetkommission sollte ihre Beratungen dazu verwenden, um dem Plenum einen auf die Gewährung allgemeiner Diäten gerichteten Beschluss vorzuschlagen, entsprechend früheren vom Reichstage angenommenen Beschlüssen. Wir werden uns bemühen, die Vorlage in der Kommission durch Anträge so zu gestalten, daß ihre jetzige Tendenz, die im Volke nicht verstanden wird und die des Reichstags nicht würdig ist, nicht verwirklicht wird. Wenn aber die Vorlage gegen unsern Willen Gesetz werden sollte, so werden wir sie dazu benutzen, um die Kommissionsdiäten unserer Parteikasse zuzuführen und damit eine noch energichere Bekämpfung der Zolltarifvorlage zu ermöglichen. Wir werden die Mittel, die das Reich uns dann liefert — allerdings wesentlich aus den Taschen der armen Steuerzahler — benutzen, um in noch stärkerem Maße als bisher die Empörung im Volke gegenüber der Zolltarifvorlage zu entflammen! Diese Verwendungsart, die wir mit den Diäten vornehmen würden, wäre dann überhaupt das einzige Gute an dieser Vorlage. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Während die Kommissionsmitglieder im Sommer im Schweiße ihres Angesichts sich um den Zolltarif bemühen, werden wir im Volke agitieren und die Notwendigkeit propagieren, daß mit dieser Politik der Brotvertuerung endlich aufgehört wird. Nachher, bei der weiteren Beratung der Vorlage, werden wir uns dann wieder sprechen! Unsere Parole bei dieser Vorlage — ob mit oder ohne Kommissionsdiäten — ist immer dieselbe: sie lautet: fort mit der Zolltarif-Vorlage, nieder mit dem Brotwucher! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Leveyow (L.):

Während die Mehrheit meiner politischen Freunde gegen die Gewährung allgemeiner Diäten ist, liegt die Sache hier ganz anders, wo von Reichstagsmitgliedern gefordert wird, außerhalb der eigentlichen Tagung eine langandauernde Tätigkeit zu entfalten. Wir wünschen, daß die Zolltarifvorlage Gesetz wird. Wir halten sie nicht, wie Herr Singer für ein Brotwuchergesetz (Lachen links) und von den Socialdemokraten abgesehen, ihm es einsichtige Menschen im Volke auch nicht. (Lachen links.) Wir wünschen, daß das Gesetz in einer Gestalt zu stande kommt, der der Landwirtschaft den ihr zugesagten Schutz gewährt. Die Zolltarif-Vorlage liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sie liegt im allgemeinen Interesse, denn noch von sehr vielen andern Dingen ist in ihr die Rede. Soll das Gesetz aber zu stande kommen, dann ist es notwendig, daß die Kommission langwierige Sitzungen abhält zu einer Zeit, wo der Reichstag nicht zusammen ist. Da ihren Mitgliedern zugunsten, daß sie, nachdem der Reichstag 6 Monate zusammen war, noch weitere drei Monate ohne Entschädigung hier in Berlin bleiben, das halten wir für unbillig, das können wir ihnen nicht zumuten. Die Situation ist so, daß hier ein Ausnahmefall vorliegt, und daß für diesen Ausnahmefall Abhilfe geschaffen werden muß durch ein Notgesetz ähnlich, wie 74 und 76. Ob damals der Reichstag geschlossen war, ob er jetzt nur vertagt wird, ist für die Sache ganz gleichgültig. Der Reichstag könnte ja auch jetzt geschlossen und die Zolltarifvorlage nachher mit gewissen Änderungen wieder eingebracht werden, nachdem sie die Kommission durchberaten hat. Daß eine Entschädigung für die außerordentliche Arbeit unbillig für die Mitglieder sei, können wir nicht anerkennen. Herr Singer hat ja heute so gesprochen, als wenn er ein entschiedener Gegner der Reichstagsdiäten überhaupt wäre. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Auf die Frage der allgemeinen Diäten einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Diese Vorlage hängt gar nicht mit ihnen zusammen; sie betrifft einen ganz andern Fall. Uebrigens stehe ich noch heute auf meinem alten Standpunkt, der durch die Zustimmung zu dieser Vorlage gar nicht alteriert wird. 1874 und 1876 ist dieselbe Angelegenheit über die Bühne gegangen, ohne Lärm und ohne Aufregung. Damals ist nicht einmal eine Kommissionsberatung für notwendig erachtet worden. Wenn heute die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission gewünscht wird, so will ich dem nicht widersprechen. Die Aufregung über diese unschuldige Sache kann ich nicht begreifen. (Lachen links.) Die Sache wird sehr aufgebauscht. Von meinen Freunden trägt keiner Bedenken für die Vorlage zu stimmen. (Gelächter links; Bravo rechts.)

Abg. Wassermann (nos.):

Wir haben gegen eine Entschädigung der Zolltarif-Kommissionsmitglieder nichts einzuwenden und sind mit der Vorlage einverstanden. Eine Haupt- und Staatsaktion können wir in der Vorlage nicht erblicken, wir betrachten sie nur als eine heikelfähige Maßregelung (Auf links: Maßregelung ist gut! Heiterkeit). Maßregel zur Förderung der Arbeiten in der Zolltarifkommission. Eine Verfassungsänderung enthält die Vorlage; es bleibt sich natürlich gleich, ob es eine zeitweilige oder dauernde Verfassungsänderung ist. Herr Singer sagte, die Mitglieder der Zolltarifkommission gerteten durch die Vorlage in eine subalterne Stellung. Das ist nicht richtig. Nur das eine ist Herrn Singer zu kongedieren, daß es bei andern Vorlagen anders gemacht worden ist, weder bei der Gewerbe-Ordnung noch beim Bürgerlichen Gesetzbuch. — Die Vorlage hat mit der Frage der allgemeinen Diäten nichts zu thun. Herrn Singer wird es nicht länger entziehen. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß ein Teil der jetzt leitenden Staatsmänner für die Gewährung von Diäten ist. Die jetzige Vorlage bedeutet nach meiner Ansicht weder ein Verzicht auf allgemeine Diäten, noch ist sie eine Treppe zu den allgemeinen Diäten. Allerdings meine ich, daß sie sich durch den Zwang der Situation bei der zweiten und dritten Lesung des Zolltarifs im Plenum zur Einführung allgemeiner Diäten entschließen müssen wird. Charakteristisch für die Auffassung im Volke ist die letzte Wahl in Saarbrücken geworden. Dort hat der Nationalliberale 1800, der Centrunsmann 14 500 bekommen, der begeisterte Anhänger der Parole gegen den Brotwucher hat sich mit 884 Stimmen be-

gelten müssen. (Bravo rechts. Lachen links. Rufe links: Königreich Stumm! Weiterleit.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich halte es für sehr unzweckmäßig, den Wahlausgang im Kreise Saarbrücken mit der Zolltarifvorlage in Verbindung zu bringen. (Sehr richtig! links.) Wahler im Königreich Stumm sind an sich schon für allgemeine Verhältnisse nicht maßgebend, aber jeder weiß außerdem, daß in diesem Wahlkreise die konfessionellen Gegensätze die politischen weitläufig überwiegen. (Sehr richtig! links.) Herr Bassermann hat ausdrücklich zugegeben, daß die Vorlage in Widerspruch steht mit der Verfassung, während das dem Herrn Staatssekretär etwas zweifelhaft zu sein scheint. Daß eine Verfassungsänderung vorliegt, ist ganz zweifellos, ob „auf Zeit“ oder nicht, bleibt sich gleich. Wir können uns ja auch allgemeine Diäten auf Zeit geben lassen, für zehn Jahre zum Beispiel. (Große Heiterkeit.) Herr v. Levetzow meinte, 1875 und 1876 habe man ohne allen Lärm solche Gesetze angenommen. Allerdings, weil alle Parteien dem Prozeß zustimmten. In solchen Fällen der allgemeinen Uebereinstimmung können ja auch die Vorschriften der Geschäftsordnung außer acht gelassen werden. Damals handelte es sich darum, neues Recht zu schaffen, hier soll ein bestehendes Reichsrecht geändert werden in einer Richtung, die einer großen Minderheit als verberblich und nachteilig für das Land erscheint. (Sehr richtig! links.) Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs erinnern mich lebhaft an die Rede des Herrn Gröber bei Begründung seines Antrags auf allgemeine Diäten. Auch Herr Gröber erinnerte an die Länge der Sessionen. Während früher 81 Tage die Durchschnittsdauer innerhalb 6 Jahren waren, sind es jetzt 194 Tage. Wir haben jetzt ein Sessionmaximum von 228 Tagen erreicht. (Hört! hört! links.) Können denn die Herren, welche den Zolltarif für eine solche Wohlthat halten, nicht einmal 15 Mitglieder einige Wochen hindurch ohne Diäten in der Kommission zusammenhalten? Die jetzige Praxis erlaubt ja sogar den Wechsel der Mitglieder in der Kommission, also die Ablösung, was früher nicht üblich war. Herr Bassermann wünschte eine Beschleunigung der Verhandlungen über den Zolltarif im Interesse des Zustandekommens von Handelsverträgen. Woran liegt es denn, daß die Kommission so langsam arbeitet? Hätten Sie unsern Antrag gemäß die grundsätzlich entscheidenden Fragen zuerst im Plenum gelöst, so wären wir weiter. (Sehr richtig! links.) Jetzt entbehrt die Kommission jeder Direktion seitens des Plenums. Die Methode des Anhändels, die sich in der Kommission eingebürgert hat, trägt wesentlich zur Verlangsamung der Verhandlungen bei. Die Regierung ist ja darin Lehrmeisterin gewesen insofern, als sie den Zolltarif nicht ganz erist wadm, sondern nur für den demnächstigen Handel mit den einzelnen Staaten aufstellte. (Sehr richtig! links.) Aber Sie (nach rechts) haben doch zu viel von ihr gelernt. (Heiterkeit.) 10 verlangen Sie, 8 wollen Sie nur haben, mit 6 wären Sie zufrieden (Weiterleit) und dann kommt die Regierung: 2 kann sie nur geben, aber sie ist auch bereit, bis auf 4 heraufzugehen, und so handeln Sie mit 2, 4, 6, 8, 10, 6, 4, und darüber vergeht die Zeit und dafür wollen Sie dann noch Diäten! (Große Heiterkeit.) Das erinnert an gewisse Sündler in den Großbazzaren, die, wenn sie zur einen Seite hinausgegangen sind, zur andern wieder hineinkommen, und schließlich guden sie noch durchs Fenster und fragen: Ist das wirklich das letzte Wort? (Erneute große Heiterkeit.) — Je länger die Verhandlungen dauern, desto mehr kommen Regierung und Mehrheit der Kommission auseinander. Vielleicht hätten wir bei den landwirtschaftlichen Jällen kläger gehandelt, uns der Abstimmung zu enthalten, dann wären Regierung und Agrarier unter sich noch weiter aneinandergekommen. Die Vorgänge von 1875 und 1876 sollten uns doch zeigen, daß wir bei Annahme der Vorlage keine allgemeinen Diäten bekommen. Damals wurden zweimal Kommissions-Diäten gewährt, aber stets gleich darauf allgemeine Diäten abgelehnt. — Interessant ist der Umstand im Centrum. Vor Ostern schrieb die Korrespondenz für Centrumsblätter: „Die Regierung hat nur die Wahl, entweder Diäten glatt zu bewilligen oder den Zolltarif in sein Grab senken zu lassen.“ (Hört! hört! links.) Die Regierung aber ließ sich nicht schrecken und am 16. April sprang der Wind um: am 18. April schrieb dieselbe Korrespondenz: „Wie weit allgemeine Diäten verlangt werden sollen, muß man den parlamentarischen Taktikern überlassen.“ (Heiterkeit links.)

Das Centrum hat eine andre Stellung zur Diätenfrage wohl nur im Vertrauen darauf eingenommen, daß die allgemeinen Diäten bei der zweiten Lesung der Vorlage von selbst kommen werden. Aber in dieser Frage ist das Centrum nicht die regierende sondern die regierte Partei. Die Forderung der allgemeinen Diäten ergibt sich einfach aus der parlamentarischen Geschäftsblage. Es handelt sich hier nicht mehr um Kontroversen zwischen politischen Parteien, sondern um die Ermöglichung eines geordneten Geschäftsganges im Parlament. (Sehr gut, links.) In was für Zustände sind wir hineingeraten? Heute ist, glaube ich, der dritte Tag in diesem Sessionabschnitt, an dem wir beschlußfähig sind und ich weiß nicht einmal, ob wir heute beschlußfähig sind. (Heiterkeit.) Die Herren, die so sehr gegen Diäten sind, die Herren auf der Rechten, sie sitzen am schwächsten da, obwohl doch die Drangweinsteuervorlage am Horizont steht. (Heiterkeit.) Es sind, wenn ich recht zähle, nur 11 Mitglieder der konservativen Fraktion hier anwesend. (Abg. Camp zählt und ruft: Das Duzend ist voll. Heiterkeit.) Nun sagt man, man brauche nur die Beschlußfähigkeitsziffer herabzusetzen, um das Haus arbeitsfähig zu machen. Damit würde das, worüber wir streiten, nicht beseitigt werden. Die Abstimmungen im Plenum würden noch mehr dem Zufall der Präsenz ausgelegt als gegenwärtig. Weshalb nehmen denn jetzt die Kommissionsverhandlungen einen immer breiteren Raum ein? Weil in einer Kommission höchstens 23 Mitglieder zu sitzen brauchen und weil ihre Zusammenkunft sich nach der Sollstärke und nicht nach der Präsenz der Partei regelt. Man gewinnt in ihnen eine sichere Grundlage für die Beschlußfassung, während im Plenum wegen der mangelhaften Besetzung das Resultat ungewiß wird. Sagen wir die Präsenz ziffer herab, so werden die Kommissions-Verhandlungen noch ausgedehnter und die Plenarverhandlungen sind nur noch Dekoration. (Lebhafte Zustimmung links.) Das aber bedeutet die Herrschaft der Berufspolitiker, die Bildung einer parlamentarischen Bureaukratie, (Bravo! links) die die Kommissionen und den Reichstag beherrschen. Gerade bei den dritten Lesungen wird man die Beschlußfähigkeitsziffer nicht herabsetzen wollen, und gerade da liegt die Schwierigkeit. Die Hülle mehrten sich, wo wegen der unsicheren Beschlußfähigkeit die dritten Lesungen monatelang hinausgeschoben werden müssen. Je mehr aber die Kommissionsverhandlungen zunehmen, desto weniger nimmt das Volk Anteil an den Fragen der Gesetzgebung. Und doch ruht die ganze Bedeutung des Parlaments in dem Rückhalt an der öffentlichen Meinung! (Lebhafte Beifall links.) Das alles, meine Herren, ist ja nichts neues und auch nichts für die Herren von der Regierung. Sie wissen das genau so gut wie wir, und deshalb ist es wunderbar, weshalb sie sich der Forderung nach allgemeinen Diäten so entgegenstellen. In der „A. d. N. Volks-Zeitung“ habe ich gelesen, daß das Centrum, als es im Winter seinen Antrag auf allgemeine Diäten einbrachte, zu der Erwartung berechtigt war, daß dieser Antrag beim Reichskanzler eine günstige Aufnahme finden würde. Herr Lieber hat mir damals persönlich mitgeteilt, wie der Reichskanzler sich zu diesem Antrage stellen würde. Ich behaupte deshalb besonders, daß der Herr Reichskanzler nicht persönlich erschienen ist, sondern sich durch seinen Herrn Stellvertreter hier vertreten läßt. Ich möchte den Herrn Reichskanzler gern von Angeicht zu Angeicht bitten, doch den Mut seiner eignen Meinung zu haben! (Bewegung. Lebhafter

Beifall links.) Das Gesetz aber, das uns angethan erscheint, die Erfüllung der allgemeinen Diäten zu bereitlein, werden wir ablehnen. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Hertling (C.):

Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß sie der Vorlage zuzustimmen, gewillt sind. Dabei möchte ich von vornherein gegen die Behauptung des Herrn Singer Verwahrung einlegen, daß die Vorlage vom Centrum der Regierung inspiriert worden sei. Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Thatsachen und war auch nicht den Worten des Herrn Staatssekretärs zu entnehmen. Das Gesetz, so sagte er, ist hervorgerufen durch die Wünsche aus der Mitte der Zolltarif-Kommission. Von einem derartigen Beschluß der Kommission in verbindlicher Form weiß ich nichts. Ich kann nur an unverbindliche Vorschläge denken, woran sich Mitglieder der verschiedensten Parteien beteiligt haben. Ich habe gehört, daß auch ein Mitglied der Kommission, das Herrn Singer sehr nahe steht, sich persönlich für diese Diätenvorlage ausgesprochen hat. (Hört! hört! rechts; Bewegung bei den Socialdemokraten; Rufe: Wer denn?) Auf unsere Wähler wird es gar keinen Eindruck machen, wenn Herr Singer die Vorlage eine parlamentarische Liebesgabe für die politischen Freunde des Zolltarifs genannt hat. Unsere Wähler sind in ihrer übergroßen Majorität Anhänger der Zolltarifvorlage und begrüßen jede Maßregel, die der Verabschiedung dieser Vorlage die Wege ebnet, mit Freuden. Wenn Herr Richter sich, auf Stimmen in der Centrumspreffe berufen hat, so kann ich nur sagen, daß die Herren, die diese Korrespondenz geschrieben haben, nicht unterrichtet waren über die Stimmung im Centrum. Als Taktiker habe ich den obersten Grundsat, daß eine Stellungnahme nicht in die Welt hinausposaunt werden darf, bevor sie erfolgt ist. Vor Ostern ist diese Stellungnahme nicht erfolgt. Zuvor bestanden allerdings, und ich beuge keine Indiskretion, wenn ich das sage, sehr verschiedene Meinungen über diese Frage in den Reihen meiner Fraktion. Herr Singer und Herr Richter haben behauptet, daß zwischen der Situation 1874 und 1876 und der Situation jetzt ein großer Unterschied bestehe. Damals handelte es sich um die allgemeine Gerichtsverfassung und die Civilprozeß-Ordnung. Herr Richter wird sich erinnern, mit welcher Schärfe damals über einzelne Fragen gestritten wurde. Ganz ähnlich liegt es auch heute. Meine politischen Freunde sehen in der Vorlage ein zweckmäßiges Mittel, um die Verabschiedung des Zolltarifs zu erleichtern. Es ist doch nicht wünschenswert, daß die Vorlage lediglich von Mitgliedern aus dem Norden Deutschlands beraten werde, auch die wirtschaftlichen Interessen Süddeutschlands vertreten sein. Für die süddeutschen Abgeordneten aber erfordert es besondere Opfer, während der Sommermonate in Berlin zu verleben. (Lurche bei den Socialdemokraten.) Daher ist es auch besonders wünschenswert, daß ihnen eine Entschädigung gewährt werde.

Allerdings sind auch wir der Meinung, daß es sich hierbei um ein Ausnahmengesetz, um ein Kolgesetz handelt. Wir, die wir den Zolltarif im Sinne oder in Annäherung an die Vorlage der verabschiedeten Regierung erlebend zu sehen wünschen, betrachten die Vorlage als ein Mittel, um diese Verabschiedung herbeizuführen, und diejenigen Herren, die sich so energisch gegen die Vorlage wenden, sind dieselben, die eine Verabschiedung in diesem Sinne nicht wollen. Indem wir dieser Vorlage zustimmen, lösen wir die Frage der Bewilligung allgemeiner Diäten vollständig los von der Diätengewährung an Kommissionsmitglieder. Wir sind allerdings der Meinung, daß der Zwang der Verabschiedung schließlich dahin führen wird, dem Reichstage allgemeine Diäten zu gewähren, und wir wünschen, daß die Regierung endlich diesem seit langer Zeit immer wieder geäußerten Wunsche des Reichstags stattgeben möge. Aber ganz unabhängig von dieser Frage sind wir gewillt, dieser Vorlage zuzustimmen.

Was die Frage der Verweisung an eine Kommission betrifft, so schließe ich mich darin den Abgg. v. Levetzow und Bassermann an. Auch wir waren der Meinung, daß die Verweisung an eine Kommission nicht nötig sei, werden wir aber dem Wunsche, den Entwurf der Budgetkommission zu überweisen, nicht widersprechen.

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Ich habe für meine Freunde zu erklären, daß wir entschieden Gegner der Vorlage sind. Wir halten dieselbe politisch für unangemessen und für der Würde des Reichstags nicht entsprechend. (Sehr richtig, links.) Zunächst dem vom Grafen Poladovsky eintretenden Antrage des Abg. Dr. Lasker und der heutigen Vorlage besteht keine Analogie. Auch würde Lasker, wenn er eine Reihe von Jahren später vor die Diätenfrage gestellt worden wäre, wahrscheinlich anders geurteilt haben als 1874. Gewisse Meinungsverschiedenheiten bestanden natürlich auch bei den damaligen Justizgesetzen, aber ihr Zustandekommen wurde von dem ganzen Reichstage einstimmig gewünscht. Außerdem hat die damalige Kommission noch weit mehr Sitzungen abgehalten, als selbst bei den höchst gespannten Erwartungen von der Zolltarif-Kommission anzunehmen ist. Heute handelt es sich um ein Gesetz, das unsre ganze politische Situation beherrscht und unsre wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus ändern kann. Ein solcher Fall ist am allerwenigsten geeignet, um entgegen der Verfassung eine Ausnahmestimmung zu treffen. Die bisherigen Kommissionsitzungen (sagen ja auch nur dazu bestimmt, um die Probe darauf zu machen, wer es länger aushalten kann, die Freunde des Zolltarifs oder die verbündeten Regierungen. Wir unsrerseits werden übrigens gern bereit sein, auch ohne Diäten die genügende Zahl von Kommissionsmitgliedern zu stellen. Wir werden dem Fortgang der Kommissionsverhandlungen nicht die geringste Schwierigkeit bereiten — unsrerseits mögen sie bis zum Dezember dauern. (Heiterkeit.) Warum sollte es denn gerade den Herren von rechts unmöglich sein, die keine Zahl von Mitgliedern auch ohne Diäten aus ihrer Mitte zusammenzubringen? Die Kommissionsmitglieder haben ihre Aufgabe als ein nobles officium abzumachen; wir alle, die wir gebraucht werden, sind bereit, diese Pflicht auch ohne besondere Entschädigung zu erfüllen. Wir lehnen daher die Vorlage ab und halten auch eine Kommissionsberatung für überflüssig, es sei denn, daß die Kommission etwa die Forderung allgemeiner Diäten hineinschleudert. Das wird ja vielleicht ein Mittel sein, um das Gesetz zum Scheitern zu bringen. Aber wir haben ja die Erklärung gehört: „Für Zeit giebt es keine allgemeinen Diäten!“ Ich hoffe, daß die Erfüllung dieser Forderung in keiner Weise mit dem Zolltarif verbunden wird. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Tiedemann (Sp.):

Auch meine Freunde sind der Meinung, daß die Vorlage mit der Frage der allgemeinen Diäten nichts zu thun hat. Wer den Zolltarif fördern will, muß die Vorlage annehmen. Ich verstehe deshalb die Opposition der Socialdemokraten vollkommen. Wir wollen den Zolltarif zu Stande bringen und halten eine Verschleppung der Beratung bis zur nächsten Session für ein nationales Unglück. Herr Singer hat, in die komische Toga gekleidet, erklärt, seine Fraktionsgenossen würden die Gelder in die Verfassung zur Agitation zahlen. Das hat mir nicht sehr imponiert. Es handelt sich da nur um eine kalkulatorische Berechnung, um eine Kompensierung der Regierungsdiensten mit den socialdemokratischen Parteidäten. Wir sind für die Vorlage, haben gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden. (Bravo! rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.):

Wer logisch denkt, muß den Gesentwurf ablehnen und für allgemeine Diäten eintreten. Was der Staatssekretär zur Begründung der Vorlage sagte, paßt ebenso gut für allgemeine Diäten. Diese allgemeinen Diäten sind notwendig. Die Verfassung zeigt hier einen Grundfehler der Konstruktion, der endlich beseitigt werden muß. Gegen die Aenderung der Verfassungsbestimmungen, die nicht mehr zeitgemäß sind, habe ich gar nichts. Nur das fortwährende Mitleiden und Herren

an der Verfassung ist vom Uebel. Die Regierung käme viel leichter zu demselben Ziel, wenn sie allgemein Diäten gewähren wollte. Die Diätenlosigkeit schädigt nicht die Socialdemokratie sondern die Parteien, die den Mittelstand vertreten. Die Diätenlosigkeit stärkt geradezu die linke Seite des Hauses. Beim Dreiklassen-Wahlstystem sind die Diäten viel weniger notwendig, als beim allgemeinen Wahlrecht. Was Graf Poladovsky zur Begründung von Diäten für die Kommission sagte, trifft auf das Plenum vollkommen zu. Eine Form allgemeiner Diäten zu gewähren ohne die Würde des Reichstags zu verletzen, wird sich schon finden lassen. Man könnte ja, wenn die Regierung in Accord arbeiten lassen will, eine Pauschalsumme für jeden Abgeordneten festsetzen. Im ganzen kämen etwa 9 Millionen in Betracht, die sich durch Abzüge auf eine Million reduzieren würde. Eine Forderung der Arbeiten des Reichstags würde auf diesem Wege auf jeden Fall erreicht werden. Ein diätenloser Reichstag ist ein Privilegium für das mobile Kapital und die Umsturzpartei.

Abg. Dessor (Sp.): Meine Freunde werden für diese zeitweilige Aenderung der Verfassung stimmen. Die Vorlage stellt allerdings die Verhältnisse auf den Kopf. Für die Ueberstunden soll Entschädigung gewährt werden, für die ordinäre Arbeit nicht. Wir werden aber die Diätengewährung nur in der Weise genehmigen, daß Tagelöhner an die Kommissionsmitglieder gezahlt werden. Für eine Pauschalsumme sind wir nicht zu haben.

Abg. Nebel (Soe.):

Es ist bereits mehrfach die Frage der Verfassungsänderung angeregt worden. Der Staatssekretär meinte, es handle sich nur um eine zeitweise Aenderung der Verfassung, um eine Ausnahmemaßregel, geboten durch Ausnahmeverhältnisse. § 32 der Reichsverfassung lautet aber: „Die Mitglieder dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.“ Da ist von einer zeitweiligen Entschädigung oder Besoldung keine Rede. Wenn die Regierung die Verfassung respektieren wollte, hätte sie also die Vorlage gar nicht einbringen dürfen. (Sehr richtig! links.) Wenn 1874 und 1876 die Frage der Verfassungsänderung nicht berührt worden ist, so wohl deshalb, weil damals an dem Vorgehen der Regierung niemand Anstoß nahm. Das kann uns aber nicht hindern, die Frage heute ernsthaft zu prüfen. Nach unsrer Ansicht wäre die Einbringung einer solchen Vorlage nur möglich, wenn in § 32 z. B. hinzugefügt würde: „Zeitweise kann den Mitgliedern des Reichstags eine besondere Entschädigung gewährt werden, falls dies der Bundesrat und Reichstag beschließen.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Im andern Falle bedeutet die Vorlage einen Verfassungsbruch. Die Frage ist von weittragender Bedeutung. Wenn Sie diesmal nachgeben, so ist das Prinzip durchbrochen. Principi obsta! Mit der Motivierung, es handle sich nur um eine zeitweise Aufhebung der Verfassung, kann die Regierung einen Staatsstreik machen, sie kann das allgemeine Wahlrecht beseitigen, kurz, die allerwichtigsten Bestimmungen der Verfassung „zeitweise“ aufheben. Wie lange das „zeitweise“ dauert, wird ja nicht gesagt. Es ist also dringend geboten, daß diese äußerst wichtige Frage der Verfassungsänderung in der Kommission gründlich erörtert wird. — Der Herr Staatssekretär sprach von der ausnahmsweise langen Dauer der Kommissionsverhandlungen. Wir haben aber auch Sessionen gehabt, die bis in den Juni, selbst bis in den Juli hinein gedauert haben; hier blieb auch den Abgeordneten, die sich doch auch einige Wochen erholen müssen, recht wenig Zeit zur Vorbereitung ihrer bürgerlichen Geschäfte übrig. Der Staatssekretär meinte, für die Mitglieder des Bundesrats gelte der kategorische Imperativ der Pflicht. Diese Herren befinden sich aber saut und sonder in fest besoldeten Stellen und bekommen, soweit sie als Bundesratsmitglieder im Reichstag anwesend sind, 30 Mark pro Tag. Für die ist also die Diätenfrage gelöst. (Sehr richtig! links.) Herr v. Hertling äußerte, es sei nicht wahr, daß die Vorlage der Regierung vom Centrum suggeriert worden sei. Es kommt darauf an, was man unter suggerieren versteht.

Zweifellos ist die Vorlage in der Tarifikommission von einem Führer des Centrums, dem Herrn Abg. Spahn, angeregt worden. Herr Spahn hat die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Die Regierung wußte also, daß das Centrum diesen Wunsch teilte und es mußte ihr im Interesse des Zustandekommens der Zolltarif-Vorlage daran liegen, diesem Wunsche der ausdialag gebenden Partei entgegenzukommen. Thatsächlich ist also der moralische Urheber dieser Vorlage das Centrum. (Sehr richtig! links.) Herr v. Hertling hat weiter gesagt, es hätte auch ein Mitglied der socialdemokratischen Partei sich zustimmend zu der Vorlage ausgesprochen. Offiziell ist dies unter keinen Umständen geschehen. — Herr von Hertling bestatigt mir das — seit wann ist es denn aber Sitte, vielleicht mißverständliche Äußerungen einzelner Mitglieder hier öffentlich zum Gegenstand von Erörterungen zu machen? Dagegen müssen wir uns entschieden verwahren. — Was dem Vorgehen des Centrums einen besonders unangenehmen Beigeschmack giebt, ist die Thatsache, daß diese Partei die Haltung der Regierung zu seinem mit großer Majorität angenommenen Antrage auf allgemeine Diäten gar nicht abgewartet hat, sondern unterdessen den moralischen Anstoß zu einer ganz andern Vorlage gegeben hat. Das ist parlamentarisch im höchsten Grade ungeschickt operiert, wenn nicht geradezu tollkühn. Mit 180 gegen 40 Mitglieder wurde am 8. Mai 1901 der Antrag des Centrums angenommen. Das heißt wohl fünf Sechstel des damals stark besetzten Hauses, hatten sich für ihn erklärt. Nun hatte das Centrum es in der Hand, mit Unterstützung der Linken die Regierung zu zwingen, bei dieser Gelegenheit allgemeine Diäten zu bewilligen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Mit seinem jetzigen Vorgehen aber hat das Centrum die Bedeutung seines früheren Antrages untergraben. Hätte das Centrum gesagt, unser Antrag ist bereits 15 mal vom Hause angenommen, wir sind überzeugt, daß wir die Zolltarifvorlage im Plenum ohne Diäten nicht durch bekommen, dann hätte sich die Regierung die Sache doch etwas anders überlegt. Jetzt sind wir abermals sozusagen die Vamierkeren und das ist in erster Linie die Schuld des Centrums. Die Haltung der Regierung gegenüber dem Verlangen des Reichstags nach Diäten ist doch unbestreitbar eine sehr anmaßende für den Reichstag. Steuen Sie in der ganzen Welt ein Land, wo ein Parlament mit großer Majorität einen Gesentwurf seine Zustimmung gegeben hat und die betreffende Regierung es 14 mal gewagt hat, den Beschluß in den Papierkorb zu werfen zu lassen. Es giebt keinen parlamentarisch regierten Staat, in dem dies möglich wäre. Wenn das englische Parlament noch keine Diäten hat, so deshalb, weil es noch keine gefordert hat. — Was Herr Lieber Herr Richter über die Stellung des Reichskanzlers zur Diätenfrage gesagt hat, hat er sicher auch seinen Freunden gesagt. Das Centrum kannte also die Stellung des Reichskanzlers und war es um so mehr verpflichtet, jetzt den Trumpf auszuspielen. Nachdem wir all diese für die Stellung des Reichstags im höchsten Grade unwürdigen Erfahrungen gemacht haben, dürfen wir uns einen solchen Zustand nicht mehr gefallen lassen. Warten Sie nur auf die Beratung des Zolltarifs im Plenum! (Heiterkeit.) Da bekommen Sie unzählige unamentliche Abstimmungen, und wenn Sie nicht da sind, kommt nichts zu Stande. (Sehr gut! links.) Angesichts dieser Vorlage werde ich es mir überlegen, ob ich meinen Fraktionskollegen nicht den Vorschlag mache, vom nächsten Herbst ab in jeder Sitzung die Anzahlung des Hauses zu beantragen. (Große Lurche rechts und im Centrum. Heiterkeit links.) Sie bekommen dann keinen Staat mehr zu Stande. Die Regierung soll sich das gesagt sein lassen. Wenn sie mit ihren Nachmitteln ohne Diäten hinhaltet glaubt, so soll sie merken, daß auch wir Nachmitteln haben, zu deren Anwendung wir fest entschlossen sind. (Lebhaftes Bravo! links.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Bleibt es der Kommission eine ausführlichere Erörterung möglich. Ich will noch einmal auf den Vorgang von 1874 hin-

weisen und solche Vorgänge spielen doch eine bedeutende Rolle. Bei dem Antrag des Abgeordneten Loser wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß er eine Änderung des Artikels 82 nicht enthalte. Es wurde angenommen, daß neben dem allgemeinen Verbot der Diätenannahme ein Specialgesetz für besondere Fälle die Annahme von Diäten erlauben dürfe. Der Abgeordnete Webel hat gesagt, die Mitglieder des Bundesrats bezögen Diäten. Im Etat findet diese Behauptung keine Unterstützung. (Lachen links.) Ich möchte nur dem Jertum bezogen, als ob die in Berlin anwesenden Mitglieder des Bundesrats Diäten bezögen. (Erntes Lachen links.) Ob die zeitweilig von ihren Regierungen nach Berlin entsandten Vertreter Diäten bezögen, weiß ich nicht. (Lachen links.) Es mag sein, dann bezögen sie aber nur Gelder, wie jeder andre Beamte auch, der sich zu einer Dienstleistung nach einem Orte begeben muß, an dem er nicht seinen ständigen Wohnsitz hat.

Abg. Werner (Ant.) tritt für allgemeine Diäten ein. Die Arbeit im Reichstage wird immer umfangreicher, und jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Das Centrum hätte jetzt Gelegenheit, die allgemeinen Diäten durchzuführen. Man kann nur bedauern, daß es diese Gelegenheit verpaßt hat.

Abg. Dr. Vachem (C.):

Wie hätte es denn das Centrum machen sollen, um jetzt die allgemeinen Diäten durchzuführen? Wir haben alles, was an uns lag, redlich getan, um die Regierung von der politischen Notwendigkeit der Gewährung allgemeiner Diäten zu überzeugen. Aber mehr hat sich nicht thun. Der Bundesrat ist eben ein gleichberechtigter Faktor neben dem Reichstage. Andre Beschlüsse des Reichstages liegen uns noch mehr am Herzen, als die allgemeinen Diäten und der hohe Bundesrat hat sich noch immer nicht mit ihnen befaßt, obwohl wir für diese Beschlüsse mehr gekämpft haben, als für den Diätenbeschluss. Meine Fraktion bildet ja auch nur einen Teil der Mehrheit. Hat denn das Centrum allein die Verantwortung und die Pflicht, für die Durchführung des Diätenbeschlusses zu sorgen? Andre Parteien haben dieselbe Pflicht, und wenn sie diese Pflicht nach der Seite des Ja- und Neinens besser im Auge behalten hätten, dann wäre es ihnen wohl gelungen, den Bundesrat von der Notwendigkeit der allgemeinen Diäten zu überzeugen. Wenn wir uns zu dem Entwurf freundlich stellen, so nicht deshalb, weil wir, oder obgleich wir damit unsere Stellung zu den allgemeinen Diäten präzisieren, sondern weil sich dieser Entwurf auf derselben Linie bewegt, wie unser Diätenantrag. Wenn die Majorität dahin führt, den Mitgliedern der Kommission Diäten zu gewähren, so liegt es auf der Hand, daß die Billigkeit dazu führen muß, den Mitgliedern des ganzen Reichstages Diäten zu gewähren. Wir acceptieren in der Vorlage einen Teil desjenigen, was wir früher verlangt haben. Die Herren — nach links — aber lehnen den acceptierten Teil ab aus Gründen, die neben und außerhalb der Vorlage liegen. Sie lehnen ihn ab, weil sie nichts thun wollen, was dem Zustandekommen des Zolltarifs Vorwand leisten kann. (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen den Zolltarif nicht, und deshalb wollen sie diese Vorlage nicht. Wir aber wollen den Zolltarif und haben keine Veranlassung diese Vorlage abzulehnen, weil sie uns einen Teil dessen bringt, was wir verlangt haben.

Meine Freunde sind nicht gewillt, deshalb von der großen Forderung der allgemeinen Diäten auch nur im geringsten zurückzutreten. Herr Webel hat gemeint, wir hätten es in der Hand, den Bundesrat durch Gewalt zu zwingen, allgemeine Diäten zu geben. Das sind Gedanken, die sich im Gesichtskreis einer revolutionären oder republikanischen Auffassung einfinden können, aber nicht im Gesichtskreis einer monarchischen Partei, die auf dem Boden des historischen Rechts steht. Wie sollten wir denn den Bundesrat zwingen? Etwa wie die Socialdemokraten in Belgien. (Abg. Webel: Nein, so nicht!) Diese Manier mag Ihnen nachträglich nicht gefallen, weil sie nicht Erfolg gehabt hat. (Wovoll im Centrum.) Hätte sie Erfolg gehabt, dann würden Sie sofort Ihre Plätze gegeben haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Auf diesem Boden treten wir nicht. Wir verlangen das Recht, das uns gewährt, concedieren aber das Recht auch dem Bundesrat und allen deutschen Fürsten, den Kaiser an der Spitze, die durch den Lauf der Entwicklung die Herrschaft in Händen haben. (Ruf bei den Socialdemokraten: Und Hannover?) Wallendrodt hat unsere Stellung damals präcisirt. Aber die Dinge von 1866 liegen nun 34 Jahre hinter uns und es wäre doch verfehlt, aus den Ereignissen von 1866 die Grundlage unseres heutigen Verhaltens abzuleiten. (Auf bei den Socialdemokraten: Raß 34 Jahre geht es auch hier anders!) Was der Herr damit meint, liegt ja auf der Hand. Wir aber haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß es in 34 Jahren in Deutschland nicht anders geht als jetzt. (Wovoll im Centrum, Lachen bei den Socialdemokraten.) Darauf können sich die Herren Socialdemokraten verlassen, die die Gewaltmaßnahmen der Belgier durch Ueberwindung einer Summe Geldes unterstützt haben. (Ruf bei den Socialdemokraten.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen, daß die Herren auf einem andern Standpunkt stehen, als wir, wissen wir ja. Sie haben sich ja auch gar nicht gekümmert, das revolutionäre Prinzip der Gewalt bei andern Gelegenheiten hier zu verteidigen. Wir haben auf dem Boden des Rechts. Wir bekommen kein ungerechtes Mittel, vor allem nicht das Mittel illegitimer Gewalt. — Herr Webel hat sich offenbar sehr eingehend mit dem Staatsrecht beschäftigt. Daß die Vorlage eine Verfassungsänderung darstellt, darin gebe ich ihm recht. Auch in meinen Augen macht es keinen Unterschied, ob eine Veränderung pro tempore oder dauernd erfolgt. Herr Webel hat aber weiter geschlossen, daß der Reichstag sich mit der Vorlage gar nicht beschäftigen könne, bevor die Verfassung nicht geändert sei. Er hat von Verfassungsbruch gesprochen und meinte, daß auf diesem Wege sich auch der Staatskreis und die Befestigung des allgemeinen Wahlrechts erzielen lasse. Solche Ausführungen hätte Abg. Webel nicht vor einem staatsrechtlich geschulten Auditorium machen sollen. Die Verfassung bestimmt im Art. 88: Änderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Punkt! (Rechts.) Ist es etwa nicht der Weg der Gesetzgebung, auf dem uns jetzt die veränderten Regierungen diese Vorlage eingebracht haben? Das ist der legitime Weg der Gesetzgebung. Die Verfassungsänderung erfolgt also in legitimer Weise. Die Verfassung bestimmt weiter, daß eine Verfassungsänderung nicht erfolgen kann, wenn im Bundesrat 14 Stimmen sich gegen die betreffende Vorlage erklären. Hätte also diese Vorlage im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich gehabt, so hätte sie nicht eingebracht werden können. Ihre Einbringung bildet für ihr legales Zustandekommen im Bundesrat. Der Reichstag hat aber keine selbständige Kognition darüber, ob diese 14 Stimmen abgegeben worden sind oder nicht; diese Kognition gebührt einzig und allein dem Bundesrat. (Sehr richtig! im Centrum.)

Noch einige mehr persönliche Ausführungen. Herr Webel hat gemeint, der eigentliche moralische Urheber dieser Vorlage sei das Centrum, und es ist dabei speziell auf den Abg. Dr. Spahn hingewiesen worden. Wenn Abg. Spahn diese Anregung wirklich gegeben hätte, so hätte er dabei nur etwas getan, wofür er der Zustimmung seiner sämtlichen politischen Freunde hätte sicher sein können. Leider kam aber Dr. Spahn, wie er mir mitteilt, diese Ehre nicht für sich in Anspruch nehmen. Im Gegenteil, erst nachdem nicht nur von einem Mitglied der Rechten, sondern auch von einem Mitglied der Linken der Entschuldigungsgebäude vorgebracht worden war, hat er seine Zustimmung erklärt.

Herr Webel hat sich über die Mitteilung des Herrn v. Hertling beschwert, wonach sogar ein Mitglied der socialdemokratischen Partei sich zu dem Entschuldigungsgebäude freundlich gestellt habe. Wenn aber diese Stellungnahme, wie Herr Webel annimmt, in einem Privatgespräch erfolgt wäre, so würde Herr v. Hertling diese Mitteilung nicht gemacht haben. Abg. Webel hätte seine Klage über die Verwertung von Privatgesprächen lieber an die Adresse des Abg. Richter wenden sollen, der heute Mitteilungen gemacht hat aus einem Gespräch, das er

unter strengster Discretion mit dem verstorbenen Abg. Dr. Lieber gehabt hat. (Lachen links.) Wenn jemand sich gegen die Sitte dieses hohen Hauses vergangen hat, so ist es Abg. Richter gewesen; ich bedaure diese Verwertung eines Privatgesprächs aufs tiefste. (Große Unruhe.)

Die Aeußerung aber, auf die Abg. Freisler v. Hertling Bezug genommen hat, ist nicht in einem Privatgespräch gefallen, sondern diese Aeußerung eines Mitgliedes der socialdemokratischen Fraktion, das sehr häufig in diesem Hause als Führer und Sprecher der socialdemokratischen Partei austritt, ist gemacht worden vor versammelter Kommission in der allgemeinen Besprechung dieses Punktes vor der Kommission. (Große Unruhe links. Ruf bei den Socialdemokraten: Namen nennen!) Wenn es in diesem Hause üblich wäre, Namen aus der Kommission zu nennen, so würde ich keinen Anstand nehmen, diesen Namen mitzutheilen, und ich bin jeden Augenblick bereit, ihn den Abg. Webel und Singer und jedem anderen Mitgliede der socialdemokratischen Fraktion zu nennen. Herr Webel erklärte: Wenn diese Aeußerung gefallen ist, so ist sie nicht offiziell erfolgt. Ob es offiziell ist, wenn ein Mitglied der socialdemokratischen Partei austritt und namens seiner Freunde erklärt: Wir stimmen diesem Entschuldigungsgebäude zu, das kann ich nicht beurteilen, das ist ein Internum der socialdemokratischen Fraktion. Jedemfalls aber hat das Haus Grund, eine solche Aeußerung eines hervorragenden Mitgliedes der socialdemokratischen Partei wenn ihr nicht widerprochen wird, für offiziell zu halten. (Ruf bei den Socialdemokraten: Das ist nicht wahr!) Mir ist die Sache von mehreren Seiten mitgeteilt worden und Kollege Dr. Spahn, der sie mir damals auch mitgeteilt hat, autorisirt mich in diesem Augenblick wiederum, ihn als Zeugen dafür zu nennen, daß der Vorgang in der beschriebenen Weise erfolgt ist. Daher ist die Sache für alle diejenigen Leute, die den Abg. Spahn nicht für einen Schwärzer, sondern für einen ernsthaften Politiker halten, erledigt. — Ich möchte zum Schluß den Spieß, den die Herren von der Linken glauben gegen meine Parteifreunde richten zu können, einmal herumbrechen. Die Forderung allgemeiner Diäten wird keineswegs kompromittirt, wenn das Centrum jetzt dieser Vorlage zustimmt, sondern umgekehrt erschweren es die Herren von der Linken jetzt, wo der Bundesrat der Entschuldigungsforderung zu einem Teile entgegen kommt, durch ihre Ablehnung der Vorlage dem Bundesrat ungenehmer. Später eine allgemeine Diätenvorlage einzubringen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir wollen es dem Bundesrat erleichtern, später eine allgemeine Vorlage zu machen, deshalb stimmen wir dieser Vorlage zu. Ich kann es ja sehr gut verstehen, daß Sie so gern die Diäten, irgend eine Entschädigung annehmen möchten, doch den Kampf gegen den Zolltarif noch höher stellen. Ihre Stellung zu den Socialdemokraten ist von ihrem Standpunkt aus ganz begründlich, aber konsequent und im Interesse des Volkes und des Reichstages ist sie nicht! (Vehementer Beifall im Centrum.)

Abg. Weiler-Johst (fr. Sp.) spricht sich unter großer Unruhe des Hauses kurz gegen die Vorlage aus.

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Herr Dr. Vachem hat behauptet, die Gegner dieser Vorlage bekämpften sie nur wegen ihrer Opposition gegen den Zolltarif. Meine ganzen Ausführungen sind ausdrücklich dahin gegangen, daß wir die Vorlage bekämpfen, weil wir darin eine Erleichterung der Bewilligung allgemeiner Diäten erblicken. (Sehr richtig! links.) Weiler hat mir Abg. Dr. Vachem eine Indiscretion vorgeworfen. Er hat überlesen, daß ich, bevor ich auf die Vernehmung des Dr. Lieber zu sprechen kam, darauf hinwies, daß die „Kölnische Volkszeitung“, das Organ des Abg. Vachem, selber vor einigen Tagen erklärt hat, das Centrum habe vor der Einbringung der Diätenvorlage genaue Kenntnis gehabt von der für die Diätenforderung günstigen Stimmung des Reichstages. Das sei auch allen Parteiführern bekannt gewesen. Ich konnte in der Mitteilung der Aeußerung Dr. Liebers um so weniger eine Indiscretion erblicken, als ich dasselbe schon vorher auf direkteste in Weg e erfahren hatte. (Dort! hört! links.)

Abg. Dr. Vachem (C., persönlich): Wie denkt es sich Herr Richter, wenn er die „Köln. Volksztg.“ als mein Organ bezeichnet? Die vom Abg. Richter erwähnte Bemerkung in der „Köln. Volksztg.“ habe ich zufällig nicht gelesen. Aber zwischen dieser ganz distinkten Bemerkung und der Aeußerung des Abg. Richter, der Dr. Lieber direkt nannte, ist doch ein großer Unterschied.

Abg. Richter (persönlich): Herr Vachem giebt zu, daß er den Artikel nicht gelesen hat. Wenn er ihn gelesen hätte, würde er darin die Rechtfertigung für meine Bemerkung finden. Im Übrigen hat mir Dr. Lieber nichts gesagt, was ich nicht schon selbst gewußt hätte.

Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des § 7 der Strafprozessordnung (fliegendes Gerichtsstand der Presse).

Nach der Vorlage soll der § 7 wie folgt gefaßt werden: Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist.

Wird der Thatbestand der strafbaren Handlungen durch den Inhalt einer im Inlande erschienenen periodischen Druckschrift begründet, so ist als das nach Absatz 1 zuständige Gericht nur dasjenige Gericht anzusehen, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Jedoch ist in den Fällen der Beleidigung, sofern die Verfolgung im Wege der Privatklage stattfindet, auch das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift verbreitet worden ist, zuständig, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Die Abg. Albrecht u. Wen. (Soe.) beantragen, statt § 7 Abs. 2 folgenden § 7a in das Gesetz einzuschließen: Begründet der Inhalt einer im Inlande erschienenen Druckschrift allein oder in Verbindung mit ihrer Verbreitung, Verbreitung oder Mitteilung an andere den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist für die Anklage gegen alle hierbei beteiligten Personen, sowie für die in §§ 41 und 42 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich zugelassenen Maßnahmen hinsichtlich des Gerichts zuständig, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist.

Als Ort des Erscheinens gilt der Ort, an dem die Druckschrift amgegebene Verlags- oder in Commission eines solchen der der angegebenen Druckerei, sofern sie im Inlande belegen sind. Fehlen solche Angaben, so gilt als Ort des Erscheinens der Ort, an dem die Druckschrift im Inlande ausgegeben ist.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden auf Personen, die bereits an das Publikum verbreitete Exemplare einer Druckschrift weiter verbreiten.

Anßerdem liegt ein Antrag der Abg. Beck-Roburg und Gewiss (fr. Sp.) vor, der wie der socialdemokratische Antrag den ausstehenden Gerichtsstand fordert auch für die wöchentlichen Presse, die besonderen Definitionen über den Ort des Erscheinens, den der socialdemokratische Antrag vorschlägt, aber nicht enthält.

Abg. Dr. Rintelen (C.) laut der Tribüne fast unverständlich kritisiert die Rechtsetzung des Reichsgerichts in der fraglichen Materie. Die seiner Ansicht nach unrichtige Rechtsprechung könne nur durch einen Akt der Gesetzgebung beseitigt werden. Prebelle'sche dürfen nur am Erscheinungsorte der Druckschrift verfolgt werden. Die Ausnahme für Privatklagen halte er für berechtigt. Wo der Verletzte bekannt sei, da sei auch die Beleidigung wirklich erfolgt. Deshalb sei das Forum der begangenen That der Wohnort des Verletzten. Man solle vorläufig mit dem zufrieden sein, was die Regierung biete.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 1 Uhr vertagt; außerdem Rechnungsachen; Nachtragsetz für 1902; Gesamtbeschlüsse über die Seemanns-Ordnung und die Nebengesetze; Wahlprüfungen.

Schluß 8 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlins, wahren Euer Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einständiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einständiger Mittagspause sowie je 1/2ständiger Früh- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unzufriedenheit der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Tätigkeitslosigkeit, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgedehnt werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausweisung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeschickt und sind zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnzahlung in Form von Strafgebern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßnahmen. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Kabinen- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Euerem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeföhrt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beilegung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeföhrender werden streng geheim gehalten!

Adressen: Herr v. Baader, Großgörschenstr. 38, zweiter Hof II. Frau Wausche, Poststr. 47, Hof II. Frau Dr. Weh, Voßstr. 67. Frau Luy, Waterloo-Str. 9, im Laden. Frau Reich, Unterstr. 3, unter Aufg. IV. Frau Lieh, Blumenstr. 63, rechts. Frau Sprung, Markstr. 18, Aufg. 8, III. Frau Heidemann, Alte Jakobstr. 118, IV.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr.

Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 18, im Laden. Vorm. 9—1 und nachm. 8—8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektion Fräulein Reichert, Georgenkirchplatz 22, ist jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Vertrauliches Frauen-Vereinsrecht.

Wir sprachen in der letzten Nummer die Vermutung aus, daß wohl Herr v. Hammerstein die Polizeiverwaltungen vertraulich habe, auch in socialdemokratischen Vereinen die Frauen als Inhaberin zugelassen. Diese Vermutung wird jetzt durch das „Hamburger Echo“ bestätigt. Das Blatt teilt mit, ihm sei vor einiger Zeit aus einem preussischen Nachbarorte Hamburgs die Mitteilung zugegangen, es sei ein vertrauliches Ministerialerlaß ergangen, wonach in Zukunft Frauen als Inhaberin in Vereinsverordnungen zugelassen seien, wenn ihnen ein abgegrenzter Raum zur Verfügung gestellt werde. Das „Echo“ hat nur der Mitteilung nicht recht getraut und erst eine Befestigung abwarten wollen, die es jetzt in der bekannten Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten steht. Die ganz gleichbedeutende Entscheidung der Polizeiverwaltung in Weihenfeld zeigt es zweifellos ergeben, daß die dem „Hamburger Echo“ gewordene Mitteilung den Thatsachen entspricht.

Der Erlaß würde ja auch nur dafür zugehen, daß es Herrn v. Hammerstein doch unangenehm gewesen ist, fortwährend an den Widerpruch zwischen seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus zu der Interpellation über die Bundesverammlung im Circus Busch und der Polizeipräsidenten gegenüber socialdemokratischen Vereinen erinnert zu werden. Wertwändig ist allerdings der vertrauliche Charakter des Erlasses. Es wäre sehr interessant, seinen Inhalt kennen zu lernen. Enthielte er eine bloße Anweisung an die Polizeibehörden, wie in Zukunft bei der Handhabung der Vereinspolizei zu verfahren sei, dann brauchte er doch nicht vertraulich zu sein, dann konnte er ruhig in dem öffentlichen Publikationsblatte des Ministers veröffentlicht werden. Was mag also der vertrauliche Erlaß zur Fortbildung des Vereinsrechts der Frauen enthalten? Vielleicht ein Anhaltspunkt auf die ekelhaften Vandalen, die durch ihre Rücksichtslosigkeit Herrn v. Hammerstein in die schändliche Situation gebracht haben?

Die Arbeiterin in der Fabrik.

Aus dem soeben erschienenen Bericht der westfälischen Gewerbe-Inspektion für 1901 giebt die „Schwäbische Tagwacht“ einen Auszug aus dem Sonderbericht der Inspektion, in dem es heißt:

Die Zahl der von der Inspektion vorgenommenen Revisionen betrug 450, und zwar im ersten Bezirk 181, im zweiten Bezirk 156 und im dritten Bezirk 113. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß die Arbeiterin in der Fabrik die Hauptrolle der Beamten spielt und der Verlebe mit denselben, bis auf zwei Ausnahmen, zu Revisionen keinen Anlaß gegeben habe. Der Verlebe mit den Arbeiterinnen in den Betrieben selbst war ein lebhafterer als im ersten Jahre der Tätigkeit der Beamten. Die sämtlichen der Inspektion mündlich mitgeteilten Beschwerden von Arbeiterinnen erwiesen sich als begründet und konnten teils durch sofortige Unterredung mit dem betreffenden Arbeitgeber, teils durch schriftliche Aufklärung erledigt werden. Auf schriftlichem Wege kamen der Inspektion nur drei Beschwerden zu, von welchen sich zwei als unbegründet erwiesen. Der Verlebe mit dem Vertrauenspersonen hatte, wie im vorangegangenen Jahre, ein wenig befriedigendes Ergebnis, was die Inspektion daraus zurückschließt, daß die Arbeiterinnen zu den Vertrauenspersonen kein Vertrauen haben, oder daß sie nicht wissen, was deren Funktion ist. Die von der Aufsichtsbearbeitung eingerichteten Sprechstunden wurden nicht ein einzigesmal besucht. In dem Bericht der Inspektion wird u. a. noch hervorgehoben, daß man großen Schwierigkeiten auf Seiten der Arbeitgeber begegne bei der Arbeit in den Arbeitsräumen einen ausreichenden Luftwechsel herzustellen; namentlich seien es die Cigarrenarbeiterinnen, welche hier den meisten Widerstand entgegensetzten. Mit dem Verlangen nach Wäsche, Kleider und Aufenthaltsräumen begegne man noch häufig einem gut Teil Widerstand bei den Arbeitgebern; allerdings trage die Nichtbenutzung der vorhandenen Caroberräume durch die Arbeiterinnen auch sehr viel dazu bei, daß die Arbeitgeber nur ungern an die Herstellung solcher Räume gehen. Verbaste Klagen führt die Aufsichtsbearbeitung über die Unreinlichkeit der Arbeiterinnen in der Benutzung der Aufenthalts- und Caroberräume und der Aborte. Es macht sich eben bei den jungen Arbeiterinnen immer wieder der Mangel an Erziehung bemerklich, denn nur zu

oft löst sich das Mädchen schon früh von der Familie ab, es bezahlt den Eltern Kostgeld oder geht zu Fremden; es gewöhnt sich an Ungebundenheit und entfremdet sich dem Familienleben. Das wird sich aber nicht ändern, bis die Frauen und Mütter nicht mehr nötig haben, dem Erwerb in der Fabrik nachzugehen, oder aber durch Gesetz von der Fabrikarbeit, wenigstens insoweit, und infolgedessen, als die Kinder die Mutter nötig haben, ausgeschlossen werden. Daß sich viele Eltern von ihren Kindern — volljährig selbstverständlich ausgeschlossen — lediglich das Kostgeld bezahlen lassen, sobald sie genug verdienen, zieht Folgen nach sich, welche sich schwer sowohl an den Eltern als an den Kindern rächen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist soeben das 20. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein dunkler Freitag — Internationalität und Ethik. Von Max Zetterbaum. — Das beiläufige Experiment. Von Rosa Durenborg. — Krisentheorien. Von Karl Kantstäd. 4. Tagat Parantomsky's Krisentheorie. — Der Wahrscheinlichkeitskoeffizient in Schweden. Von Emil Brante. — Literarische Rundschau: Emanuel Kant, Kritik der Urteilskraft. Karl Vorländer, Die neuromanische Bewegung im Sozialismus. Dr. phil. Julian Reichsberg, Die Arbeiterwohnungsfrage und die Vorkämpfer zu ihrer Lösung. — Heftigkeiten: Briefe von Karl Marx an Dr. A. Engelmann. (Fortsetzung.) — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Colporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 3389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern sehen jederzeit zur Verfügung.

Blätter für Volksgesundheitspflege, gemeinverständliche Zeitschrift. Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin. Jahrg. II, Heft 7 u. 8. Preis pro Jahrgang 24 Hefte, 4,80 M. Aus dem reichen Inhalt der beiden Hefte seien die Ausführungen des Berliner Professors Vossler, des bekannten Vorkämpfers für Volksbäder, über „Mündliche Gesundheitspflege“ sowie die

vorzügliche Belehrung des Münchener Augenarztes Dr. Schneider über die Berücksichtigung des Auges bei der Berufswahl hervorgehoben. Die „hygienischen Wohnungswünsche“ sollen bei unsren Bauwebern nicht undenkbar bleiben, wir werden beifolgt, wie der Schlaf verbessert werden kann, daß der graumehle Auswurf des Morgens nicht Krankheitskeim ist, welche künstlichen Einweichpräparate und von welcher Bedeutung wir haben. Die Gründerin der Kochschule, Frau Kommerzienrat Deul-Berlin, giebt in stehenden Rubriken Ratsschläge über die häusliche Gesundheitspflege. Besprechungen aus der einschlägigen Literatur, sowie verschiedene Nachrichten schließen die Hefte.

Amalgamated Society of Engineers. 51. Jahresbericht 1900/1901. Allgemeine Crisistenkassen gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin. Geschäftsbericht für das Jahr 1901.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsnummer beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

C. D. Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium oder an die Direktion der Feuerwehrt in der Lindenstraße.
C. S. Zur Aufnahme in den Wahlverein wollen Sie sich bei Franz Thiele, Wallstraße 56, Neuhardenberg, melden.
P. W. Der Stadtrat No. 1861 in Berlin einverleibt worden.
Heinrich Neupert, Ia. — M. A. Charlottenburg. Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf Rückzahlung des Geldes gegen Rücknahme des Spindes klagen, falls das Spinde unbrauchbar geworden ist. Sonst können Sie nur dem Mann eine Forderung stellen, innerhalb welcher das Spinde brauchbar hergestellt ist, und für den Fall der Nichterhaltung der Forderung auf Rückzahlung gegen Rücknahme des Spindes klagen oder auf Kosten des

Verkäufers die Brauchbarkeit herstellen. — **Vorwärts 100.** Wenn kein Testament vorhanden ist und Ihre Großeltern bereits verstorben sind, so erben Sie, Ihre Geschwister und die Kinder der verstorbenen Geschwister. — **R. 42.** Wenn der Betreffende erklärt hatte, er würde nicht weiter, und die Mitspieler einverstanden waren, so ergibt sich daraus, daß die Forderung der folgenden Klagen nicht verlagert ist. — **Lex Seite.** Nein, es sei denn, der Restaurateur weise nach, er habe einen das Geld nicht zu dem von Ihnen angegebenen Zweck, sondern nur als Darlehen gegeben. — **C. H. 98.** Ja, aber der Scheidungsfall muß ein Scheidungsfall (beim Amtsgericht) vorausgehen. — **Kolonie 100.** Die Umschreibung Ihres, nicht von Ihrer Ehefrau geborenen Kindes auf Ihren Namen läßt sich nur durch Genehmigung des Polizeipräsidiums erreichen. Die Genehmigung kostet fünfzig Mark. Ein Recht auf Genehmigung steht Ihnen nicht zu. — **W. 2000.** 1. Die Erben sind im Recht. 2. Statt der verstorbenen Tochter treten deren Kinder, nicht der Gemann, als Erben ein. 3. Ein Wunsch auf Erhaltung steht Ihnen nicht zu. — **G. B. 25.** Da Sie unverschieden haben, sind Sie an den Vertrag gebunden, es sei denn, daß Sie minderjährig (noch nicht 21 Jahre alt) sind. — **G. B. 7.** Die Scheidungsgebühr für Pleinmädchen beträgt, falls nichts anders vereinbart ist, sechs Wochen zum ersten. 2. Die Klanten und deren Sprechstunden finden Sie im zweiten Teil des Adresskalenders. — **Meise.** 7500. — **G. B. 22.** Wähltag, Adlershof, Rein. — **J. W. 1.** Wenden Sie sich an den Leiter einer Fortbildungsschule. 2. Die Mitglieder einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung hatten in Höhe ihres Anteils. Bezirkt der Anteil 100 M., so sind 100 M. einzuzahlen. Das Mitglied hat aber überdies noch mit je einem 100 M., in Summa also in Höhe von 200 M. — **G. B. 100.** Eine Beschwerde ist an das Amtsgericht als Vorwandschlichtungsbehörde zu richten. — **C. 3.**

Briefkasten der Expedition.

G. B. 1867. Einlage erhalten. Nach Freigabe werden wir Ihnen das Gewünschte zusenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 29. April.
Opernhaus. Robert der Teufel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Frau Anna. Die Komödie der Irrungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Die Romantischen. Herzensfang. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Diebel. Hierauf: Der grüne Kolob. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Als Heibelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Die hohe Schule. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetzer. Iphigenia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gastspiel des Pariser Entenbieders vom Theatre du Palais Royal. M'Amour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Becke-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Maria Stuart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Die Kinder der Armen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Berlin, wie es wirkt und leidet. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Dassel's Vitenkron's Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogen's Bunte Theater (Leberdrell). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Scenienstudien. Hochschüler. — Strindberg's Götter. Anfang 8 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Unre Don Juans. Anfang 8 Uhr.
Mykolo. Vuffraia. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.
Café-Theater. Berlin auf Stelzen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Vanoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165. Das Bärenweib!

Central-Theater.

Heute 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von Sandberg und Stein. Musik von Reinhardt. Sonntag, 4. Mat. nachmittags 3 Uhr. Halbe Preise, erste Bes.: Voccaccio. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73. Vorletzte Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Seine kleine. Mittwoch: Abschieds-Vorstellung und Benefiz f. Guido Thielscher. 7 1/2 Uhr. Ab. 1. Mat.; Gastspiel der Schillerseer Der Herrgottschneider von Ammergau. Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Die Kinder der Armen. Soziales Volkstheater in 4 Akten von Ernst v. Juro. Anfang 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag. Gastspiel der Frau Martha Walter u. Ely Kropot. Deborah. Sonnabend nachmittags Kinderbesuch: Fee Morgana. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr. Vorletzte Tag: Emilie Carola. preisgekrönte Wiener Schönheit. Gustav Bonné. Humorist, mit sein. Schläger: Berlin sei ruhig, schrei hurra! Der kleine Cohn, der kleine Cohn, Der kleine Cohn ist da! 16 erstklassige Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

Heute zum 125. Male: Die Dame aus Trouville. Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms. Mizzl Bricker. Rosa Marton. Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44. Dienstag, 29. April, abds. 8 1/2 Uhr Gastspiel von Emanuel Reicher. Strindberg-Cyklus. Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr: Die grossartig. Spezialitäten Täglich um 9 Uhr: Lysistrata Operette von Paul Lincke. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Palast-Theater (früher Frey-Palast)

Nur noch ein paar Tage! Ungewöhnliche Feiertage über: Eine Nacht im Ballhaus. Schwank in 4 Akten von Knechtel, Hänfling, Kistler, Dir. Rich. Winkler. Neu! Zum 1. Male: Neu! Weinerts Mimiplastika! 8 schöne Damen, 3 Herren, 1 Kind. Schluß dieser Saison: Am 30. April 1902. An diesem Tage haben sämtliche Ehren- und Freikarten zum letzten Male Gültigkeit. Entrée 30 Pf. Anfang präcise 7 Uhr. Ab 2. Mat.: Gastspiel Ben Ali Bey.

Casino-Theater

Vettringerstr. 37. Gastspiel Antonio Agoston in „Berlin auf Stelzen“. Urfomisch! Sensationell! Anfang Wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntag nachm. 4 Uhr: Diensthörs. Spezialitäten. — Weihnachten.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16. Tenore. Vaterländisches Schauspiel in 5 Akten in 3 Abteilungen von Carl v. Holtz. Heute: Tanzkränzen Mittwoch: Lenore.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a. Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Sotree: Tanzkränzen. Wochentags Vereinsbillets gütlich und Tanz frei.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin's Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen. Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tgl. Matinee von 12—2 Uhr.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware

6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckereien: Branntstraße 9, Krantstraße 19, Falkensteinstr. 28, Zauscherstr. 2.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Nur erstklassige Spezialitäten. J. N. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Cirkus Busch

Dienstag, 29. April, abends 7 1/2 Uhr: Vorletzte Vorstellung! Klondike. Orig.-Pantomime des Cirkus Busch.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Wintergarten.

Heute: Das glänzende Ballett und 16 Spezialitäten.

Filialen:

Berlin, Chausseestraße 54 und Bellealliancestraße 98. Stettin, Magazinstraße 2 und Hohenzollernstraße 3.

Mass-Anzüge

24 und 30 M. Paletots nach Mass 22 M. Alle diejenigen welche in irgend einer Weise mit ihren Maß-Anzügen nicht zufrieden gestellt wurden, sollen unbedingt bei mir den Versuch machen. Lesere von prima 1900*

Stoffresten

die feinsten Maß-Anzüge unter Garantie des Gütigens zu abgeben. Engros-Rester-Handlung Bellealliancestraße 98. 1 Tr. und Chausseestraße 54. 1 Tr. Wegen großen Andrangs bitte recht zeitig zu bestellen.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbändern, Leibbinden, Geradenhalters, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankpflege. Eigne Werkstatt. Vierzantf. Ord.-u. Hilfs-Krankentassen Berlin C. (3762)

30. Finien-Strasse 30.

Achtung! Achtung! Vereine! Mein Saal und Garten ist noch einige Sonnabende zum Sommervergnügen frei; auch geeignet für Gefangene zu Hebungsaufgaben. Ein massives Gartenhaus, passend für Vereine, Zirkel u. Athletenclubs aller Art, sowie zwei veredelte Regalbahnen zur Benutzung. F. Gleinert, Schulstr. 29. N.

Patentanwalt Dammann,

Horitzplatz 57. Auskunft bis abends neun. (38062)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Nur erstklassige Spezialitäten. J. N. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Dankagung.

Für die große Beteiligung und die zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unfrei Vater's, lagern hierdurch allen Freunden und Bekannten, sowie auch den Kollegen der Firmen Nach u. Gollendach, Rietzel u. Henneberg und Schwabe u. Reintz herzlichsten Dank. 22968 Frau Auguste Dietrich nebst Kindern.

Achtung! Achtung!

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal von Pohl, Hermannstraße 255, übernommen habe. Bitte um gütige Unterstützung. — Auch ein Vereinszimmer mit Pianino zur Verfügung. 22085 E. Hegelmann.

Begen Geschäftsauflösung

werden alle alten Pfänder verkauft. 23126 Hermann Pander, Pfandleihe, Auguststraße 36.

Erläuterung.

Ich nehme die gegen den Herrn Malermeister Franz Schmidt, Jagonnenstraße 14, erhobenen Beleidigungen unter dem Ausdruck des Bedauerns als unmahr zurück. Frau Charlotte Clement, geb. Goenke, früher Marienstr. 3. (40322)

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich das Geschäft von Gustav Hahn, Wilmannsstr. 10, künstlich übernommen habe. 22948

Ernst Faber.

Quadratruete 12 M. an. Landparzellen direkt am Bahnhof Biesdorf, feinstes Gartengrund, vollkommene Bedingungen. Große Entlohnung beabsichtigt. Versuchen Sie auf dem Terrain und Best. „Freihoff“. (146/15) J. Thiem, Frankfurter Allee 87. Nieschalko, Rieger & Co., Gantardstr. 5, am Bahnhof Alexanderplatz.

Gchte Filzhüte

neueste Moden größte Auswahl erstaunlich billige Preise auch Einzelverkauf im Special-Hut-Engroslager Neue Königsstraße 48. 1 Treppe, nächst dem Alexanderplatz.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.

Spezialarzt für 17/18* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Prima Fahrräder,

auch auf Teilzahlung ohne Preisverhöhung zu constanten Bedingungen unter Garantie.

Wenig gebrauchte Räder auch auf Theilz. unter Garant. Preise bedeutend ermäßigt. Reparatur-anhalt aller Systeme schnell und billig. Adomeit & Landau, Rothringstr. 48 I, am Rosenf. Th.

Möbel

auf Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung liefert die Möbelabrik A. Krause, Schützenstr. 2.

Statt besonderer Meldung.

Heute früh 7 1/2 Uhr verschied nach längerem schweren Leiden unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann Max Crohn im 30. Lebensjahre. 22968 Dies zeigen schmerzerfüllt an Die Hinterbliebenen. Berlin, den 26. April 1902. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. April, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weihensee statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Unser Mitglied, der Genosse Max Crohn

ist gestorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, 30. April, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weihensee aus statt. 240/12 Der Vorstand.

Centralverband der Handlungsgelhilfen u. Gehilfen Deutschlands.

Bezirk Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Max Crohn

gestorben ist. 258/12 Wir verlieren in dem Dahingewesenen ein altes, opferwilliges Mitglied unserer Organisation, der sich in den schwierigsten Zeiten immer treu bewährt hat. Wir werden ihm ein festes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Mittwochvormittags 10 Uhr von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weihensee aus, statt. Um rege Beteiligung bittet Der Bevollmächtigte.

Unser lieber Freund und Genosse

Max Crohn

ist durch den Tod aus unserer Mitte gerissen worden. Sein edler, tieferer und schlichter Charakter, sein Opfertum und seine Hebrerungsstreue sichern ihm in unserem Herzen ein dauerndes Andenken. Die Freunde aus Café Schiller.

Die Beerdigung findet Mittwoch, vormittags 10 Uhr, an dem jüdischen Friedhof in Weihensee statt.

Nach langen, schweren Leiden

verchied (am 27. April, vormitt. 9 1/2 Uhr) mein lieber Vater, unser lieber Vater, Bruder, Onkel und Schwieger-sohn, der Restaurateur Richard Scholz, genannt Bockwurst-Scholz, nach mir hiermit allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme anzeigen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gammars-Friedhofes aus statt. 22976 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Witwe Bertha Scholz geb. Wolf.

Dr. Schönemann,

Spezialarzt für Haut-, Garm- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/4-1/5.

Aus Industrie und Handel.

Der internationale Schiffsahrtstrust erhält von der Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd eine längere Besprechung, die so nichtsfördernd ist, wie alle bisherigen Angaben, und nur die eine Tatsache enthält, daß die Vereinbarungen auf 20 Jahre abgeschlossen ist. Die bürgerliche Presse, die sich im Anfang mit der Direktion der beiden deutschen Schiffsahrt-Gesellschaften bemühte, die Angelegenheit als unbedeutend hinzustellen, sogar eine Zeitung leugnete, daß überhaupt mit Herrn Morgan Abmachungen im Gange sind, bekommt nun auch leise Zweifel, ob das Geschäft von der Unabhängigkeit der deutschen Gesellschaften ernst zu nehmen ist.

Die Schlußvereinbarung der Hannoverscher Straßenbahn hat in einer Sitzung, in der über das Ergebnis der Revision beraten wurde, folgende Resolution angenommen:

Die hiesige Filiale der Dresdener Bank bietet sich denjenigen Aktionären, welche behindert sind, der Generalversammlung am 15. Mai d. J. hier selbst beizuwohnen, zur Vertretung an. Die Schutzvereinigung der Aktionäre macht darauf aufmerksam, daß in diesem besonderen Fall es sich nicht empfiehlt, genannte Bank mit Vertretungen zu betrauen, da in anstehender Generalversammlung die Anträge der Revisionskommission wegen Verfolgung von Regress-Ansprüchen gegen frühere Mitglieder des Aufsichtsrates zur Abstimmung kommen werden und unter diesen regreßpflichtigen Personen auch ein Vorstandsmitglied der hiesigen Filiale der Dresdener Bank sich befindet. Der Vorstand der Schutzvereinigung (Stark Scheller, Hannover, Jungfernpfad 12), welche ganz auf dem Boden der Revisionskommission steht, erklärt sich bereit, die kostenlose Vertretung von Aktionären in der Generalversammlung zu übernehmen.

Jahresberichte der Konsumvereine. Der Warenkaufverein in G o t t a steigerte seinen Warenumsatz von 488 690 M. im Jahre 1900 auf 504 034 M. im Jahre 1901. Reingewinn 64 020 M. Verkauf wurden 800 Centner Bräutigams und 200 Centner Bierleibschle. Der Konsum- und Produktionsverein zu Rud o l f s b a d i beziffert den Umsatz auf 321 231 M. (im Vorjahre 279 058 M.), Reingewinn 54 828 M. Rückvergütung 5 Proz. — Der Konsumverein zu C a l b e hatte einen Umsatz von 202 560 M. (208 119 M.), Reingewinn 28 018 M. Rückvergütung 10 Proz. — Der Konsumverein zu K l e n b u r g gibt seinen Umsatz auf 333 108 M. (288 200 M.) an. Reingewinn 29 671 M. Rückvergütung 9 Proz. — Der Konsumverein zu L a u s i a berechnete den Umsatz auf 387 411 M., gegen das Vorjahr um 40 000 M. mehr. Reingewinn 50 027 M. Rückvergütung 12,5 Proz. — Der Konsumverein zu G o l d l a u t e r berichtet über einen Umsatz von 181 527 M. (160 191 M.) Der Verein hat im verfloßenen Jahr eine eigene Bäckerei errichtet.

Sociales.

Der Arbeiterschutz in der Prags.

Der Bericht der hiesigen Fabrikinspektion bietet eine ganze Anzahl interessanter Einzelheiten aus der Praxis des Arbeiterschutzes. Sie zeigen, wie zahlreich und vielfach die Verletzungen der Schutzvorschriften sind, wie ersubungsreich die Unternehmer in Mitteln und Formen zur Umgehung der Vorschriften sind, wie vielerlei Ausreden ihnen zu Gebote stehen und wie leicht die Behörden geneigt sind, den Wünschen der Unternehmer nachzukommen. Wir lassen einige der Beispiele mit den Worten des amtlichen Berichts hier folgen:

Eine Anzahl von Kindern unter 14 Jahren wurden kurz nach Ostern, wo ihr Eintritt in die Fabrik stattgefunden hatte, in einer Blumenfabrik den ganzen Tag beschäftigt, angeblich weil der Arbeitgeber noch nicht Zeit gefunden hatte, das Alter der Kinder festzustellen und ihre Arbeitszeit dementsprechend zu regeln.

In einem andern Fall mußte ein auswärtig wohnendes Kind, das mit einer Arbeiterskarte nur Morgen- und Abendtage benutzen konnte, den ganzen Tag in der Fabrik zubringen. Die Arbeitszeit betrug aber nur 6 Stunden, die durch längere Pausen getrennt, über den ganzen Tag verteilt waren. Die Gefahr einer Nebertretung der gesetzlichen Bestimmungen lag bei dieser Einrichtung besonders nahe, auch waren die langen Pausen, die das Kind ausschließlich im Speiseraum oder dem Hof der Fabrik zubrachte, nicht unbedenklich. Durch das Entgegenkommen der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft ist es den Arbeitern nun auch gestattet, auf ihre Karten mit den Mittagszügen zu fahren. So konnte die Arbeitszeit des Kindes auf den Vormittag zusammengelegt werden.

In einer Wappensfabrik waren trotz einer vorhergegangenen Veranstaltung Mädchen von 14—16 Jahren mit dem Aufhängen der feuchten Wappenscheiben in einem ganz überhöhten Trockenraum beschäftigt. Durch eine zeitweilige Abstellung der Dampfleitung wäre diesem Uebelstand leicht abgeholfen gewesen, das sollte aber wegen des damit verbundenen Zeitverlustes nicht geschehen. So mußten die fast noch im Kindesalter stehenden Arbeiterinnen den ganzen Tag bei einer Temperatur von etwa 30 Grad arbeiten. Dieses Mal wurde dem Unternehmer ein Verbot, jugendliche Arbeiter zu beschäftigen, in Aussicht gestellt, wenn er nicht für eine ihrem Alter angemessene Art der Beschäftigung Sorge tragen werde.

Befreiung von der Verpflichtung, den jugendlichen Arbeitern vor- und nachmittags je halbstündige Pausen zu gewähren, haben in erheblichem Umfang die Porzellanfabriken in der Gegend von Weidenburg erreicht. Die Zahl derjenigen Fabriken, welche diese Ausnahmegenehmigung auch formell erlangten, überwiegt die andern, welche allerdings nach unserm Erfahrungsstand trotz öfteren Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen und wiederholter Verdrissung strafenden Einschreitens grobenteils die Pausen doch nicht einhalten lassen. Vor allem besitzen fast alle großen Fabriken die Genehmigung nach § 139 Abs. 2 G. O., so daß die überwiegende Mehrzahl der in dieser Industrie beschäftigten Personen unter 16 Jahren keine Vor- und Nachmittagspausen hat. Zur Beendigung der Pausenbefreiungsgesetze wurde geltend gemacht, daß die Tätigkeit in der Porzellanindustrie den Charakter des Kunsthandwerkes trage, im Gegensatz zu den eintönigen mechanischen Verrichtungen in andern Fabriken, daß die Lehrlinge häufig zu Ausgängen verwendet würden, wodurch der Nachteil der jugend zu verrichtenden Arbeit kompensiert würde, daß die Ausbildung eine gründ-

liche Bildung durch kunstgewerblichen Unterricht erfordere, was ebenfalls viele Unterbrechung verursache; daneben wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, daß der Lehrling zu unentbehrlichen Handreichungen für die Erwachsenen gebraucht werde. Weiterhin wurde auf Momente verwiesen, welche der Porzellanindustrie mit vielen andern Industrien gemeinsam sind: Leichtigkeit der Arbeit, Wege der Arbeiter von und nach dem Heimatsort, Notwendigkeit besondere Aufenthaltsräume zu beschaffen. Die vor zwanzig Jahren für das Verhalten der Behörden hauptsächlich bestimmenden Gründe sind aber heute für die Mehrzahl der vorhandenen Anlagen nicht mehr zutreffend. Die Industrie hat sich tatsächlich in diesen 2 Jahrzehnten zum fabrikmäßigen Großbetrieb entwickelt, indem der Massen-schmuck arbeitsteilig hergestellt wird. Der Charakter des Kunsthandwerks ist in vielen Großfabriken ganz, in andern zum Teil verloren gegangen, auch der jugendliche Lehrling sät sich als Teilarbeiter und nicht als Beihilfe seines Lehrmeisters in den Betrieb ein, und verrichtet seine Arbeit ebenso mechanisch wie der Lehrling in einer Zigarrenfabrik.

In einer Textilwarenfabrik wird den jugendlichen Arbeiterinnen und Kindern unter 14 Jahren nach Beendigung ihrer regelmäßigen Arbeitszeit noch Arbeit mit nach Hause gegeben. Unser Gesetzgebung bietet vorläufig noch keine Handhabe, um in solchen Fällen einzuschreiten zu können.

Eine schwere Verletzung gegen den § 135 ließ sich eine Glasfabrik dadurch zu Schulden kommen, daß sie vier schulpflichtige Kinder an halben Tagen, in den Ferien den ganzen Tag, bis zu 10 Stunden als Einträger beschäftigte. Teilweise wurden sie sogar zur Nacharbeit herangezogen.

Schon im vergangenen Jahre wurde in einer größeren Anzahl von Bijouteriefabriken festgestellt, daß Kinder unter 14 Jahren länger als 6 Stunden täglich beschäftigt werden. Mehrere Fabrikhaber wurden zwar bestraft, indessen scheinen die ausgeprochenen Strafen nicht hoch genug gewesen zu sein, um eine gründliche Vermeidung der Gesetzeswidrigkeit herbeizuführen. Auch im laufenden Jahre mißte gegen 6 Fabrikhaber gerichtliche Verurteilung herbeigeführt werden. Mehrere wurden gewarnt, von denen angenommen werden konnte, daß sie in gutem Glauben gehandelt hätten. Sie waren der Ansicht, daß zwar die Beschäftigung der Kinder innerhalb der Fabrik die Zeitdauer von 6 Stunden nicht überschreiten dürfe, daß aber eine weitere Verwendung der Mädchen zur Versorgung von Ausgängen zulässig sei.

Die Wirkungen der Krise. In den Jahresberichten der wirtschafteberghischen Gewerbe-Inspektion für 1901 heißt es:

„Eine Herabsetzung der Löhne wurde in verschiedenen Betrieben, namentlich Maschinen- und Werkzeugfabriken, Eisenwerkstätten, manchen Anlagen der Holz- und Papierbearbeitung u. a. m. vorgenommen, zum Teil um 10—20 und noch mehr Prozent, so daß die Arbeiter vielfach hierdurch schon empfindliche Einbußen an ihrem Arbeitsverdienst erleiden haben. Wo außer der Lohnherabsetzung auch noch Einschränkung der Arbeitszeit stattfand, was allerdings vereinzelt gefunden wurde, hat sich das Lohn-einkommen der Arbeiter so sehr vermindert, daß sie sich mit ihren Familien nur unter großen Entbehrungen durchzubringen vermochten.“

Ueber die Strafanstalten Norwegens in den Jahren 1899 bis 1900 ist kürzlich ein ausführlicher offizieller Bericht erschienen, dem unter anderem folgende Thatsachen zu entnehmen sind. In sämtlichen Strafanstalten des Landes waren am 30. Juni 1900 insgesamt 742 Sträflinge, darunter 99 weibliche. Die Anzahl der Strafgefangenen ist seit dem Jahre 1840 bedeutend zurückgegangen. Damals betrug sie 1844; im Jahre 1890 zählte man 1097 Strafgefangene und 1900 wie gesagt 742. Nicht man hierbei die seitdem eingetretene Bevölkerungszunahme in Betracht, so erscheint die Abnahme der Sträflinge um so bedeutender.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises, welche wie bisher, so auch in diesem Jahre in den einzelnen Orten des Kreises ihre Raifeier abhalten, werden am 1. Mai ausnahmsweise auch in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses eine Raifeier veranstalten. Da der Entschluß wegen der Genossen des Kreises sich weniger an dieser Feier beteiligen können, so appellieren wir hauptsächlich an die Gewerkschaften und Genossen Berlins, damit das „Haus der Arbeit“ am 1. Mai ein wahres Volksfest in seinen Mauern umschließt. Genosse Arthur Stadthagen wird die Festrede halten. Einzahlkarten a 25 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Weihensee. Die Raifeier findet in Schloß Weihensee statt. Das Konzert beginnt nachmittags 4 Uhr, die Festrede hält Genosse Kalksi. Wer sich an den Lebenden Bildern beteiligen will, wolle sich Mittwochabend 8 Uhr im Schloß Weihensee melden.

Wilmerdorf. Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß die Raifeier in Wilms Volksgarten, Berlinerstr. 40, stattfindet. Das Gartenkonzert beginnt nachmittags 3 Uhr. Ferner Aufführung von lebenden Bildern, Tanz und Kinderfahrlug. Insbesondere die Genossen am Orte werden ersucht, sich recht regen an der Feier zu beteiligen sowie in ihren Bekanntschaftskreisen dafür zu agitieren.

Johannisthal. Die Raifeier findet in Emsleben „Volksgarten“, Ecke der Friedrich- und Köpenickerstraße, und in Hans Portrestaurant, Parkstr. 12—13, statt. In beiden Lokalen ist nachmittags von 4 Uhr an Tanz bei freiem Eintritt. Von der Abhaltung einer Versammlung am 1. Mai ist Abstand genommen. Die Genossen, welche feiern, wollen sich den Versammlungen ihrer Bezirke in Berlin anschließen.

Friedrichshagen. Donnerstag, den 1. Mai, abends 9 Uhr, spricht im Saale des Herrn Max Lerche (Rundteil) die Genossin Emma Jäger über: Die kulturelle Bedeutung der Raifeier. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein.

In Zehlendorf findet die Raifeier im Restaurant Bellrich (Anglerstraße), Alsenstr. 28, statt. Am Vormittag 10 Uhr findet eine Versammlung der Gewerkschaften statt und von 4 Uhr ab Feier mit Familie. Die Berliner Genossen machen wir darauf aufmerksam, daß uns hier am Orte nur dies eine größere Lokal zur Verfügung steht; daher sind alle andern Lokale streng zu meiden.

Lokales.

Keine Wohnungsnot mehr in Berlin? Der Magistrat beabsichtigt, wie bereits kurz mitgeteilt wurde, der Altiengeellschaft „Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin“ ein Darlehen von 500 000 Mark zu gewähren, und hat der Stadtverordneten-Versammlung hierüber eine Vorlage zugehen lassen. Durch Beschluß vom 22. März 1901 hatte die Stadtverordneten-Versammlung den Magistrat ersucht, mit gemeinnützigen Baugenossenschaften usw. in Verbindung zu treten, und sie durch Übergabe von Bauland zu Eigentum oder in Erbpacht, durch Hypothekenübernahme, Zinsgarantie usw. zu unterstützen, um auf diese Weise die Herstellung kleiner, gesunder und möglichst billiger Wohnungen zu fördern. Die von der sozialdemokratischen

Fraktion gestellte, weitergehende Forderung, daß die Stadtgemeinde selber auf eigenem Grund und Boden eigene Wohnhäuser bauen solle, war von der freisinnigen Mehrheit der Versammlung abgelehnt worden. Zudem der Magistrat sich jetzt zur Begründung seiner Vorlage auf jenen Beschluß vom 22. März v. J. bezieht, sucht er zugleich den Nachweis zu führen, daß die Wohnungsnot in Berlin vorüber sei. Die Frequenz der Familienabteilung des städtischen Obdachs, die im Oktober 1900 einen gewaltigen Ansturm auszuhalten hatte, sei seitdem sehr zurückgegangen. Andererseits sei die Zahl der leerstehenden Wohnungen, besonders der kleinen, — wie die am 1. Januar 1902 vorgenommene Zählung ergeben habe — bereits wieder gestiegen, nachdem durch das Zusammenfallen einer Abnahme der Zuwanderung nach Berlin mit einer Zunahme der Abwanderung von Berlin die Nachfrage nach Wohnungen verringert worden sei. Der Magistrat hebt hervor, daß hiernach einer der Gründe des Beschlusses, betreffend die Unterstützung von Baugenossenschaften usw., hinfällig geworden sei. Wenn er der Ausführung jenes Beschlusses trotzdem noch jetzt näher treten wolle, so lasse er sich dabei nicht von der Ansicht leiten, daß ein hauptsächlich vorhandener außergewöhnlicher und andauernder Wohnungsmangel das Eingreifen der Gemeinde erforderlich mache. Wegen diesen entlichen Gedanken vermahnt er sich mit allem Nachdruck! Er wolle nur dazu beitragen, daß durch die Baugenossenschaften in Bezug auf die Beschaffenheit der kleinen Wohnungen eine vorbildliche Wirkung erzielt werde. Er erkenne an, daß es innerhalb der Aufgaben der Gemeinde liege, durch Unterstützung musterwürdiger gemeinnütziger Bau-Unternehmungen der privaten Thätigkeit Anregungen zu geben; im übrigen aber sei dieser allein (der privaten Thätigkeit) die Aufgabe zuzuwenden, für das Wohnungsbedürfnis zu sorgen, so lange nicht der Beweis erbracht sei, daß sie dazu nicht im Stande sei.

Wir haben diesen wohnungspolitischen Standpunkt des Magistrats und der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung im vorigen Jahre mehrfach belächelt und wollen auf eine Wiederholung des früher Gesagten verzichten. Gegen die Art aber, in der sich der Magistrat das Ergebnis der Zählung vom 1. Januar 1902 zurecht legt, müssen wir entschieden Einspruch erheben. Dieses Ergebnis ist unres Ernstend keineswegs so günstig, daß man schon jetzt behaupten dürfte, die Wohnungsnot sei in Berlin wieder vorbei. Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen (ohne Gewerberäume), die vom 1. Januar 1899 bis 1. Januar 1900 von 8448 auf 8230 und bis 1. Januar 1901 weiter auf 1761 zurückgegangen war, ist bis 1. Januar 1902 wieder auf 2591 gestiegen. Wenn die Wohnungen nach der Zahl der heizbaren Zimmer — 1, 2, 3, 4, 5 (und mehr) Zimmer — klassifiziert werden, so standen leer:

	1	2	3	4	5 (u. mehr)
1899 . .	4863	1908	729	495	951
1900 . .	1202	662	350	303	808
1901 . .	526	238	162	155	680
1902 . .	795	522	352	238	656

Hiernach stieg von 1901 bis 1902 die Zahl der leeren Wohnungen bei 1, 2, 3, 4, 5 (und mehr) Zimmern um 51, 81, 117, 52, 4 Proz. der Zahl von 1901. Am stärksten war die Vermehrung also nicht bei den kleinsten Wohnungen, sondern bei denjenigen mit drei Zimmern, die bei den heutigen Preisen für den weitaus größten Teil der minderbemittelten Bevölkerung bereits unerschwinglich sind. Die Zunahmen erscheinen auch nur deshalb so bedeutend, weil die Wohnungslosigkeit bis Anfang 1901 eben so intensiv geworden war, daß schon eine geringe Zunahme sich als eine verhältnismäßig hohe darstellen muß. Zu sich sind die Zunahmen durchaus erheblich. Das Plus beträgt ja für ganz Berlin und alle Wohnungsklassen nur 800! Hinter der Zahl der Anfang 1899 leerstehenden Wohnungen bleibt die vom Januar 1902 immer noch sehr viel zurück, obwohl schon 1899 von keinem allzu großen Ueberfluß an leeren Wohnungen mehr die Rede sein konnte. Das Minus beträgt bei den Wohnungen mit 1, 2, 3, 4, 5 (und mehr) Zimmern 82, 73, 52, 31 Proz. der Zahl von 1899, ist also gerade bei den kleinsten Wohnungen immer noch am größten.

Der Straßenhandel

soil bekanntlich nach dem vereinten Willen von Polizei, Gendarmen und Mittelstandbreitern vom Erdboden verschwinden. Er muß aber stärker sein als diese seine Gegner, denn nicht allein, daß er räumlich, quantitativ, sich ausdehnt, auch qualitativ nimmt er Dimensionen an, die alles bisher Dagewesene in Schatten stellen und ihn in der That gefährlich machen. Früher kaufte man auf der Straße zur holden Waisezeit allenfalls Plüsch und Raglädchen, welche die erste Waise des Daseins schon eine Waise hinter sich hatten; und die Waiselinen vom Wagen litten entweder an zu weisser Jugend oder an zu saftlosem Alter. Das überdies von der Litteratur, den Drumtreiseln und den anderen Werksamen vorgeschrittenen Zivilisation zu halten war, die an den Straßenden mit todesmutiger Preisgabe des Restpostens angegriffen wurden, das soll uns Höflichkeit verschwiegen werden. Allmählich aber kam ein gewisser aristokratischer Zug in den vielgeschmähten Handel auf der Straße. Seit etlichen Jahren schon spielt der Wagen mit Speise-Eis eine beträchtliche Rolle. Von welcher Qualität dies Dessert ist, wissen wir nicht und können wir auch nicht zu erröthen, da unser Verlangen sich auf wohltemperierte Genüsse beschränkt, und selbst auf politischem Gebiet — siehe Belgien — es als proletarisch-staatsmännische Weisheit gilt, dem Zug ins Extreme beigeiten Jügel anzulegen. Aber die Jugend, die sorglos ist als unser-einer und sich weniger vor Wagenkrämpfen und Zahnschmerzen fürchtet, umdrängt impulsiv den Eiswagen und löst mit schmerzenden Begehren die kalte Süßigkeit vom Tellerchen. So hat der Widmann gewissermaßen Wresche geschossen in die Wand, die die oberen Jekh-tausend von der großen Masse trennt und der freiaufatmenden Welt das Goethe'sche Wort zur Wahrheit gemacht.

daß für fünf Pfennige jedermann sich seinen Wagen verderben kann.

Es sind wohl einige Wochen her, da stand zur Dämmerstunde an der Ecke der Kommandanten- und Lindenstraße, wo sonst Manschettentümpfe und Schlüsselringe verhandelt werden, ein Wagen mit geräucherterem Lachs. Die Straßenpassanten blieben stehen, schüttelten den Kopf und hielten die Ware für Imitation. Aber sie war echt. Nicht allein das, auch der Geschmack war rein und milde und das Fett des roten Fisches troff nur so vom Wagen. Noch nie war es dagewesen, daß man in Berlin das Viertelpfund Lachs für das man sonst eine Mark fünfzig Pfennig zahlen muß, für 25 Pfennige, also billiger als Schmalz, kaufen konnte. Seit dieser Zeit ist der Lachswoagen eine ständige Erscheinung im Straßenbild und der Preis der köstlichen Ware ist nicht in die Höhe gegangen. Wer der geniale Volksfreund war, der zuerst den Mäckerlich so billig auf den Markt warf, wissen wir nicht; irgend ein Zufall, eine besonders günstige Konjunktur mag dem edlen Mann helfend zur Seite gestanden haben. Aber daß dies Bericht eine ständige Proletariatspeise geworden ist, hat seinen Grund darin, daß der Geh. Kommerzienrat v. Rosengarten an jenem Abend der Weltentwende zufällig die Kommandantenstraße passierte und darauf schlüssig den Lachs von seinem Väfert hinwegräumen ließ. Seitdem wird in keiner anständigen Gesellschaft des Biergartens nicht mehr Lachs serviert und der

begehrte Meereshochwasser muß froh sein, wenn ein Arbeiter ihn des Genusses würdigt. Spitzale und Klundern folgten bald im Straßenhandel und gellern war der Wagen, der seiner Zeit den Nachvollständigen gemacht hatte, zum ersten Male mit Spitzgans, mit wahrhaftigen Gänsebrüsten behängt. Wie soll das noch enden? Rühren wir uns amerikanischen Zuständen? Ist das Gerücht wahr, daß im nächsten Herbst die Klunder auf der Straße verkehrt wird, wie jetzt schon das Speiseeis? Soll der Bourgeois wirklich kein anderer Gemüts mehr vorbehalten bleiben, als der des Palast-Cavaliere zu 16 M. das Fund und der Soufflé-Hohenzollern-Dramen, die an Festvorstellungen pro Platz ungefähr ebenso hoch serviert werden? Wird man endlich im Loten Hause einsehen, wie staatsbehaltend, wie gesellschaftsbrettelnd Polizei, Hausarzt und Pfänder wirken, wenn sie nächst der Arbeiterschaft den Straßenhandel aufs Korn nehmen?

Arbeitslose Gefindel. Immer schärfer kommt der wirtschaftliche Niedergang zum Ausdruck. Kaum eine andere Erscheinung spiegelt deutlicher die sociale Verwüstung wieder, die durch die Geschäftskrise angerichtet worden ist, als die Ueberfüllung der Arbeitshäuser. Auch in Rummelsburg ist alles überfüllt, so daß man die Hauslingsbaracken, die jahrelang leer gestanden haben, jetzt wieder zur Aufnahme hat herrichten müssen. Auf den städtischen Miesfeldern zu Rosenthal hat die Parade fünf Jahre lang leer gestanden; zur Zeit wird sie wieder voll belegt werden. In Möllersfelde ist der Bestand der Hauslinge auf 115 gestiegen, eine Zahl, die seit langen Jahren nicht erreicht wurde. Auch auf den andern Miesfeldern der Stadt hält man die Baracken zur Aufnahme bereit.

Der Spiehbürger ist natürlich nicht von der Meinung abzubringen, daß man es in den Unglücklichen, die dort ein Unterkommen finden, mit arbeitslosen Subjekten zu thun habe. Wer sich auf den Gütern erkundigt, wird zu seiner Ueberzeugung erfahren, daß man den Hauslingen durchweg ein gutes Zeugnis ausstellt, obgleich die Arbeit, die von ihnen verlangt wird, wahrlich nicht leicht ist. Die Armen sind fleißig und achtmal und nehmen sich namentlich der Pflege des Viehes mit großer Hingebung an. In ihrem Elend, in ihrer stummen Resignation bilden sie eine tüchtige Anlage gegen eine Gesellschaft, die sie nicht allein dem Jammer überantwortet, sondern sie obendrein mit Schimpf und Hohn überschüttet.

Die städtische Pflanzaktion. Die vom Stadtverordneten-Ausschuß über die Verwertung der Schäden des Unwetters vom 14. April gewählte Unterkommission hat am Montagabend beschlossen, die eingegangenen Meldungen der Schäden den Bezirksvorstehern zur Prüfung und Begutachtung zu übermitteln. Kladam wird, nach näherer Abschätzung, der Anschlag zur weiteren Verwertung zusammen treten und dem Plenum berichten. Weitere Meldungen nimmt die Unterkommission nicht mehr entgegen. In einigen Wochen dürften die Entschädigungen zur Auszahlung kommen.

Apothekerverweh in alten Berlin. Daß die Apothekenbesitzer sich als „Kammindeuziger“ nicht gerade des besten Rufes in der Bevölkerung erfreuen, ist bekannt. Was man den Herren aber auch nachsagen mag, das eine sieht fest, daß aus dieser Stand sich in den letzten hundert Jahren „moralisch gehoben“ hat. Für Leute, die dennoch ob solcher Behauptung den Kopf schütteln sollten, wollen wir aus einer am Ende des 18. Jahrhunderts veröffentlichten Schrift einige Stichproben wieder geben. Der Inhalt der Schrift scheint uns deswegen einwandfrei zu sein, weil es ein Apotheker ist, der seinen Berufsstand darin den Zeitgenossen vorzuführen sucht. Der Titel der Broschüre lautet abgekürzt folgendermaßen: „Apotheker-Charakteristiken. Ein Wort zu seiner Zeit. Von Siegfried Wilhelm Paalzow, kgl. preuss. approb. u. privileg. Apotheker hiesiger Residenz.“ Berlin 1789 bei Meyer. Nach dem Verfasser, einem Berliner, müssen damals im Apothekerverweh Berlins schauerhafte Mißstände und ange Korruption geherrscht haben, die das Publikum mit Furcht und Schrecken erfüllten und zu harten Urteilen über die Apotheker überhaupt drängten. Schon auf Seite 6 der Schrift heißt es wörtlich: „Ein großes Heer von Apothekern operiert dem Stoff seinen Verdienst und seine Ehre auf.“ Jeder dieses Mysterium unter den Apothekern verbreitet sich der Verfasser auf mehreren Stellen und bedient sich Seite 7 sogar des Ausdrucks: „ein fittliches Schwein.“ Auf Seite 14 und 15 heißt es: „Es ist unverantwortlich, wie man mit den Gewürzen in Verletzung des Einkommens, Trodenens und der Aufbeziehung umgeht. Sie sind oft zum Gebrauch ganz unbrauchbar, und verdienen wegzuwerfen zu werden. Es darf aus dieser nicht umher, wenn so viel unwirksames Zeug in den Apotheken aufbewahrt (schreibt unter wohl auch heute noch. V.) und zum allergrößten Nachteil der Arzneiwissenschaft darin erhalten wird.“ Bei Seite 19 beleuchtet er u. a. auch die miserable Verfallszeit des destillierten Wassers und sagt dann: „Gerade geht es mit dem Destillieren der Wasser, wie mit der Zubereitung der Säfte und Tinkturen in gewissen Officinen, das heißt: widerwärtig, unverantwortlich, leichtsinnig zu. Auch nur gar zu oft sah mein prüfendes Auge, wie aus alten, dumpfigen, vermoderten Kräutern und Blumen, die weder Geruch noch Geschmack mehr hatten, kräftige Arznei gezogen werden sollte.“ — Auf Seite 48 bis 51 spricht Paalzow davon, daß viele Apotheker sowohl einfache als zusammengesetzte Arzneien, ohne sie zu wiegen, einfach nach Gewichten verkaufen und sagt, er habe sogar Apotheker gesehen, die selbst bei der Rezeptur diese höchst schädliche Gewohnheit frei ausüben und daß durch ein solches gewisslos hergestelltes Medikament häufig der Tod des Patienten herbeigeführt worden sei. Ueber die damals übliche Visitation in den Apotheken äußert sich der Verfasser S. 77 dahin, daß es nicht gut sei, wenn der Apotheker die zu erwartende Revision bereits sechs bis acht Wochen vorher wisse. „Weld“ ein panischer Schrecken“, heißt es auf der folgenden Seite, „müßte diese Wietlinge aus Furcht vor Schande und Strafe ergreifen, auf der Stelle unvorberichtet überfallen zu sein und sie vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben das quälende Bewußtsein eines Schurken fühlen und empfinden lassen, der unbekannt, ob das gutmütige Publikum betrogen oder ihm geholfen wird, nur hübsch seinen Namen bereichern will.“ — Ohne diese notwendigen unvermuteten Visitationen läuft mancher Subler mit seinen abgefeimten Kunstgriffen dem rechtshaffenen und nur allein brauchbaren Apotheker den Rang ab!!!“ ... Wegen die vorstehenden Behauptungen des Berliner Apothekerverwehers trat merkwürdigerweise niemand auf, deshalb sind sie wohl auch der Wahrheit entsprechend gewesen, und lauzzeichnen somit das Apothekerverweh in alten Berlin zur Genüge.

Lehrlingsnepper. Unterstaats-Sekretär Lohmann nahm kürzlich mit mehreren Ober-Regierungsräten den mündlichen Bericht von Arzteigender-Beisitzern des Berliner Gewerbegerichts über die Ausbeutung von Lehrmädchen zc. entgegen. Mit sichtlichem Interesse ließen die Herren sich über diesen besonders in Berlin arg betrieblenen Schwindel aufklären. Dieser wird ganz systematisch gewerbsmäßig betrieben zum Nachteil meist unheimlicher und unerschaffener Personen. Von den vielen Fällen seien hier nur einige mitgeteilt. Ein Mechaniker bildet Elektrotechniker gegen eine Vergütung von 300 M. in 3 Jahren aus. Bei einer Lehrzeit von 2 Jahren sind 500 M. zu zahlen und 1000 M. bei einjähriger Lehrzeit. Zahlt der Lehrling 2000 M., dann ist die Lehrzeit natürlich noch viel länger. Der Gewerke erhält ein Lehrgeld und die Verpflegung, daß er nimmere eine gut dotierte Stelle erhalten wird. Damen, die das Kravattenmädchen, Verperlen, Sturbschleppen usw. erlernen wollen, werden innerhalb 3-4 Wochen, natürlich nur gegen hohe Vergütung und mit der Aussicht auf einen hohen Wochenverdienst, ausgebildet. Mit diesem ist es aber oberhalb, weil nur erste Kräfte, die wirklich etwas gelernt haben, 20-30 M. wöchentlich verdienen und Anfangs sich mit 6 bis 10 M. begnügen müssen. Das Gewerbegericht hat nun konstant diese Schwindelgeschäfte in vielen Fällen zur Zurückzahlung des Lehrgeldes kurzhand verurteilt. Die Verurteilten

wußten sich aber zu helfen, sie bettelten ihre Werkstätten nimmere Unterrichtsanstalten, Akademie usw. und bestritten dann oft mit Erfolg die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Da die Gewerke wegen der Kosten und der Länge des Verfahrens dann in den meisten Fällen den Gang zum Reichsanwalt und ordentlichen Gericht scheuten, war den Ausbeutern natürlich nur schwer das Handwerk zu legen. Das Ministerium beschloß sich jetzt mit der Frage der Ausrottung dieses Schwindels. Vermutlich wird sie dadurch gelöst, daß man die Zuständigkeit des Gewerbegerichts auf diese Unterrichtsanstalten erweitert.

Wir haben seit Jahren diese gemeingefährlichen Durschen dadurch gebrandmarkt, daß wir im Gegenlag zu andern Blättern sie mit Namen und Adresse deutlich nannten. Mit diesem Brauche werden wir auch weiter fortfahren.

Die Panke ist zwar ein netter Fluß, es ist aber nicht schön, daß sie von diesen Leuten als eine Art Müllkasten betrachtet und benutzt wird. Die Kanalisationsverwaltung hat mit diesem „reißenden Strom“ ihre liebe Not; die Stämmungsmasse, die sie aus denselben wegbringen muß, vergrößert sich von Jahr zu Jahr und erreichte 1900 schon den Umfang von 68 Jahren. Vornehmlich werden diejenigen Pankeströme besonders durch Hineinwerfen von allerlei Gegenständen, wie alten Strohsäcken, Matrasen, Blechgefäßen, Küchenabfällen, Scherben aller Art zc. verunreinigt, welche an offenen Strömen abgeben sind. Im vorigen Jahre mußte unter andern auch der Kadaver eines Schweines herausgeholt werden. Dabei werden die mit der Reinigung der Panke beauftragten Arbeiter fortgesetzt vom Publikum und vornehmlich von Kindern arg belästigt. Es ist deshalb die Anordnung getroffen, daß, wenn die Reinigung dieser Pankeströme stattfindet, auf der Straße ein Arbeiter postiert ist, der die Leute in der Panke arbeitenden Leute vor Belästigungen des Publikums nach Möglichkeit schützt und eventuell sofort polizeiliche Hilfe herbeiführt.

Die Milchzentrale, gez. Ernst Ring, sendet uns nachstehende Zuschrift:

In der Freitagsummer vom 25. April 1902 Ihres Blattes bringen Sie einen Artikel über die Milchzentrale und zwar einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung vor der Handelskammer des Landgerichts I zu Berlin, welcher der Nichtigstellung bedarf. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes bitten wir ergebenst um Aufnahme folgender Verichtigung: 1. Die Parteien hatten sich über den zu vernehmenden Sachverständigen nicht geeinigt, da sie vom Gerichtshof in dieser Beziehung gar nicht befragt waren. 2. Es ist unrichtig, daß in der Sache selbst am 23. April er. ein entscheidender Beweisstermin stattgefunden hat. 3. Herr Dr. Bischoff konnte über die Behauptungen der Milchzentrale gar kein Gutachten abgeben, da derselbe seit dem 1. April 1901 nicht mehr Polizeischemiker ist und die Untersuchungen über die Qualität und den Preis der Milch in Berliner Milchläden erst im Juli und August 1901 stattgefunden haben. 4. Die Behauptungen der Milchzentrale, die im Oktober als Inserat in Berliner Blättern veröffentlicht wurden, stützen sich auf die Untersuchung von 3000 Milchproben durch das Rohrungsmittel-Untersuchungsamt, Weststraße 8, und beruhen weder auf „Vorurteilen“ noch auf irrtümlichen „Feststellungen“, sondern auf der Thatsache, daß etwa 65-84 Proz. aller untersuchten Proben halbalt waren und an das Publikum in ca. 90 Proz. aller zur Untersuchung gelangten Fällen zum Vollmilchpreise von 20 Pf. pro Liter verkauft wurden.

Die „Post-Zeitung“, der ebenfalls diese Verichtigung zugegangen ist, fertigt Herrn Ring wie folgt ab:

ad 1: In dem Termin am 2. April schlug der Verband der Milchhändler den Gerichtschemiker Dr. Reich und die Centrale den Beamten der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer Dr. Veyer als Sachverständigen vor. Schließlich einigten sich die beiden Parteien auf die Berufung des Gerichtschemikers Dr. Bischoff und demgemäß erklärt das Gerichtsprotokoll vom 5. April: „Der Auslagen-voranschlag hat von den Parteien je zur Hälfte zu erfolgen.“

ad 2: Das Protokoll vom 2. April hat uns vorgelegen, und danach ist die Vernehmung der Sachverständigen auf den 23. April anberaumt worden.

ad 3: Dr. Bischoff hat das von ihm erbetene Gutachten bereits abgegeben. In unrer gestrigen Abendnummer haben wir dies Gutachten in seinen Grundzügen veröffentlicht.

ad 4: In der Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte Herr Ring nach dem stenographischen Berichte: „Wir haben im Juli und August vorigen Jahres, nicht etwa nun jemand zu demunzieren, sondern lediglich um das Material in die Hände zu bekommen, um dem förmlich. Polizeipräsidium nachzuweisen, daß die Gelautnis des Handels mit Halbalt eine schwere Schädigung des Publikums sei, lediglich aus diesem Grunde haben wir damals eine große Anzahl von Untersuchungen eingeleitet.“ Die Centrale hat also ihr Material, daß es ein amtliches sei, behauptet auch Herr Ring nicht. Bischoff aber hat aus amtlichen Quellen geschöpft und von andern Ergebnissen sagt er in seinem Gutachten, sie stützen sich auf „irrtümliche Festsetzungen“.

Ein kuriose Demonstration leisteten sich am Sonntag einige Leute auf dem Friedhofe der Märzgefallenen. Gleich am Eingange rechts hing auf dem ersten eisernen Kreuz ein großer staltlicher Kranz mit breiter schwarz-weiß-roter Schleife. Auf dem einen Ende der Schleife standen folgende Worte zu lesen: 1. Für das deutsche Kaiserthum. 2. Für den Dreibund. 3. Für den Treubund. 4. Für den Bund der Maurer und Zimmerer. 5. Für die Maurer und Schlosser. 6. Für die Schuhmacher und Gärtner. 7. Für alle auf dem Heidenfelde. 8. Berlin. 9. April 1902.

Auf dem zweiten Teil der Schleife stand: „Mit Gott für König und Vaterland! Christ, Herzog, Emma Herzog geborne Dong, Heidenfelderstr. 20.“ Außerdem lagen auf dem Kranz 8 Wistenarten von Chr. Herzog, Paulechniker, und Anna Herzog, geb. Dong. Auf diesen Karten fanden außer einer ganzen Reihe Bibelsprüche und Gebetbuch-Verser folgende Worte: Hier steht ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen. Und wenn so viele Teufel in Worms wären als Ziegel auf den Dächern. Ich ginne doch hinein. Berlin, d. 27. Apr. 1902. Es lebe die Freiheit! Aber nicht die Gleichheit! Hurrah! Es leben alle Patrioten!“

Die Kranzpende wurde von den Besuchern des Friedhofes mit Kopfschütteln betrachtet; über die Demonstrationen äußerte man sich durchweg mit unigen Worten des Mitleids.

Die Untersuchungen in der städtischen Sparkasse beschäftigen noch unangenehm die Kriminalpolizei, wenn gleich der Hauptbündige, Wermeister, Selbstmord begangen hat. Es steht außer Zweifel, daß Wermeister zwei oder drei Wirtschaftliche gehabt haben muß, mit denen er gemeinsam die Betrügereien verübte. Die Fälschungen sind in ungewöhnlich raffinierter Weise vorgenommen und mit um so größerem Geschick durchgeführt worden, als bei jeder Eintragung bei der städtischen Sparkasse eine doppelte Kontrolle stattfindet. Die Ein- resp. Auszahlungen werden in der Weise vorgenommen, daß ein Beamter die Sparkassenbücher dem Publikum abnimmt und die Eintragung dann im Haupt- und Sparkassenbuch bewirkt. Das Sparkassenbuch erhält sodann der Contoleur, welcher die Eintragung in dem Sparkassenbuch unterzeichnet und in einem Gegenkontrollbuch die Eintragung aus dem Sparkassenbuch heraus vornimmt. Dieses geht sodann an den Kassierer, welcher ebenfalls in einem Kontrollbuche die Nummer des Sparkassenbuchs nebst Betrag der ein- resp. auszahlenden Summe vermerkt, die Gegenrechnung im Sparkassenbuch vornimmt und sodann die Kassengelegenheit regelt. Hiernach erscheint es also fast unmöglich, irgend welche Betrügereien zu verüben. W. hat diese nun in der Weise vorgenommen, daß er mit den Sparen gemeinsam operierte. Es fanden Einzahlungen von 25 M. statt, die er ordnungsmäßig buchte, um dann am folgenden Tage durch das Vorlegen einer 2 vor der 20 die Summe um 200 M. zu erhöhen. Diefelbe Änderung wurde dann auch in dem ihm inzwischen wieder privatim zurückgelieferten Sparkassenbuch vorgenommen und da die Nachtragungen mit der von ihm im Bureau verwendeten Tinte erfolgten, so erschien eine Entdeckung der Untersuchungen fast ausgeschlossen. Erst durch die alle drei Jahre statt-

findenden Vergleiche der Kontrollbücher mit dem Hauptbuch wurde der Schwindel erbeut.

Frei von Schirp. Eine stadtbekannt Persönlichkeit ist mit dem am Sonnabendmorgens in Berlin verstorbenen Fritz Freiherrn von dem Vollenberg, genannt von Schirp, aus dem Leben geschieden, nachdem er im Elben vergeblich Heilung von einer chronischen Nieren- und Herzkrankheit gesucht hatte. Die Beerdigung des Verstorbenen, dessen Nekrolamnis in früheren Jahren viel Aufsehen erregte, findet am Dienstagmorgens um 5 Uhr auf dem Gedwigs-Kirchhofe in der Piesenstrasse statt. Schirp starb im 50. Lebensjahr. Er hinterläßt eine Wittve und zwei unermögene Söhne.

Eine aufregende Scene spielte sich am Sonntagmorgens auf der Havel ab. Der Sächsisch Motorampfer, der die Verbindung zwischen Schildhorn und Nischelsdorf herstellt, lief um 3/4 Uhr am Gemüde mit so großer Schnelligkeit auf eine mit sechs Personen besetzte Segelbahn zu, daß die Fahrgäste einen Zusammenstoß vorausahnen. Trotzdem stoppte der Führer erst, als er auf drei Meter herangekommen war. Die Erregung stieg auf beiden Seiten auf das höchste, als der Zusammenstoß erfolgte. Die Fahrt, die an der Vorderseite getroffen wurde, kippte stark über, fiel aber nicht um. Ihr Mast schlug dem Motorampfer die Laternen und das Sonnendach ein. Zum Glück blieb es bei diesem kleinen Schaden und die Segler und Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Unfall bei der Operhauptprobe. Von einem eigenartigen Unfall, der sich bei der Generalprobe der Oper „Robert der Teufel“ ereignete, die, neu einstudiert, am Sonnabendabend im Opernhause in Scene ging, geht dem „Berl. Tagebl.“ folgende Meldung zu: Die Probe war gerade bis zur Schlussscene des dritten Aktes vorgeschritten, in der im Gewände von Teufelinnen Tänzerinnen ein Verführungsballett aufzuführen, als zwei Balletteusen bei der Einübung ihres Pas von Balletmeister zu unglücklich geschwenkt wurden, daß sie mit den Köpfen aneinanderstießen und die Tänzerin Fräulein Klein eine Gehirnerschütterung davontrug und nach dem Gedwigs-Krankenhanse gebracht werden mußte.

Unter bedenklichen Erscheinungen erkrankt sind Mannschaften des Eisenbahn-Regiments I, welche zur Vornahme von Uebungsarbeiten nach Klausdorf kommandiert waren. Es handelt sich um epidemische Genickstarre, der bereits, obgleich die Krankheit leichter als gewöhnlich auftritt, ein Mann erlegen sein soll. Die sechste Compagnie hat Isolierbaracken beziehen müssen, um eine weitere Infizierung von Truppteilen möglichst zu vermeiden. Ob die während der Wintermonate zu sehr durchfällte Kaserne, welche die sechste Compagnie bezogen hat, das Wasser der bei derselben errichteten Ziebrunnen oder mangelhafte Kloalanlagen die Ursache der gefährlichen Erkrankungen ist, wird erst durch die sofort eingeleiteten sanitären Untersuchungen festgestellt werden müssen. Die Isolierung der sechsten Compagnie ist sehr streng, um eine Verschleppung des Krankheitserregers, wenn irgend möglich, zu verhüten.

Verhaftet sind die drei Rusiker, die mit der Streitaffäre in Verbindung stehen, bei welcher, wie wir berichteten, am Sonnabend in Moabit der Rusiker Georg Schöneberg erschossen wurde. Ein Wohnkaffner hatte aus kurzer Entfernung dem Austritte zugehört und brachte die Kriminalpolizei auf die richtige Spur. Die Verhafteten bestreiten ihre Teilnahme an der Schlägerei nicht, doch will keiner von ihnen den tödlichen Messerlich verübt haben. Alle drei sind bereits in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert.

Die Mißhandlung eines geisteskranken Patienten in der städtischen Irrenanstalt Herzberge, nach welcher bald der Tod des Verletzten eintrat, hat die Verhaftung des Irrenwärters Friedrich Kirken zur Folge gehabt. Der geisteskranke Kaufmann Gustav B. wurde wegen Unreinlichkeit vom Wärter K. wiederholt ermahnt und als die Ermahnungen nicht fruchteten, soll der Bedauernswerte von K. mehrere Stöße vor die Brust erhalten haben. Bald darauf wurde B. auf dem Klosett der Anstalt röhelnd in den letzten Stagen aufgefunden und verschied kurze Zeit hernach. Die Anstaltsverwaltung veranlaßte selbst die Verhaftung des Wärters K. wegen dringenden Verdachtes der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Die Obduktion der Leiche ergab jedoch, daß der Tod des Patienten, nach dem Gutachten der Sachverständigen, nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit den erlittenen Mißhandlungen steht. Dies Ergebnis dürfte dem Verhafteten insofern zu gute kommen, als er nicht vor die Geschwornen kommen, sondern, falls die Untersuchung ihn nicht ganz entlastet, sich nur wegen einfacher Körperverletzung bzw. Mißbrauchs der Amtsgewalt vor Verurtheilung zu verantworten haben dürfte.

Ein Brandstifter scheint am Krögel, dem ältesten Teil von Berlin, seit einiger Zeit schon sein Unwesen zu treiben. Während es dort seit Jahren nicht gebrannt hat, brennt es jetzt dort alle Augenblicke. Zu den letzten Tagen und Wochen hatte die Feuerwehre drei gefährliche Brände am Krögel Nr. 1 zu löschen. Gestern Abend um 11 Uhr wurde die Wehre abermals dorthin gerufen. Diesmal brannten Kröghölzer unter einem Treppentritt, so daß die Gefahr für die Hausbewohner sehr groß war. Diese sind durch die fortwährenden Brände natürlich sehr beunruhigt und gehen abends nur mit Sorgen zur Ruhe, weil sie befürchten, daß ihnen abermals der rote Hahn aufs Dach gesetzt werden könnte. Gestern Abend mußte die Feuerwehre längere Zeit thätig sein, um den Brand, der reiche Raubung gefunden hatte zu löschen. Bei diesem Feuer konnte übrigens nur Brandstiftung vorliegen, da Fahrlässigkeit, Selbstentzündung der Hölzer und andre Ursachen ausgeschlossen sind.

Bald darauf war Alte Jakobstraße 72 ein kleiner Kellerbrand abguldien. Auf dem Schleifischen Güterbahnhof stand am Sonntag ein Waggon mit Müll in Flammen. Stalitzerstraße 134 war in einem Keller Feuer entstanden, das allerhand Hausgeräth zerstörte. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um den Brand zu ersticken. Perlebergstr. 52, Sorauerstr. 23, Brandelstr. 94, Gerhardtstr. 13 und Pallaststr. 17 wurden noch kleinere Brände gemeldet.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonntag, 2. März, mit dem Zuge 11 Uhr 40 Minuten nachts auf dem Bahnhof Weihenfe eingetroffen sind und gesehen haben, wie ein Mann im schwarzen Vellereimantel mit den Bahnbeamten einen Konflikt hatte, werden dringend gebeten, sich bei M. Hennig, Weihenfe, Berlinstr. 1, zu melden.

Der bei der Ainderschuh-Debatte im Reichstage vielerwähnte Lehrer G. G. G. wird am 3. Mai, abends 8 Uhr, in der „Gesellschaft für sociale Reform“, Wilhelmstraße 92, Saal B über das Thema: „Notwendigkeit und Ausbau der Ainderschuh-Gelehrerbildung, mit besonderer Berücksichtigung des neuen Gesetzesentwurfs über geuerliche Ainderschuh“ sprechen. Im Anschluß hieran soll eine Erweiterung dieses aktuellen Themas folgen.

Orgelkonzert. Fräulein Clara de Piétre, Frau Maria Punt, Fräulein Antje van, Herr Hans Büttner, Violin, und Herr Organist Paul Druet unterhalten den Orgelbesuch des Musikdirektor Otto Dienst in der Rottensirche am Mittwoch, den 20. April, mittags 12 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Das Radrennen auf der Bahn zu Friedenau brachte am Sonntag ein schlimmes Mischen. Als in 75 Kilometer Handicap das Rennen bis zum 50. Kilometer gediehen war, plagte an dem Motor des Heidelberger Seibers Salzman der Hinterreifen. Salzman stieg vom Rade und überschlugte sich mehrere Male und auch die Schrittmacher des Fahrers Henry überschlugen sich. Es war ein gefährlicher Unfall. Am schlimmsten war der Vordermann des Salzman'schen Motors, Borte, davongekommen; mit blutendem Gesicht wurde er bewußtlos vom Rade getrennt. Der Unglückliche soll eine Gehirnerschütterung erlitten haben. Salzman war kampfunfähig geworden. Ueber das Rennen an sich ist zu berichten, daß Piet Dikentmann als Mannmann startete. Er gab an Räder 2 Runden, an Sievers, den jugendlichen vorjährigen Amateurvollwetter und jetzigen Professional 4, an den unglücklichen Salzman 6 und an Henry 10 Runden fort. Charakteristisch für den geringen Eifer, mit dem die Menge dem

Sport anhängt. Ist es, daß das Publikum, das bei dem Anfall an-
faß auseinandergebrochen war, sich bald wieder beruhigte und
weiter dem Rennen folgte. Die Fahrer hatten gestoppt, setzten sich
aber bald wieder in Bewegung und Dickmann fuhr
schließlich, trotzdem er zuguterlegt seine Maschine wechseln mußte,
und Myer ihm dicht auf sah, in der Zeit von 1 Stunde 16 Minuten
44,3 Sekunden das Rennen siegreich nach Hause. Zweieinhalb Runden
zurück Myer, 31 Runden Sievers und 46 Runden Heind zurück.
Man mag dem Sport zu gute halten, so viel man will, aber ver-
eitelnd wirken seine Begleiterschreibungen sicher nicht. An den Pflieger-
rennen beteiligte Krend-Hannover sich siegreich. Diese Rennen
hatten folgenden Verlauf: Niederrad-Hauptfahren. 200,
100, 50 M. Dist. 1000 Meter. Rinf Vorläufe, zwei Zwischenläufe.
Entscheidung: Krend (2 Min. 31,3 Sec.) 1. Huber 2. Käfer 3.
Uapl. Scheuermann. — Niederrad-Ermunterungsfahren.
Dist. 2000 Meter. A. Suchty 3. 23 Fahrer. — Landem-Haupt-
fahren. 150, 80, 40 M. Dist. 8000 Meter. Käfer-Schilling
(3 Min. 10,1 Sec.) 1. Huber-Seidl 2. E. Suchty-Andersen 3.
Uapl. Demle-Scheuermann.

Aus den Nachbarorten.

In Charlottenburg haben die Stadtverordneten Pula und
Genossen bei der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag ein-
gebracht, der eine Änderung im Submissionswesen bezwecken
soll. Der Antrag lautet: „Die Stadtverordneten-Versammlung
beschließt, den Magistrat zu ersuchen, eine Änderung des Submissions-
wesens nach folgenden Grundzügen herbeizuführen: 1. Die Ver-
gebung von Arbeiten und Lieferungen im Wert von unter 1000 M.
erfolgt aus freier Hand nach einer im voraus festzustellenden Liste
der Bewerber in regelmäßigem Turnus. Soweit angängig, sind die
Preise für die so zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen alljährlich im
voraus festzustellen und bei der Vergabe nach Möglichkeit fest-
zuhalten. 2. Bei Arbeiten bis zu 5000 M. erfolgt der Zuschlag an
denjenigen, dessen Angebot dem aus der Summe aller Gebote sich
ergebenden Mittelpreis — nach unten gerechnet — am nächsten
kommt. Angebote, die 20 Proz. über oder unter dem Kostenanschlag
oder dem Mittelpreis liegen, bleiben unberücksichtigt. 3. Die Er-
teilung eines Auftrags ist davon abhängig zu machen, daß der
betreffende Bewerber die in dem Gewerbe zwischen Ar-
beitgebern und Arbeitern vereinbarten Arbeits-
bedingungen erfüllt oder in Ermangelung solcher,
die in dem Gewerbe üblichen Löhne zahlt. 4. Ar-
beiten und Lieferungen von größerem Umfange sind ihmlichst in
kleinen Losen auszuführen. 5. Arbeiten und Lieferungen, für welche
geeignete Unternehmer in Charlottenburg vorhanden sind, dürfen
nach außerhalb nicht vergeben werden.“

Charlottenburg. Seit längerer Zeit wurden an der hiesigen
technischen Hochschule Diebstähle an Paletts usw. bemerkt, ohne
daß es gelang, das Diebstahl zu werden. Gestern nun ist ein
Angestellter des Instituts unter dem Verdacht, diese Diebstähle ver-
übt zu haben, verhaftet worden.

Ein Künstlerkonzert veranstaltet der dem Arbeiter-Sängerbund
angehörige Rixdorfer Männerchor am nächsten Sonntag
im Deutschen Wirtschaftshaus zu Rixdorf. Das Konzert beginnt nach-
mittags 7 1/2 Uhr. Der Eintrittspreis ist auf 25 Pf. festgesetzt; es
besteht weder Trinkzwang noch Garderobezwang.

Hohe Burschen. Baumfresser trieben gestern vor acht Tagen
auf dem Wege vom Bahnhof Rahnsdorf nach Nichtenau argen Un-
fug. Mit dem letzten Zuge von einem Tanzvergnügen aus Erlner
kommend, schossen sie stark in die Gasträume des „Bärenwirts“
Wüller am Bahnhof Rahnsdorf hinein, zogen dann jöhend nach
Nichtenau hinunter und zerstörten mehrere junge Kastanien, die dort
vor kurzem zur Einsammlung des Weges gepflanzt worden waren.
Sonntagabend gelang es dem Polizeibeamten Sachwitz aus Neu-
Rahnsdorf, der sich in der richtigen Voraussetzung, daß die Uebel-
thäter, die regelmäßig den Tanzboden in Erlner besuchen, diesmal
den zweiten, über Schönebeck führenden Weg nach Schönebeck be-
nutzen würden, auf diesem Wege in bürgerlicher Kleidung unaufrichtig
bewegte, und den Gen darmen Krämer und Peters, die sich im
Walde verborgen hielten, von den sieben Tätern fünf abzu-
zufassen und festzusetzen. Es sind alles junge Burschen aus Schöne-
beck im Alter von 18 bis 20 Jahren. Einem wurde ein Revolver
abgenommen.

Verbotene Maffier. Die Parteigenossen in Nieder-
Schönhausen veranstalten wie alljährlich auch diesmal eine
Maffier. Nach erfolgter Anmeldung bekam der Anmelder so-
wohl wie der Gastwirt, bei welchem das Vergnügen abgehalten
werden soll, folgenden Befehl:
Auf das Gesuch vom 23. April d. erhalten Sie die Mitteilung,
daß öffentliche Lustbarkeiten an den Wochentagen nicht gestattet
werden können.
Die Parteigenossen am Orte werden natürlich trotzdem die Maffier
abhalten. Wenn kein anderer Weg offen ist, so wird eine
öffentliche Versammlung mit gemäßigtem Besammensein
der Maffier nur einen erhöhten Wert geben. Im übrigen können
wir konstatieren, daß in Nieder-Schönhausen in Lokalen, wo keine
Arbeiter verkehren, an Wochentagen öffentliche Tanzvergnügen
abgehalten worden sind. Vielfach erfreuen sich diese Vergnügen, die
in Berlin sehr bekannt sind, keines guten Rufes.

In der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung
haben zur Beschleunigung der Errichtung des geplanten großen
Krankenhauses 15 Stadtverordnete den Antrag gestellt,
den Magistrat zu ersuchen, den Plan des Krankenhauses, dessen
Plan nach den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung und
des Magistrats einstimmig genehmigt wurde, in der nächsten
Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen. In Schöneberg
geht das Gerücht, der Magistrat habe die Ausführung des Projekts
verschoben.

In Grünau hat die Gemeindevertretung nach langer Debatte
die Wahl des Wahlprüfers Reuendorf nun doch für un-
gültig erklärt, so daß für die dritte Abteilung demnächst eine
Neuwahl ausgeschrieben wird. Der Gemeindevorsteher verspricht,
die Wahlhandlung hierbei auf drei Stunden anzudehnen und auch ein
geeignetes Wahllokal zu suchen. Im März d. J. dauerte die Wahl-
handlung nur eine Stunde. Unser Parteigenosse, welche im
Gegensatz zum Gemeindevorstand der Meinung sind, daß ein Nicht-
angehörer zu wählen ist, behielten sich ihre Stellungnahme zur
Neuwahl vor.

Stegly. In der gestrigen Gemeindevorstandssitzung gab
zunächst der Vorsitzende u. a. die Antwort der Westlichen Vorort-
bahn bekannt auf ein Gesuch des Gemeindevorstandes um schnellere
Wagenfolge. Daß die Bahnverwaltung ein Bedürfnis hierzu nicht
anerkennt, war voranzutreiben. Die Steglyer dürfen vorläufig ihre
15 Pf. für die Lure Linsstraße-Berlin resp. Schwarzer Adler-
Schöneberg bis Stegly weiter bezahlen; auf schnellere Wagenfolge
haben sie erst dann zu rechnen, wenn stets sämtliche
Wagen besetzt sind. — Auf Anfrage des Genossen Kapp, wann
endlich die Gewerbegerichts wahlen stattfinden, wurde er-
widert, daß das Statut noch immer nicht genehmigt sei. — Die An-
wesenheit von ganzen 18 Mann der Gemeindevertretung bewies, daß
verschiedene der Herren dem nächsten Punkt der Tagesordnung:
„Beschlagfassung über eine Wohnungsstatistik“ nicht ein so
großes Interesse entgegenbringen, wie die Mehrzahl der Gemein-
dewähler. Jedoch wurde die Arbeit auch so nach dem
Grundriss verrichtet: „Wasche mir den Pelz, aber mache
ihn nicht naß!“, was den Hausbesitzern um so leichter war,
als sie häufigen Succurs aus Witterungen erhielten und zwar von
einem Mitgliede des Mietervereins, Herrn Dr. Dittler, der
gleich in der Einleitung vor einem „socialpolitischen Plan“ warnte,
zumal in unserem schönen Stegly nach seinem Wissen keine be-

sonderen Mifstände im Wohnungswesen herrschten. Kapp
wies auf die schweren sittlichen Schäden der Ueberfüllung der
Wohnungen hin und führte einige besonders trasse Fälle an.
Schließlich wurden die vorgelegten Fragebogen in allen — un-
wesentlichen Punkten angenommen und nochmals einer Kom-
mission zur endgültigen Redaktion überwiesen. Nachdem die so
wichtigen Fragen nach den stattgehabten Mietsteigerungen, der Be-
schaffenheit der Wohnungen, dem Luftraum der Wohn- und Schlaf-
räume usw. abgelehnt sind, ist eine Wohnungsstatistik übrig geblieben,
die eigentlich keine ist; sie ist jedoch nunmehr ein würdiges Kind
unser Gemeindevorsteher-Rechts. — Beschlossen wurde noch die
Anstellung eines Ständesbeamten mit 1500 M. Gehalt.
Ferner wurden unter freiwilligen Feuerwehr 346,25 M., dem
Zentralkomitee vom Roten Kreuz 100 M., der Vorbereitungs-
Junung 50 M. und der Vater-Junung 200 M. bewilligt.

Nummelsburg. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde ein
Antrag des Gemeindevorstandes, von der Kreisparlatte eine sofortige
Anleihe von 200 000 M. aufzunehmen, um die Kosten für die
Kanalanfänge an das Radialsystem XII zu decken, ge-
nehmigt. Bedeutende Ausgaben stehen der Gemeinde auch durch
geplante Umpflasterung beinahe sämtlicher Straßen bevor.
In diesem Jahr sollen die Kanalarbeiten imgeflastert und der Weg
vom Stadtbahnhof Nummelsburg-Ost bis Neue Prinz-Albertstraße
und die Pflasterarbeiten nengeplastert werden. Für nächstes Jahr ist die
Regulierung der Neuen Prinz-Alberts-, Leising-, Goethe-, Schiller- und
Mozartstraße vorgesehen. Die Gesamtkosten werden 300 000 M. betragen.
Eine Interpellation unres Genossen Gebauer wegen der Verzögerung
in der Errichtung des Gewerbegebäudes wurde von dem Vor-
sitzer dahin beantwortet, daß die große Arbeitslast der letzten Zeit
eine Beschäftigung mit dieser Frage nicht ermöglicht hätte, daß aber
das Veräunnte jetzt nachgeholt werden soll.

Soziale Rechtspflege.

Die Kartnarbeiterin Frau A., die bei den Herren Wilhelm
und Hager arbeitete, kam im Laufe des Jahres oft zu spät, wie
das in Kartnarbeiten seitens der Arbeiterinnen üblich ist. Als sie
wegen Zuspätkommens entlassen worden war, klagte sie beim Gewerbe-
gericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung. Sie berief sich darauf,
daß ihr das Zuspätkommen niemals verwehrt worden sei, bis auf die
letzte Zeit. Und da sei man gegen sie nur vorgegangen, weil sie an
einer Berufsversammlung teilgenommen habe. Ihr Vertreter stellte
noch fest, daß ebenfalls wegen Teilnahme an der Versammlung, wo
die Arbeitsverhältnisse besprochen wurden, andre sechs Arbeiter von
Wilhelm und Hager gekündigt bzw. entlassen worden seien. Der
Beklagte Wilhelm bestritt letzteres nicht, bezog sich aber im
vorliegenden Streitfalle auf das Zeugnis seines Zeichners,
wonach der Klägerin schon beim vorletzten Zuspätkommen
gekündigt worden sei, sie würde ohne weiteres entlassen, wenn
sie wieder zu spät komme. Nachdem der Präsident dies bekundet
hatte, nahm die Klägerin auf Anraten des Gerichtshofs die Klage
zurück. Der Vorsitzende, Gewerbebericht Dr. Meier, führte aus:
Nach der Zeugenaussage sei die Klägerin mit Recht entlassen worden.
Es wäre gleichgültig, daß der Arbeitgeber ein ganzes Jahr lang
eine gewisse Gummigkeit geduldet habe. Nachdem der Klägerin in
letzter Zeit gekündigt worden sei, dürfe sie nicht mehr zu spät kommen,
sonst würde sie entlassen, da hätte sie sich danach richten müssen.

Aushilfe. Wegen eine Lohnentschädigungsklage des Portiers J.
wider die Herren Häudner und Würfel als Inhaber des Varietés
„Silberhasen“ machten die Beklagten geltend, daß J. zur Aushilfe
engagiert worden sei. Sie erwarnten hierfür vor der Kammer VI
des Gewerbegerichts den Beweis, worauf der Gerichtshof
unter dem Vorsitz des Gewerbeberichters Wochling die Klage mit der
Begründung abwies, daß durch ein Aushilfe-Engagement die
Kündigungsklage ohne weiteres ausgeschlossen werde.

Gewerbe-Beitrag.

Zwei Anklagen wegen Beleidigung durch die Presse sollten
gestern vor der hiesigen Strafkammer des Landgerichts I gegen den
Redakteur Karl Schneider verhandelt werden. In der ersten Sache
handelte es sich um Beleidigung des Stadt-Schulinspektors Dr.
Kautz. Die von dem Angeklagten herausgegebene periodische
Zeitschrift „Der Rührer“ enthielt in der Nummer vom 9. No-
vember v. J. einen Artikel, der mit den Worten begann: „Die Er-
ziehung zur Botmäßigkeit“ und in deren weiteren Inhalte
mittelte, daß der Stadt-Schulinspektor Dr. K. . . . einem Volks-
Schullehrer im Amtszimmer einige Ohrfeigen verjehet habe.
Da der Name des Dr. Kautz mit dem Buchstaben
„K“ beginnt, so hielt dieser sich durch die Notiz beleidigt,
stellte Strafantrag und wurde als Nebenkläger zugelassen. Der An-
geklagte behauptete zunächst, daß die Notiz sich nicht notwen-
digerweise auf den Nebenkläger beziehen müsse, er habe — wie er nach-
weisen könne — die Geflogenheit, Personen in seinen Schriftstücken
stets nur mit dem Anfangsbuchstaben zu bezeichnen. Ferner wolle
er den Wahrheitsbeweis für den Inhalt des Artikels antreten und
berufe sich zu diesem Zwecke auf zwei von ihm namhaft gemachte
Lehrer. Er sei krankheitshalber nicht im stande gewesen, diese Zeugen
früher zu benennen. Der Gerichtshof konnte diesen Strafantrag nicht
ablehnen und der Vorsitzende teilte dies dem Nebenkläger mit dem
Ausdruck des Bedauerns mit, wobei er hinzufügte, „daß der vom
Angeklagten gestellte Beweisanspruch wenig Aussicht auf Erfolg habe.“
Als nun die zweite Sache gegen den Angeklagten verhandelt
werden sollte, lehnte dieser den Vorsitzenden wegen
Besangenheit ab. Er begründete seine Ansicht damit, daß der
Vorsitzende durch die erwähnte Erklärung seine Voreingenommenheit
gegen ihn zu erkennen gegeben habe. Der Gerichtshof konnte auch
diesen Antrag nicht ablehnen, der Termin wurde verlagt, bis die
entscheidende Kammer über das Ablehnungsgesuch Beschluß gefaßt
haben wird.

Eine Magenkrankheit. Aus Halle a. S. wird uns vom
26. April berichtet: Eines Abends im Dezember v. J. bemerkten der
Maurer Wolf und der Maurerpolier Heinsch im Saueewetter einen
schwankeuden Polizisten auf der Straße. Der Beamte fiel schließ-
lich zu Boden und wurde von den Passanten, die den Eindrud
hatten, der Polizist sei betrunken, in der menschenfeindlichsten Weise
aufgerichtet. In einer am 7. Januar stattgehabten Maurer-
versammlung verlas der Genosse Maurer Seifert die Liste der im
vergangenen Geschäftsjahre wegen Streikvergehens verhängten
Strafen, worauf ein Redner sich über die Härte der Strafen be-
klagte und empfahl als Pflichtwidrigkeiten der Polizei zur Anzeige
zu bringen. Genosse Seifert entgegnete darauf: „Kollegen, so
wollen wir nicht handeln. Wir haben auch schon einen Polizisten im
Kinnstein liegen sehen, aber keine Anzeige erstattet. So schlecht wollen
wir nicht sein.“ Seifert soll durch diese Worte die hiesige Polizei
beleidigt haben und wurde vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe
ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Beamte bekundete heute in
der Verhandlung, er sei magenleidend und am be-
treffenden Abend habe sich das Leiden wie schon öfter wiederholt.
Daß ihm vom Zeugen Heinsch beim Aufstehen geholfen worden, sei
möglich. Die andern Zeugen hatten jedoch den Eindrud bekommen,
der Polizist sei betrunken gewesen. Das Berufungsgericht war der
Ansicht, daß die Sache sehr milde liege und ermächtigte die Strafe
auf 5 M. ev. 1 Tag Haft.

Der vor einiger Zeit wegen der bekannnten Säuwindelungen zu
3 Jahren 1 Monat Zuchthaus verurteilte Looschändler Joseph
Scholl wurde gestern der 7. Strafkammer des Landgerichts I vor-
geführt, um sich wegen fahrlässigen Meineides zu verantworten.
Einer seiner Agenten, der ihm Hypothekengeschäfte vermittelte, ist
wegen Unterschlagung, Betruges u. z. zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus ver-
urteilt worden und hatte Scholl der falschen eiblichen Aussage be-
zichtigt. Diesmal hatte der letztere, der die betreffende gerichtliche
Aussage als Untersuchungsfangener gemacht hatte, Glück; es konnte
ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden und so mußte seine
Freisprechung erfolgen. Scholl befindet sich übrigens noch

immer in Untersuchungshaft; er hat gegen das vor wenigen Monaten
ergangene Urteil der 7. Strafkammer Revision eingelegt, und diese
schwebt noch immer bei dem Reichsgericht.

Versammlungen.

Der Verband der Bäcker hielt am Dienstag, den 15. April
im Rosenhaller Hof seine außerordentliche Generalversammlung ab.
Baeth gab zunächst den Quartalsbericht vom 1. Quartal. Die Ein-
nahmen inklusive des alten Bestandes betragen 1961,17 M., die Aus-
gaben 1719,99 M., bleibt ein Bestand von 241,18 M. Hierauf gaben
die Obmänner eine Uebersicht über ihre Thätigkeit in den Bezirken.
Die von den Bezirken gewählten Abteilungsleiter und Bezirks-
kassierer wurden von der Versammlung bestätigt. Hierfür wurde
für den Bezirk Norden als zweiter Bezirksführer gewählt.
Ein Antrag, den Bezirkskassierer, sobald dieselben nachweisen
können, daß sie den Beitrag aus den Wärdereien geholt haben,
5 Proz. zu bewilligen, wurde angenommen. Heygold be-
antragte, in der Versammlung am 1. Mai eine Kontroll-Liste zu
führen, und die Namen der dort anwesenden Mitglieder in der
nächsten Mitgliederversammlung zu verlesen. Die Versammlung
stimmte dem zu.

Der Verein Berliner Drochsenfischer hielt am 24. d. M.
an stelle der vierteljährlichen Mitgliederversammlung eine außer-
ordentliche Generalversammlung zwecks Vornahme wichtiger Ver-
änderungen des Organisationsstatuts in den Kaminhallen ab. Vor
Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der im ab-
gelaufenen Vierteljahr verstorbenen Vereinsmitglieder Karl Schu-
mann, Gottlieb Schulz und Ferdinand Roda in üblicher Weise
geleitet. Dem hierauf von Vorsitzenden Kautter erstatteten Ge-
schäftsbericht pro Januar-März ist folgendes zu entnehmen:
Neu beigetreten sind dem Verein im genannten Quartal 85 Mitglieder,
so daß der Verein am Schluß desselben 1341 vollberechtigte Mitglieder
zählt. Die Einnahmen beliefen sich insgesamt auf 3210 M. 66 Pf.,
die Ausgaben ebenso auf 3080 M. 60 Pf., das Vereinsvermögen be-
trug ultimo März d. J. 11 206 M. 86 Pf. Vom Vereinsbüro
wurden 709 schriftliche Arbeiten erledigt, Rechtschutz wurde in
13 Fällen bewilligt. Von den beschlossenen Statutenänderungen sind
folgende genehmigt: 1. Mitglieder, welche dem Verein 10 Jahre angehören, kann im Fall des Ablebens der
Ehefrau eine Beihilfe zu den Beerdigungskosten in Höhe von 60 M.,
nach 5jähriger Mitgliedschaft eine solche von 30 M., nach 10jähriger
Mitgliedschaft eine solche von 20 M. gewährt werden. 2. Mit-
glieder kann auf ihren Antrag vom Tage nach dem Tage
ihres Eintritts an unentgeltlicher Rechtschutz in Straf- und Privat-
sachen, sofern dieselben aus dem Verufe oder der Vertretung
des Vereinsinteresses herrühren, gewährt werden, jedoch darf das
betreffende Mitglied bei Nachzahlung des Rechtschutzes mit seinen
Beiträgen nicht im Rückstand sein, auch seine Mitgliedschaft nicht
gekündigt haben. 3. Mitglieder, welche dem Verein ununterbrochen
2 Jahre angehören und länger als dreizehn Wochen krank sind, kann
auf ihren Antrag der Vereinsbeitrag erlassen werden, jedoch nur
für die Dauer von 26 Wochen innerhalb eines Jahres. Ferner wurde
der Vorstand ermächtigt, Mitgliedern in sonstigen Fällen Unter-
stützungen bis zu 30 M., bei Streik und Aussperrungen bis zu
50 M. zu bewilligen. Nachdem sodann Bekker den Bericht der
Delegierten zur Gewerkschaftskommission erstattet hatte, wurden
Bekker und Buscher als solche wiedergewählt.

Nichtenau. Der socialdemokratische Wahlverein beschäftigte
sich in seiner Generalversammlung mit der Aufstellung der Kandi-
daten zur Gemeindevahl. Genosse Grauer befragte das Ersuchen
des Bezirksauschusses und empfahl wieder die Beteiligung an der
Ersatzwahl, welche am Freitag, den 2. Mai, stattfindet. Beschlossen
wurde, die bisherigen Vertreter, mit Ausschluß des Genossen Webe-
meier, welcher seinen Wohnsitz nach einem andern Ort verlegt hat,
wieder kandidieren zu lassen. Dem Wahlkomitee wurde aufgegeben,
den fehlenden Kandidaten (Grundbesitzer) aufzustellen. In seinem
Vorstandsbericht gab Vieffag unter andrem das Resultat der
Gewerbegerichtswahl bekannt. Die Gegner hatten sich nicht
an der Wahl beteiligt. Es wurden 1520 Stimmen für
unsere Liste abgegeben. Ferner berichtet Vieffag, daß 11 Mit-
glieder versammungen abgehalten worden sind. Drochsen wurden
1400, Flugblätter gegen 80 000 verbreitet. Der Rosenbergrat ergab
eine Einnahme von 577,26 M. und eine Ausgabe von 370,91 M.
Den Bericht der Bibliothekskommission erstattete Seidel. Die
Bibliothek umfaßt circa 200 Bände. 104 Bände sind ausgeliehen
worden. Zur Bibliothekskommission wurden Seidel, Adlersheim und
Kette gewählt. Ferner wurde für die erste Abteilung Lows, für die
zweite Grauer und für die dritte Vieze bestimmt. Dem Wahlkomitee
zur Gemeindevahl wurden 150 M. überwiesen.

Köpenick. Der hiesige socialdemokratische Wahlverein hielt seine
regelmäßige Versammlung am 15. April im Lokal des Genossen
Stippeloh ab. Zunächst ehrte die Versammlung durch Erheben von
den Klagen das Andenken unres verstorbenen Genossen, des Schuh-
machermeisters Paul Krause. Sodann gab der Kassierer den
Bericht vom letzten Quartal, in dem eine Einnahme von 392,55 M.
und eine Ausgabe von 439 M., mithin ein Defizit von 53,55 M. zu
verzeichnen war. Darauf beschloß die Versammlung, den 1. Mai
durch Konzert, Tanz, Vorträgen u. z. bei einem Eintrittspreis von 20 Pf.
pro Person in den Lokalen „Kaiserhof“ und „Scheer“ zu feiern. Die
nächsten Veranstaltungen wurden einem Komitee von 14 Genossen
übertragen.

Müggelheim. Hier fand am 20. April eine öffentliche Volks-
versammlung im Lokal des Herrn Trappens statt, in welcher Reichs-
tags-Abgeordneter Jubell über „Die politische Lage und den
Kampf um den Wählerstimmen“ referierte. Die Versammelten, welche
aus Köpenick, Müggelheim, Gosen, Jüttau und Warnsdorf herbeigekommen
waren, konnte der Saal und die angrenzenden Mäulich-
keiten nicht fassen. Ost unterbrochen vom stürmischen Weiffall der
Anwesenden erledigte sich der Redner seiner Aufgabe in dreißigminütiger
meisterhafter Rede. Zum Schluß unterzog er das Vorgehen des
hiesigen Amtsvorstehers einer scharfen Kritik, da betreffende Herr die
Gastwirthschaft gegen ihren Saal zu Versammlungen hergeben, auf die
Polizeistunde setzt. Hierauf schloß die Versammlung mit einem drei-
fachen Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Marktpreise von Berlin am 26. April 1902
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Waren	Einheit	Preis	Waren	Einheit	Preis
Weizen, gut (D.-Gr.)	100 kg	1.60	Rostocher, neue, D.-Gr.	60 kg	1.20
„ mittel	100 kg	1.40	Winkelreife, Reife 1 kg	1.60	1.20
„ gering	100 kg	1.40	„ do. „	1.40	1.20
† Roggen, gut	14.80	1.70	Schweinefleisch	1.70	1.30
„ mittel	14.80	1.80	Rohfleisch	1.80	1.30
„ gering	14.80	1.60	„	1.60	1.20
* Weizen, gut	14.60	1.40	Butter	2.60	2.20
„ mittel	13.90	1.30	Gierz 60 Stück	3.60	2.20
„ gering	13.30	1.20	Parfen 1 kg	2.20	1.20
* Hafer, gut	17.50	1.60	Waie	2.60	1.40
„ mittel	16.80	1.60	Hander	2.80	1.20
„ gering	16.20	1.50	Heide	2.20	1.20
† Hafer, gut	7.32	1.20	„	1.80	0.80
„ mittel	9.10	1.20	„	3.20	1.40
„ gering	8.40	1.20	„	1.40	0.80
Erbsen	10.00	1.20	„	1.40	0.80
Erbsen	10.00	1.20	„	1.40	0.80
„	10.00	1.20	„	1.40	0.80

† ab Bahn. * frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 27. April. Getreide. Infolge wesentlich
festerer New Yorker und Chicagoer Berichte legte der heutige Getreidemarkt
mit 1/2 M. höheren Preisen ein. Stimulierend wirkten auch die Nach-
richte, die aus den verschiedenen Gegenden berichtet und seitens der Wetter-
warten auch für die nächste Nacht prophezeit werden. Später hin schwächen
sich die Preise aber, wahrscheinlich auf Realisationen, wieder ab, so daß in
der zweiten Stunde Weizen und Roggen nur noch 1/2 bis 3/4 Mark über
Sonnenabend-Schluß notierten. Das Angebot war reichlich aber nicht
rentabel, effektive Ware war, namentlich in Roggen, gelichtet. Das Geschäft
war ruhig, Wehl lag mit 3 Pf. höher. Der Hafermarkt war für Vor-
waren sehr. Vorräthigung wenig verändert. Wehl und Hafer. Wehl war
sehr. — Spiritus. Spiritus 10 Pf. höher. loco 70er 33.70 M. Nach
vorübergehender Abschwächung, die durch einige Abkühlung in russischem Roggen
herbeigeführt wurde, verlief der Schluß für Getreide wieder erhöht.

**Socialdemokratischer Wahlverein
für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis**

Dienstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
in Raabes Salon, Kolbergerstraße Nr. 23.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Sünden und Forderungen im roten Hause“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Für die Damen als Zuhörer sind die Galerien reserviert.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß des Himmelfahrtstages wegen der nächste Wahlabend nicht am 8., sondern am 15. Mai stattfindet. 247/9

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.** (Zahlstelle Berlin.)

Am Mittwoch, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Kassenericht. 3. Bericht von der Gaukonferenz. 4. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 6. 64/9
Wichtig der Mitglieder ist es, bei der wichtigen Tagesordnung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Wir machen die Verbandsmitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß heute, Dienstagabend, von 7-8 Uhr in allen Verkehrslokale ein Flugblatt zur Verteilung gelangt. Wir erwarten, daß sich die Kollegen rechtzeitig einfinden, damit eine rege Rechte Verteilung stattfindet.
139/9 Die Verbandsleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Dienstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenericht. 2. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung. 3. Wahl des Gauvorstandes. 4. Die Maifeier. 5. Antrag des Mitgliedes **Stanzoff**: Erhöhung des Extrabeitrages auf 5 Pf. pro Woche. 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 73/18
Mitgliedsbuch legitimiert.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Photogr. Atelier
J. Fuchs**

Friedrichstr. 108, Königstr. 52,
vis-a-vis der Karlstrasse vis-a-vis dem Rathaus.

Allbekannt künstlerische Ausführung.
12 Visité . . . 1,70 12 Kabinett . . . 4,50
12 Promenad. . . 8,00 1 Salonbild, ca. 100 6,00

Gratis erhält jeder sein eigenes Bild aus Glas (Diaphan-Fensterbild), der sich in der Zeit vom 25. April bis zum 8. Mai bei mir photographieren lässt.
3905L*



Elegante Damen-Mäntel

zu billigen Preisen!

Nach beendeter Engros-Season verkauft die Damen-Mäntel-Fabrik [21/9*]

Kronenstraße 44, II. Etage

(Zählstuhl-Verwendung)
Ihre Reisemäntel und den Restbestand des Vagers, bestehend aus eleganten Modellen und Kopien in Kostümes, Jackettes, Paletots und Kostümröcken
zu auffallend spottbilligen Preisen.

Sie werfen Geld fort!

Wenn Sie immer Ihre Cigaretten zu teuer einkaufen, kaufen Sie nur meine beliebten „Havanillos“, 500 Stk. nur 7 Mk., 1000 Stk. nur 13 Mk., franco gegen Nachnahme. Sie werden im Zukunft viel Geld sparen! Garantie: Umtausch oder Rücknahme! Anständige Worte der Anerkennung von Placieren, Redieren, Redieren, Vandalen etc. Bestellen Sie bitte sofort postfrei ins Haus 500 Stk. für 7 Mk., 1000 Stk. für nur 13 Mk. bei **Rud. Tresp, Cigarettenfabrik, Neustadt (Weißensee)** H. 88. [1*]

H. & P. Uder, Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake

Specialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34879*

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtes Gebisse.

Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr. [19/7*]

Maifeier

der socialdemokratischen Parteigenossen

des V. und VI. Berliner

und des Teltow-Beeskow-Charlottenburger Wahlkreises.

V. Wahlkreis:

Schweizer Garten am Königsthor

VI. Wahlkreis:

Ahrends Branerei, Lurmfstraße 25-26
Moabiter Gesellschaftshaus (Peters), Alt-Moabit 80-81

Feldschlößchen, Müllerstraße 142 247/11

Eiskeller, Chausseestraße 88

Ballschmieders Kastanienwäldchen, Badstr. 16

Marienbad, Badstraße 36

Wernau, Schwedterstraße 23-24

Teltow-Beeskow:

Köpenick: Wilhelmsgarten (Scheer)

Hotel Kaiserhof

Schöneberg: Obst, Weiningerstraße 8

Wilmerdorf: Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 140

bestehend in

Konzert, Gesangs-, theatralisch. u. turnerisch. Aufführungen.

==== Festsreden ====

Lebenden Bildern - Tanz - Kinderbelustigungen.

Die Feste werden von den Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbundes ausgeführt.
Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Alles Nähere durch die Plakate und Programme in den einzelnen Wahlkreisen.

Volks-Versammlungen

vormittags 10 Uhr

Britz: Rosensee-Terrasse, Chausseestraße 69-70.

Adlershof: In Köpenick bei Scheer.

Durch abwechslungsreiches Arrangement dieser Festlichkeiten glauben wir der Arbeiterschaft in jeder Weise Rechnung getragen zu haben und erjuchen daher um zahlreiche Beteiligung.
Die Komitees.

Rixdorf! Rixdorf!
Donnerstag, den 1. Mai, im Lokal des Herrn Thiel (fr. Lauknor), Bergstraße 151-152:

Mai-Feier
arrangiert von den Parteigenossen Rixdorfs.
Grosses Konzert.

Auftreten des „Berliner Alt-Trio“. Turnerische Aufführungen.
Nach dem Konzert: **Tanz.** 202/14
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Das Komitee.

Schloss Weissensee.
Mai-Feier

arrangiert von den Parteigenossen Weissensees.
Großes Garten-Konzert

ausgeführt von der Freien Vereinigung der Civil-Verdienstler.
Gesangsvorträge der hiesigen Arbeiter-Gesangsvereine.
Aufführung von lebenden Bildern. In 2 Sälen: **Grosser Ball.**
Um 8 Uhr: **Festrede**, gehalten vom Genossen **Jul. Kaliski.**
Anfang nachmittags 4 Uhr. — Programm 30 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. 222/9

Achtung, Isolierer und Rohrumhüller.

Vont Befehl der letzten Versammlung wird der 1. Mai einmütig gefeiert. Treffpunkt morgens 9 Uhr bei **Patt**, Dragonerstraße. Mitgliedsbuch mitbringen. 288/14
Am Sonnabend, den 3. Mai, findet bei **Schulz**, Grenadierstraße, die Nachfeier mit beschränkter Einführung statt.
Albert Westphal, Warschauerstr. 9.

Gustav Tempel

empfehlen sein 40059*
Restaurant „Zur windigen Ecke“,
Alt-Posthagen 56, Ecke Bahnhofsstraße, 2 Minuten ab Bahnhof Straus-
Kummelburg. — Gute Küche. — Fremdlische Bedienung.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
(Endstation der „Storn“-Dampfer)
Telephon: 39.

Zuhaber: **Hermann Peter**, Grünan Nr. 39.
Empfehle mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Herrinnen und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahre. Regelmäßige, große Kaffeeküche. Gute Küche und beliebteste Biere zu soliden Preisen. [35772*]

Zur Maifeier!
Stollaternen, Transparente, Illuminationen, Saaldekorationen, Verleihungartikel. 38808*

Paul Schimlik, Berlin SW.,
Tel. VIa, 11873. **Friedrichstr. 235.**
Sämtlicher Festlichkeitsbedarf.

„Wanzenfeind“ Unfehlbar „Mottenfeind“
in der Flasche“ sicher. „im Beutel“
Gesetzlich geschützt! nur 5 Pfg.
Preis 50 Pf., 1,00, 1,50. Neun Königstrasse 53, 1.
Allein-Vorkauf: Fabrikant **Th. Schmiedel**, am Alexanderplatz.
Schwabenpulver! Kein Laden! **Schwabapulver!**
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

Gänsefedern 60 Pf.
1/2 Pfund (größere zum Nähen),
Schlachtfedern, wie in o. b. Ganz
fallen, mit allen Taunen M. 1,50,
höflicher Güte M. 2,00,
bester Schmalbann M. 2,50,
3,00, beste schwarze M. 3,50,
russische Taunen M. 3,50, weiße
höfliche Taunen M. 5,00, er-
sienes Feder M. 1,50, 2,00,
2,50, Prima gefüllte M. 3,00,
3,50, Verland gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S.,
Erbs. Bettfedernfabrik m. elect.
Bezirke. Ulla Urtenummsberib.

Malteser-Postkarten, Neuheit!
Gärtner, Doppel-Älter 18.



**Stettiner
Jubiläums-
Pferde-Lotterie**

Ziehung am 6. Mai 1902.
Hauptgewinne:
15 Equipagen, complet bespannt
und zusammen
100 Reit- u. Wagenpferde
25 Damenfahrräder
40 Herrenfahrräder
160 goldene Medallion
5000 Paar silb. Esslöffel
aus 5313 Gew. Worth Mark
200,000
Orig.-Loose à 1 M., 11 Loose = 10 M.,
Porto u. Gewinnliste 20 Pfg. empfiehlt
Carl Heintze
Berlin W., Unter den Linden 3.

**Wohlfahrts-
Geld-Lotterie.**
Ziehung:
27. bis 31. Mai

16 470 Geldgewinne baar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinne: Mark
100 000
50000
25000
etc. etc. etc.

Originalloose à 3,20 Mk.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Marienbg. Pferde-Loose
à 1 Mk. — 11 Stück 10 Mk.
(Porto u. Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W. Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63



Krankenkassen-Mitglieder!

Sie machen hierdurch bekannt, daß der Apotheker Dr. Wedel, Schöneberg, Sedanstr. 3, (Sedan-Apothek) sich uns gegenüber durch Vertrag verpflichtet hat, den von uns vertretenen Krankenkassen u. a. auf Rezepten einen Rabatt von 20 Proz. zu gewähren.

Wir werden im übrigen auf Grund des Vertrages mit Herrn Dr. Wedel schon in aller nächster Zeit zunächst in Berlin W. und SW. Rezeptensammelstellen errichten, in welchen solche Rezepte auch persönlich abgegeben werden können.

In beiden Fällen — sowohl bei Uebersendung durch die Post, wie bei Benutzung der Rezeptensammelstellen — ist es jedoch unbedingt erforderlich, daß auf dem Rezept die genaue Adresse des Arznehmens (Straße, Nummer, Vorderhaus, Quergebäude oder Seitenflügel, Treppe; bei Chambergaristen oder Schlafburden Name des Wohnungsinhabers) angegeben wird.

Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Der Untersuchungsrichter Herr v. Podewils und die „Arbeitslosen-Zeitung“.

In der am Mittwoch, den 23. April, stattgefundenen Verhandlung gegen die „Arbeitslosen-Zeitung“, die bekanntlich mit Freisprechung endete, hat der Staatsanwalt das Einschreiten gegen die „Arbeitslosen-Zeitung“ immer nur unter dem allgemeinen Gesichtspunkt verteidigt, daß durch den „verheerenden“ Inhalt, die „verheerische“ Auswahl der „verheerenden“ Bilder und die „verheerische“ Zusammenstellung zur gewaltigen Erhebung gegen „Habsichten“, „Agrarier“ und „Handwerker“ aufgereizt würde.

Ganz anders der Untersuchungsrichter in seiner Begründung der Beschlagnahme der „Arbeitslosen-Zeitung“, die am 17. Dezember auf Anordnung der Staatsanwaltschaft stattgefunden hatte.

Wahrscheinlich waren wir durch die Vorschriften der Strafprozeßordnung verhindert, den Wortlaut dieses Beschlagnahme-Beschlusses zu veröffentlichen, heute, nach der stattgefundenen öffentlichen Verhandlung, wollen wir das nach verschiedenen Seiten hin charakteristische Merkmal der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten. Er lautet:

Beschluß.

In der Strafsache wider den Redakteur Theodor Glöck wegen Vergehens wird beschlossen: Das Flugblatt „Arbeitslos! Weihnachtsgeld für 1901“, Verlag der Expedition der Buchhandlung Vorwärts (Th. Glöck), Druck von Max Wading, beide in Berlin, seinem ganzen Inhalte nach zu beschlagnahmen und die Beschlagnahme auch auszudehnen auf die zur Verbilligung dienenden Platten und Formen.

Gründe.

Das im Text näher bezeichnete Blatt ist keineswegs eine mit politischer Lizenz abgefaßte und danach zu beurteilende Zeitschrift, sondern es enthält eine in Wort und Bild mit größter Hebelegung gewählte ganz trassige Gegenüberstellung von einerseits dem Elend des Proletariats, andererseits der glänzenden Lage der Besitzenden. Jede Entbehrung wird unendlich gesteigert durch Anblick und Schilderung fremden Gewinnes, zumal wenn letzterer als ein widerrechtlicher Raub der Besitzenden gegen die Entbehrenden dargestellt wird.

Kein Haß ist nachhaltiger und unerbittlicher, als die dadurch (dadurch? wodurch? durch den Haß?) hervorgerufene Mißgunst des Entbehrenden. Diese Mißgunst (!) zu erregen und bis zum höchsten gewaltigen Ausdruck — wozu das erste Gebot des Blattes mit klaren Worten aufruft, — zu steigern, ist die offensichtliche Tendenz der Schrift, um dadurch Propaganda zu erzeugen gegen unsere Gesellschaftsordnung und insbesondere wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung.

Da nun diese (welche?) Neigung, auf die hier spekuliert wird, in der menschlichen Natur sehr begründet und daher sehr geeignet sind, das Urteilsvermögen namentlich der ungebildeten Menschen zu blenden, so ergibt sich als Schlußfolgerung die dringende Gefahr, das heißt die nahe Möglichkeit und gegründete Befürchtung einer Störung des öffentlichen Friedens. Eine dahingehende wohlüberlegte Absicht wäre zwar zum Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs nicht maßgebend; sie ist indes hier anzunehmen, weil sie der ganzen Tendenz der sozialdemokratischen Partei, wie sie offen und bündig in ihren Manifesten, Programmen und offiziellen Parteischriften ausgesprochen ist, entspricht, und weil das Endziel des sozialistischen Strebens anders als durch Gewalt auch nicht erreichbar ist. Dieses Endziel ist nämlich u. a. von dem kommunistischen Manifest, dessen Gedanken sich nach Karl Kautsky, „Kommentar des Erfurter Programms“, noch heute „wie ein roter Faden“ durch die ganze Sozialdemokratie zieht, öffentlich proklamiert — um:

Expropriation des Grundeigentums, Abschaffung der Erbschaft, Konfiskation des Eigentums aller „Rebellen“, das heißt Nichtsozialisten usw. Wenn gleich das später nach dem „Erfurter Programm“ durch die Aenderung gemildert wird, daß danach nur „ein Teil“ des Eigentums der Konfiskation verfallen soll, so bleibt doch immerhin ein „so despotischer Eingriff in das Eigentumsrecht“ bestehen, daß danach eine Durchsührung eines solchen Prinzips ohne gewalttätige Niederschlagung des unfehlbaren Widerstandes unmöglich ist. Dies erkennt auch der Schluß des Manifestes ganz offen an. Desgleichen Passagen in seinem „Arbeiter-Lohnbuch“, wo er die Revolution, die vor den Konsequenzen in den Jahren 1789 und 1830 zurückgeschreckt, eine „Philister-Bewegung“ nennt und in seinem Arbeiterprogramm, indem er hier ausführt, daß das legale Reformieren langsam fortschreite, während die Revolution schnell und energisch zu einem praktischen Ziele führe.

In Konsequenz dieser Auffassung beschließt auch der Kongress von Witten vom August 1880, das frühere Göttinger Programm dahin zu ändern, daß die Partei fortan ihr

Ziel mit allen, also nicht nur gesetzlichen Mitteln durchzuführen habe. Auch das letzte (Erfurter) Programm ändere diese Endziele und die zur Erreichung führenden Mittel nicht, sondern beschäftige sich hauptsächlich mit dem, was die Partei zunächst erreichen zu können glaubt. Indes weist auch der Kommentator, der Verfasser dieses Programms, Kautsky die Gedanken an Gewalt keineswegs zurück, sondern warnt die Ausgebeuteten vor der Hoffnung, daß ihnen die abgetretenen Lauben der sozialen Revolution ohne ihr Zutun in den Mund fliegen werden. Es habe zwar Fälle gegeben, in denen die Herrschenden aus Einsicht, Schwäche oder Feigheit freiwillig abtunten. Aber ohne thätkräftiges Eintreten sei noch nie eine soziale Revolution gelungen.

Wenn man diesen deutlich ausgesprochenen Prinzipien gegenüber der Sozialdemokratie sich fortwährend gegen jeden Gedanken an Gewalt verhält, wird für ihre Parteizugewandte die Auslegung verlangt, daß darin nur geistige Waffen gedacht seien, so ist das jedenfalls nichts weiter als eine Ausflucht, die nur so lange benutzt wird, bis die Zeit gekommen ist, in der Gewalt eine Ausflucht auf Erfolg verspricht. Einweisen bis dahin dienen aber derartige Publikationen, wie dieses Blatt, dazu, die Erbitterung rege zu erhalten und anzufachen bis zu dem endlichen Tage der Abrechnung. Darin begreifen die Verfasser einen durch lange und planvolle Agitationen und reiche Literatur geschulten Verständnis ihrer Waffen.

Dies genügt zum Tatbestand des § 130 des Strafgesetzbuchs, da derselbe nicht erfordert, daß die Anreizung sich bezieht auf eine bestimmte innerhalb einer bestimmten Zeit zu Tage tretende Gewaltthat. Die Beschlußfassung rechtfertigt sich hiernach gemäß §§ 130, 40, 41 des Strafgesetzbuchs, §§ 94 ff., 477 ff. der Strafprozeß-Ordnung, §§ 23, 27 des Preßgesetzes. Berlin, den 17. Dezember 1901.

Königliches Amtsgericht I, Abteilung 128 geg. v. Podewils, Amtsgerichtsrat.

Dies die Begründung der Beschlagnahme-Verfügung. Wir wollen kein Wort verlieren über die geradezu unglücklich irrende und verwirrende Auffassung des Untersuchungsrichters über unsere Parteibestrebungen, über unsere Parteiliteratur, über unsere Parteigeschichte, wiewohl man schließlich von einem Mann mit allgemeiner Bildung, der ein Urteil über eine Partei, deren Bestrebungen und Literatur auspricht, eine klarere und tiefere Auffassung verlangen könnte. Wenn Herr von Podewils als Staatsanwalt in einer Arbeiterversammlung mit solchen Ansichten auftreten würde, jeder Arbeiter würde ihm den Kopf in einer Weise waschen, daß die Versammlung ihre helle Freude daran hätte und Herr v. Podewils wahrscheinlich keine Lust zur Wiederholung verspüren dürfte.

Aber wir haben es hier weder mit dem Politiker noch mit dem Historiker oder Nationalökonom Podewils zu thun, sondern mit dem Richter! Natürlich begründet auch der Untersuchungsrichter das Vorgehen unter dem Gesichtspunkte des Aufreizungsparagrafen. Aber er nimmt sich nicht einmal die Mühe, aus dem Inhalt der beschlagnahmten „Arbeitslosen-Zeitung“ auch nur eine Zeile als Beweis für die Verletzung des § 130 anzuführen. Seine allgemeinen Redewendungen mögen seine vorgelegte Behörde im Hinblick auf die juristischen Qualifikationen des Herrn Untersuchungsrichters mehr interessieren als uns.

Was uns hier interessiert, ist die Tatsache, daß nach dieser Begründung uns — und vielleicht nicht bloß uns — das Vorgehen gegen die „Arbeitslosen-Zeitung“ unter einem ganz anderen Gesichtspunkte erscheint, als in der Verhandlung vor dem Landgericht.

Der Staatsanwalt, das Gericht, die Verteidigung behandelten die Beschlagnahme und Anklage als eine Rechtsfrage.

Der Untersuchungsrichter in erster Linie als eine politische Frage, also als eine Machfrage, bei der die rechtliche Seite das sekundäre Moment bildet.

Herr v. Podewils erklärt: die Tendenz des Blattes ist: Aufregung, um dadurch Propaganda zu erregen gegen unsere Gesellschaftsordnung und insbesondere wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung.

Und erst nachdem er mit lapidarer Klarheit diese Tatsache festgestellt hat, geht er — das Wie interessiert uns nicht — auf die rechtliche, die strafrechtliche Seite der Frage über.

Herr von Podewils — so fassen wir seine Erklärung auf — betrachtet es als Aufgabe der Gerichte, die „Propaganda“ gegen die „wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung“ — weil strafbar — zu verhindern, zu unterdrücken, diese Propaganda an sich erscheint ihm schon als gegen § 130 verstoßend.

Mit anderen Worten: die logische Konsequenz der Podewils'schen Auffassung — und dabei ist es ganz gleichgültig, daß er diese Konsequenz selber nicht gezogen wissen will — führt dahin, daß der Richter als Diener der politischen Gewalt erscheint, das heißt also, Diener der herrschenden Klassen.

Bisher wurde das nur für die Verwaltungsbeamten, die Landräte, Polizei und vielleicht da und dort auch für die Staatsanwälte zugegeben; der unparteiische Richter sollte wie der König „über den Parteien“ stehen.

Wir haben es bezüglich der Könige nie geglaubt; durch so und so viele politische Tendenz-Prozesse wurde der Glaube an die Unparteilichkeit — die objektive, nicht die subjektive — der Richter in den Massen in weitestem Maße erschüttert; wir sprachen und sprachen von Klassenjustiz — unter dem Widerspruch der Regierung und der herrschenden Klassen!

Der Untersuchungsrichter Herr v. Podewils aber liefert uns Schwarz auf Weiß den tatsächlichen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung — und um diesen Preis ist vielleicht die gesetzlich unzulässige Beschlagnahme der „Arbeitslosen-Zeitung“ und die trotz der voraussetzbaren, vier Monate später erfolgten Freisprechung eingetretene finanzielle Schädigung der Buchhandlung Vorwärts nicht zu teuer erkauft.

Versammlungen.

Die revolutionären Kämpfe in Rußland und Belgien lautete das Thema eines Vortrages, den die Genossin Clara Zetkin in einer Volksversammlung des ersten Wahlkreises hielt, die am Sonntag im Palais-Theater abgehalten wurde. Die Rednerin leitete ihren Vortrag mit der Bemerkung ein, daß die revolutionären Kämpfe in Rußland und in Belgien Taktiken zu Tage gefördert haben, die uns eine Antwort geben können auf die Frage, ob es notwendig ist, die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokratie und ihre Taktik einer Revision zu unterziehen, und auf die weitere Frage, auf die sich ja die Revisionsbestrebungen innerhalb unserer Partei beziehen: Ob die proletarischen Forderungen stärker verwirklicht werden, wenn die sozialistische Partei unter Abschwächung ihrer Prinzipien Kompromisse mit dem Liberalismus eingeht, oder ob das Proletariat den Sieg schneller erringt, wenn es als selbständig für seine Klassenforderungen

kämpfende Partei auftritt. Die Genossin Zetkin schilderte die revolutionäre Bewegung in Rußland von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit und kam dabei zu dem Schluß, daß die revolutionären Kämpfe gegenwärtig von der Intelligenz und der Arbeiterklasse Rußlands gemeinsam geführt werden. Den Rückhalt und die vorwärtstreibende Kraft der revolutionären Bewegung, in deren Vordergrund die Forderung steht: gegen den Absolutismus, für Erreichung der politischen Freiheit, bildet das Proletariat, während die Bourgeoisie, der Liberalismus diesen Kämpfen fern steht. Die Bourgeoisie hat eben aus der Entwicklung der Verhältnisse in Westeuropa gelernt, daß der Absolutismus zu einem modernen Staatswesen nicht ungeeignet werden kann, ohne daß dem Proletariat Spielraum gewährt wird zur Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Forderungen. Andererseits hat der Jarrismus die Bourgeoisie durch mancherlei Vergünstigungen geradezu gekauft, sie hat aus diesen Gründen Frieden mit dem Absolutismus geschlossen und wird nie daran denken, die revolutionäre Bewegung zu unterstützen. — Auf die Vorgänge in Belgien eingehend, schilderte Genossin Zetkin die Entwicklung der dortigen politischen Zustände und besprach dann die gegenwärtigen Wahlrechtskämpfe. Seit fast zwei Jahren haben unsere belgischen Genossen eine Agitation für das gleiche Wahlrecht betrieben, die lebhaften Anklang bei den Arbeitern fand. Entweder das gleiche Wahlrecht oder die Revolution! lautete der Kampfruf, mit dem Hunderttausende viele seiner Reden schloß. Es war ein rein proletarischer Klassenkampf gegen Absolutismus und Liberalismus. Jetzt auf einmal sehen wir die Sozialisten in Union mit dem Liberalismus. Das ist ja nicht grundsätzlich zu verwerfen, wenn unsere belgischen Genossen nicht den liberalen Bundesbrüdern zuliebe einen ihrer wichtigsten Programmpunkte, das Frauenwahlrecht, hätten lassen müssen, und wenn sie nicht auch ihren Wahlrechtskampf mit Rücksicht auf die Liberalen abgezwängt hätten. Was die Sozialisten von den Liberalen erwarteten, hat sich nicht erfüllt. Das Budget ist bewilligt und die Verfassungsrevision abgelehnt worden. Der angekündigte harte Kampf unserer Genossen im Parlament, die Obstruktion, welche die Straßendemonstrationen wirksam unterstützen sollte, ist unterblieben, und der Generalstreik ist proklamiert worden nicht auf Veranlassung der Führer, welche die Gegner mit diesem Kampfmittel gedroht hatten, sondern auf das Drängen der Massen. Ein politischer Massenstreik kann nur dann Erfolg haben, wenn die Gegner fürchten müssen, daß hinter dem Streik weitere revolutionäre Aktionen folgen, und die Massen zum revolutionären Kampf bereit sind. In andern Fällen ist der Generalstreik nur eine Sonntagsparade des Proletariats. Wir können hier nicht beurteilen, ob die revolutionären Streitkräfte in Belgien ausreichend sind, um den Kampf bis zum äußersten durchzuführen. Wenn die Führer aber wissen, daß dem nicht so ist, dann dürfen sie die Massen nicht erst mit dem Generalstreik aufregen. Unsere belgischen Genossen haben aber auch in letzter Stunde dem Liberalismus dadurch nachgegeben, daß sie ihre Hoffnung auf ein Wort aus dem Munde des Königs setzten, desselben Königs, dessen Thron sie noch bis vor einem halben Jahre in der denkbar schärfsten Weise kritisiert und glottierten. Das ist keine politische Klugheit, sondern eine politische Unklugheit, die gebrauchsmäßig werden muß. (Stürmischer Beifall.) So ist ein Kampf, der unter lebhaftem, revolutionärem Grollen begann, ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Es soll nicht gesagt sein, daß unsere Genossen unter allen Umständen Revolution machen sollten, aber der Grund, den der Korrespondent des „Vorwärts“ für die Einstellung des Kampfes angibt, trifft nicht zu. Danach soll der Kampf unterblieben sein, weil unsere Genossen fürchteten, zu viel zu sagen, die Republik zu erringen, für welche die belgischen Arbeiter noch nicht reif seien, und die von deutschen und französischen Deputierten wieder unterdrückt worden wäre. Die letztere Voraussetzung ist politische Aneignerei. Wenn aber die Befürchtung zuträfe, wir könnten eine Machtposition erringen für die das Proletariat noch nicht reif ist, dann könnten wir uns begnügen lassen. — Die parlamentarische Niederlage unserer belgischen Genossen ist nicht so schwerwiegend wie die Niederlage, welche die sozialistischen Führer dadurch erlitten haben, denn ihre Autorität muß in den Augen der Masse erheblich beeinträchtigt worden sein. — Wenn wir aus den Ereignissen in Rußland und Belgien eine Lehre ziehen, so muß es die sein: Wir brauchen, wenn es sich um Erringung bestimmter Forderungen handelt, Bundesgenossen aus bürgerlichen Kreisen nicht unter allen Umständen verschmähen, aber wenn wir Unablässig mit bürgerlichen Parteien eingehen, dann muß dabei unter allen Umständen der Klassencharakter unserer Partei gewahrt bleiben und wir müssen die Führung behalten. Unsere Ziele werden nicht erkämpft im Bunde mit den Liberalen, sondern im Kampf gegen dieselben.

Nach dem zweistündigen, fesselnden, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage nahm Pfarrer Raumann das Wort zu einer dreiviertelstündigen Polemik gegen die Beurteilung der belgischen Verhältnisse durch die Genossin Zetkin. Raumann meint, die Niederlage der belgischen Arbeiterpartei habe ihren Grund darin, daß sie den Weg des Kompromisses und den der Revolution gleichzeitig habe benutzen wollen, um das Wahlrecht zu erlangen. Nun hätten aber die Vorgänge gezeigt, daß die belgische Arbeiterpartei die Revolution nicht ernstlich gewollt habe, und daß sie überhaupt keine revolutionäre Partei mehr sein wolle. Unter diesen Umständen wäre das Kompromiß mit den Liberalen ohne Drohung mit der Revolution der richtige Weg gewesen. Redner erwartet, daß der bevorstehende Parteitag der belgischen Sozialisten sich für die Fortsetzung der Taktik der Kompromisse entscheiden werde. — In lebhaften, von allseitigem Beifall begleiteten Ausführungen wandte sich Genosse Dannenberg gegen Raumann und die Kompromißfreundliche Taktik. Weiter führte er aus, daß die schnelle Wendung des Generalstreiks in Belgien unter den hiesigen Arbeitern lebhaften Unwillen erregt habe. Man habe hier den Generalstreik für den Beginn eines sehr ernstlichen Kampfes gehalten, dem Arbeiter, die bereits Barrikaden bauten und blutige Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht hatten, wären gewiß zum äußersten Kampf bereit gewesen. Es sei nicht glaubhaft, daß es nur, wie der Korrespondent des „Vorwärts“ behauptete, Lumpenproletariat gewesen wären, die auf der Straße mit der Polizei in Kampf gerielen. Diese Darstellung des „Vorwärts“-Korrespondenten habe in Arbeiterkreisen böses Blut erregt. Das Verhalten der belgischen Parteiführer habe das Mißtrauen der Arbeiter erregt, ebenso wie auch bei uns in sozialistischen Arbeiterkreisen Mißtrauen herrsche gegen solche Führer, die eine kompromißfreundliche Haltung einnehmen. In einem längeren Schlußwort trat Genossin Zetkin den Ansichten Raumanns entgegen. Sie sprach die sichere Erwartung aus, daß der Parteitag unserer belgischen Genossen sich nicht für die Taktik der Kompromisse, sondern für den Klassenkampf entscheiden werde, sowohl hinsichtlich der Erringung des gleichen Wahlrechts, als auch der weiteren Forderungen des Sozialismus.

Witterungsübersicht vom 28. April 1902, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur in C., Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur in C. Rows include: Zwickende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Hannover, Bielefeld, Köln, Stuttgart.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. April 1902. Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Tage etwas wärmer bei mäßigen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

14. Ziehung 4. Klasse 206. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 28. April 1902, veranlagt. Nur die Gewinne über 232 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Die Nummern.)

99 161 255 326 39 632 54 704 45 113009 72 152 53 222 98 315 554 114076 151 333 75 711 876 85 951

14. Ziehung 4. Klasse 206. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 28. April 1902, nachmittags. Nur die Gewinne über 232 M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Die Nummern.)

692 757 118215 (500) 415 680 732 53 62 815 119002 94 349 97 427 601 (500) 20 835 34 (500) 78 476 88

Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fehlt. Worte mit nicht als 15 Buchstaben adäquat doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Restauration (preiswert) Familienverhältnisse halber zu verkaufen. Blotzgebendes Materialgeschäft. Möbel-Verkauf. Nähmaschinen. Tischdecken. Herrenkleidung. Sommerkleidung. Herrenkleidung. Herrenkleidung.

Werkzeug-Reformbestellen, hochmoderne neue, 40,00. Kappell, Pflanzstr. 17. Tamenrad, 100 Mark. Krieg. Helligstr. 135. Zirkelmaschinen, auch auf Teilzahlungen, Gustav Brederer, Engelstr. 20. Möbel-Verkauf. Tischdecken. Herrenkleidung. Sommerkleidung. Herrenkleidung.

Metalldruck aller Art. Ein Zimmer. Stenerberatung. Rechtsbureau. 75 Pfennige! Steuerberatung. Charlottenburg. Vermietungen. Zimmer.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Stellenangebote. Maschinenverleiher für Blechdruck. Die gemeinsame Cris-Krankenkasse in Wolgast.